

# „ ... schweigen, gehorsamen und bezahlen!“

Die staatliche Neuordnung  
im östlichen Württemberg  
1802 / 1806



Magazin

# Impressum

**Die Ausstellung wird von den drei Großen Kreisstädten Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd sowie dem Ostalbkreis durchgeführt.**

Verantwortlich:

Prof. Dr. Immo Eberl  
Dr. Klaus Jürgen Herrmann  
Dr. Bernhard Hildebrand M.A.  
Dr. Roland Schurig

Ausstellungskonzeption und Gestaltung:  
Kurt Ranger Design, Stuttgart

## Magazin

Texte:

Prof. Dr. Immo Eberl  
Dr. Klaus Jürgen Herrmann  
Dr. Roland Schurig  
Dr. Ute Richter-Eberl

Karten und Fotos:

Dr. Bernhard Hildebrand M.A.

Exponatfotos:

Peter Kruppa

Konzeption und Redaktion:

Dr. Roland Schurig

Grafische Konzeption und Layout:

Kurt Ranger Design, Stuttgart

ISBN: 3-9806438-5-9

# Geleitwort

Der Zufall der Zahlen hat es mit sich gebracht, dass im Jahre 2002 nicht nur das 50-jährige Bestehen des Bundeslandes Baden-Württemberg gefeiert wird, sondern, dass auch 200 Jahre vergangen sind seit der militärischen Besetzung und Zivilbesitznahme zahlreicher vorher reichsunmittelbarer Territorien im südwestdeutschen Raum durch die Länder Württemberg, Bayern und Baden. Der Auftakt war damit gemacht zu dem, was man heute als Säkularisierung und Mediatisierung bezeichnet, ein Auftakt zu Ereignissen, die eine weit größere Veränderung mit sich brachten, als die Vereinigung der Länder Baden und Württemberg im Jahre 1952. War jenes eine Revolution von oben, durch welche die Länder Baden und Württemberg in groben Umrissen ihre heutigen Grenzen erhielten, so geschah im Jahr 1952 etwas, was man als evolutionär bezeichnen kann. So feiert man diesen Vorgang und der Vorgänge des Jahres 1802 gedenkt man.

Für den Ostalbkreis und die Großen Kreisstädte Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen war dieses Gedenken Anlass zu einer Ausstellung im Schloss ob Ellwangen, mit der sich auch das vorliegende Magazin befasst.

Zwei Gründe sprachen nach Meinung der Aussteller besonders für dieses Unternehmen. Zum einen ist es der Umstand,

dass im Ostalbkreis sich in besonders vollständiger Weise die Verhältnisse des Alten Südwestens widerspiegeln. Hier findet man all die Territorien, welche in reicher Zahl vor 1802 im Südwesten existierten: Klöster wie Neresheim und Kirchheim am Ries, Reichsstädte wie Aalen, Gmünd und Bopfingen, die Deutschordenskommande auf der Kapfenburg, das Stift Ellwangen, aber auch Reichsritter, Grafen und Fürstenhäuser, kurz ein Mikrokosmos des deutschen Südwestens, an dessen Beispiel die Ereignisse der Jahre ab 1802 sich besonders plastisch aufzeigen lassen.

Ein zweiter Grund für diese Ausstellung und ihren Schauplatz im Schloss ob Ellwangen ist der Umstand, dass der Herzog und spätere Kurfürst von Württemberg seine neu erworbenen Besitzungen im Jahre 1802 wegen seiner innenpolitischen Schwierigkeiten mit den altwürttembergischen Landständen nicht einfach seinem Herzogtum angliederte, sondern dafür eine eigene Organisationsform schuf, das sogenannte Neuwürttemberg. Ellwangen mit seinem Schloss war Sitz der Zentralbehörden Neuwürttembergs, wenn man so will, seine Hauptstadt. Neuwürttemberg hatte freilich aus den Gründen, welche zu seiner Existenz führten, nur wenige Jahre Bestand. Das neuwürttembergische Staatswesen bleibt aber von Interesse, weil seine Regierung

nach einem Wort Max Millers Vorbild und Vorschule für die Verwaltung im größeren Königreich Württemberg und damit auch für die altwürttembergischen Lande wurde.

Diese Ausstellung haben die Herren Stadtarchivare Dr. Roland Schurig, Aalen, Dr. Klaus-Jürgen Herrmann, Schwäbisch Gmünd, Professor Dr. Immo Eberl, Ellwangen und Herr Kreisarchivar Dr. Bernhard Hildebrand, Ostalbkreis, konzipiert und ausgearbeitet. Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Ihre Zusammenarbeit war vorbildlich für das Zusammenwirken im Ostalbkreis.

Unser Dank gilt allen Leihgebern. Für Gestaltung und Layout danken wir besonders der Firma Ranger Design, Stuttgart.

Die Ostalb-Stiftung der Kreissparkasse Ostalb hat insbesondere die Herstellung dieses Magazins maßgeblich finanziell gefördert und damit erst ermöglicht. Wir danken der Ostalb-Stiftung der Kreissparkasse dafür sehr herzlich.

Wir wünschen der Ausstellung, welche sich auch für Schulen besonders eignet, viel Erfolg und zahlreiche interessierte Besucherinnen und Besucher.

Ellwangen, im Juni 2002

Dr. Hans-Helmut Dieterich  
Oberbürgermeister der Stadt  
Ellwangen

Klaus Pavel  
Landrat des Ostalbkreises

Ulrich Pfeifle  
Oberbürgermeister der Stadt  
Aalen

Wolfgang Leidig  
Oberbürgermeister der Stadt  
Schwäbisch Gmünd

# Altes Reich



# Umbruch

**6** **Etappen der großen Flurbereinigung**  
Zwischen 1802 und 1806 wurde die Landkarte des deutschen Südwestens radikal verändert.

46

**10** **Ein Spiegel der alten Zeit**  
Wie viele Reisende seiner Zeit durchquerte auch Johann Wolfgang von Goethe im Herbst 1797 die kleinteilige Staatenwelt des heutigen Ostalbkreises.



52

**14** **Nur den Kaiser über sich**  
Die Gmünder Gold- und Silberarbeiten verschafften der Reichsstadt einen über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Ruf. Die Reichsstädte Aalen und Bopfingen lebten dagegen mehr vom Nahhandel und den Produkten ihrer Handwerker.

54

56

**22** **Unterm Kreuz und Krummstab**  
Die geistlichen Territorien, wie die Fürstpropstei Ellwangen, die Benediktinerabtei Neresheim oder die Deutschordenskommande Kapfenburg hatten eine erhebliche Bedeutung für die gesamte Landschaft.

**42** **Freiherren, Grafen, Fürstenhäuser**  
Über Jahrhunderte prägten die zahlreichen Adels Herrschaften mit ihren Schlössern und Burgen sowie den dazugehörigen Dörfern das Erscheinungsbild des Landstrichs.



### „Das Elend, das den Krieg überall begleitet“

Im Sommer 1796 war der heutige Ostalbkreis erstmals Operationsgebiet der französischen und österreichischen Armeen.



### Krieg in Europa

Ein Blick auf die bewegte Epoche zwischen Französischer Revolution (1789) und Wiener Kongress (1815).

### Im Spiegel der Journale

Pressestimmen und Meldungen aus dem Jahr 1802.

### „Executionstruppen oder Freunde?“

Im September 1802 ließ Herzog Friedrich II. seine „Entschädigungslande“ militärisch besetzen.



# Württemberg



### 58 „Wir Friedrich der Zweite von Gottes Gnaden ...“

Die Besitznahme durch die württembergischen Beamten verlief in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen ohne Zwischenfälle.

### 62 Zur Disposition der Landesherrn

Die kirchlichen Einrichtungen und milden Stiftungen Neuwürttembergs wurden dem neuen Landesherrn „zu Erleichterung seiner Finanzen“ überlassen.

### 66 Ein dreifaches Vivat

Mit der Verabschiedung des Entschädigungsplans durch die Reichsdeputation in Regensburg wurde das Haus Württemberg in den Kurfürstenstand erhoben.

### 70 Anmerkungen zum Zeitgeschehen

Eindringlich schildert der im ritterschaftlichen Ort Neubronn tätige Pfarrer Johann Gottfried Pahl die Gefühle und Stimmungen der Bevölkerung, die aus den nüchternen Verwaltungsakten nicht herauszulesen sind.

### 74 Auf der Suche nach neuen Aufgaben

Auch wenn Ellwangen im Königreich Württemberg seine Funktion als Residenzstadt wieder verlor, behielt es seine Rolle als zentraler Verwaltungsort.

### 82 Standpunkte, Wertungen und Urteile

Säkularisation und Mediatisierung waren für Gmünder Historiker Themen, die sie beschrieben, bewerteten oder aus mannigfaltigen Gründen einfach übergingen.



# Etappen der großen Flurbereinigung

In den Jahren 1802/1803 begann die grundlegende staatliche Neuordnung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Vor allem die politische Gliederung des Südwestens wurde radikal umgestaltet. Die bunte Fülle kleiner und kleinster Staaten verschwand von der Landkarte.

Binnen weniger Jahre konnte sich das Herzogtum Württemberg auf Kosten seiner bis dahin unabhängigen Nachbarn wesentlich vergrößern.

1803 bestätigte ein Ausschuss des Reichstags in Regensburg die Auflösung der geistlichen Territorien und den Verlust der politischen Selbständigkeit für die Reichsstädte und kleineren Herrschaften.

Im Zeitraum zwischen 1792 und 1815 erlebte Deutschland einen Umbruch von bis dahin ungekanntem Ausmaß. Staaten, Herrschaften, historische Räume, aber auch überkommene Anschauungen gerieten in den Sog einer territorialen Revolution, die sich vordergründig als Ergebnis von Kriegen und „Länderschacher“ darstellt. In politischer Hinsicht waren diese Ereignisse durch die Französische Revolution von 1789 angestoßen worden. Die geistigen Grundlagen reichen jedoch weit in das 18. Jahrhundert zurück und sind aufs engste mit der Aufklärung und ihrer kritischen Einstellung zur Religion verbunden. Die ablehnende Haltung gegenüber den kirchlichen Traditionen bildete die Grundlage für staatliche Eingriffe in die Disziplin und Verfassung der Orden und Klöster. Im Laufe des 18. Jahrhunderts kam bei aufgeklärten Fürsten das Interesse auf, den Kirchenbesitz nicht nur durch ein Staatskirchentum zu bevormunden, sondern ihn zum Nutzen des Staates einzuziehen, ein Vorgang der als Säkularisation bezeichnet wird. Immer offener wurden solche Modelle zur Veränderung der alten Ordnung diskutiert. Zwar scheiterten die Pläne Kaiser Karls VII. und des preußischen Königs Friedrich II. zur Aufhebung geistlicher

Reichsstände kurz vor der Mitte des 18. Jahrhunderts. Allenthalben sahen sich jedoch Klöster und Orden in weiten Teilen Europas einem verstärkten staatlichen Druck ausgesetzt. So wurden in Frankreich auf Empfehlung einer Regulierungskommission Hunderte von Klöstern aufgelöst. 1773 ordnete Papst Clemens XIV. die Aufhebung des Jesuitenordens an. Schließlich veranlasste 1782 Kaiser Joseph II. in den habsburgischen Erblanden Klosteraufhebungen in großem Umfang. Damit war für das revolutionäre Frankreich das Vorbild gegeben, um schon im November 1789 alle Kirchengüter im Land zu verstaatlichen. Im Zuge des Ersten Koalitionskrieges (1792-1797) entstanden wiederum in Wien und Berlin neue Säkularisierungspläne. Nachdem Österreich und Preußen 1791 in der Erklärung von Pillnitz ein Eingreifen zur Rettung der französischen Monarchie in Aussicht gestellt hatten, war Frankreich 1792 in die Offensive gegangen. Wider Erwarten behaupteten sich die französischen Revolutionstruppen gegen die Koalition, der neben Österreich, Preußen, Großbritannien und dem Deutschen Reich auch die Niederlande, Spanien, Neapel und Portugal angehörten. Im Zuge der Kämpfe wurde das linke Rheinufer mit den hier



liegenden Gebieten deutscher Fürsten besetzt. Die französische Diplomatie verstand es, diesen Zustand für die eigenen Interessen zu nutzen. So schied Preußen 1795 mit dem Sonderfrieden von Basel aus der antifranzösischen Koalition aus – nachdem in einem geheimen Zusatzvertrag festgelegt worden war, dass es für den Verlust der linksrheinischen Besitzungen Entschädigungen erwarten konnte. Diesem Beispiel folgten die Verträge, die 1796 mit Württemberg, Baden, Hessen-Kassel und Bayern geschlossen wurden. Auch Kaiser Franz II. stimmte 1797 im Frieden von Campo Formio der Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich zu und ließ sich

Entschädigungen für den dortigen Besitz Österreichs in Aussicht stellen. Zwar dachte der Kaiser zu diesem Zeitpunkt nicht an eine umfassende Säkularisation nach französischem Vorbild. Doch seine Zustimmung zu einem Kongress, auf dem im Einverständnis mit Frankreich die Entschädigungsfrage behandelt werden sollte, hatte Signalwirkung. Zunehmend wurden geistliche Fürstentümer, Reichsstädte und viele andere Miniaturherrschaften als „Ausgleichsmasse“ betrachtet.

**Der Aufmarsch der alliierten Mächte**

Die französische Karikatur bezieht sich auf die Erklärung von Pillnitz. Großbritannien, Preussen und Österreich, dargestellt als Tyrannei, Heuchelei und Stolz führen den rückwärtsfahrenden Streitwagen Europas. Dieser wird von gekrönten Eseln gezogen. Dieser wird von gekrönten Eseln gezogen. Der Papst segnet den gegen Frankreich gerichteten Zug. Aufmerksam beobachtet die französische Bevölkerung das Geschehen. In der Bildmitte ist König Ludwig XVI. als enthaupteter Esel dargestellt.



Auch wenn der Kongress von Rastatt (1797-1799) noch zu keinem endgültigen Ergebnis führte, so zeichnete sich an dessen Ende bereits eine grundlegende Verfassungsänderung des Reiches ab.

Zunächst sorgte jedoch der Zweite Koalitionskrieg (1799-1801) nochmals für einen Aufschub. Auf Initiative Großbritanniens hatten sich Russland, Österreich, Portugal, Neapel und die Türkei in einem neuen Bündnis gegen

Frankreich zusammengefunden. Napoleons Siege bei Marengo und Hohenlinden im Jahr 1800 ließen den erneuten Waffengang sehr schnell als aussichtslos erscheinen. Der 1801 geschlossene Frieden von Lunéville bestätigte das Vertragswerk von Campo Formio und damit auch die Anwartschaft der weltlichen deutschen Fürsten auf eine Entschädigung für die verlorenen linksrheinischen Gebiete.

Zur abschließenden Regelung dieser Frage setzte der Reichstag 1802 eine Reichsfriedensdeputation ein, die sich aus Mainz, Böhmen (Österreich), Sachsen, Brandenburg (Preußen), Pfalz-Bayern, dem Hoch- und Deutschmeister, Württemberg sowie Hessen-Kassel zusammensetzte. Nach langwierigen Verhandlungen legte das Gremium im Februar 1803 den sogenannten „Reichsdeputationshauptschluss“ vor. Sämtliche geistlichen Fürstentümer wurden aufgehoben und der Einzug des Kirchenguts gestattet. Vorläufig nicht säkularisiert wurden der Deutsche Orden, der Malteserorden sowie der nach Regensburg über-

tragene erzbischöfliche Stuhl von Mainz. Bis auf Augsburg, Bremen, Frankfurt am Main, Hamburg, Lübeck und Nürnberg verloren alle Reichsstädte ihre politische Selbständigkeit. Der Beschluss wurde

gestellten Entschädigungslande nach der Inbesitznahme neu zu organisieren, wollte Österreich lediglich eine fremde Besitzergreifung verhindern und schickte Soldaten, beließ aber ansonsten alles beim alten.

Auch Herzog Friedrich II. von Württemberg hatte im September 1802 die provisorische militärische Besetzung der Entschädigungsländer angekündigt, die an Württemberg fallen sollten. Im heutigen Ostalbkreis waren hiervon die Fürstpropstei Ellwangen so-

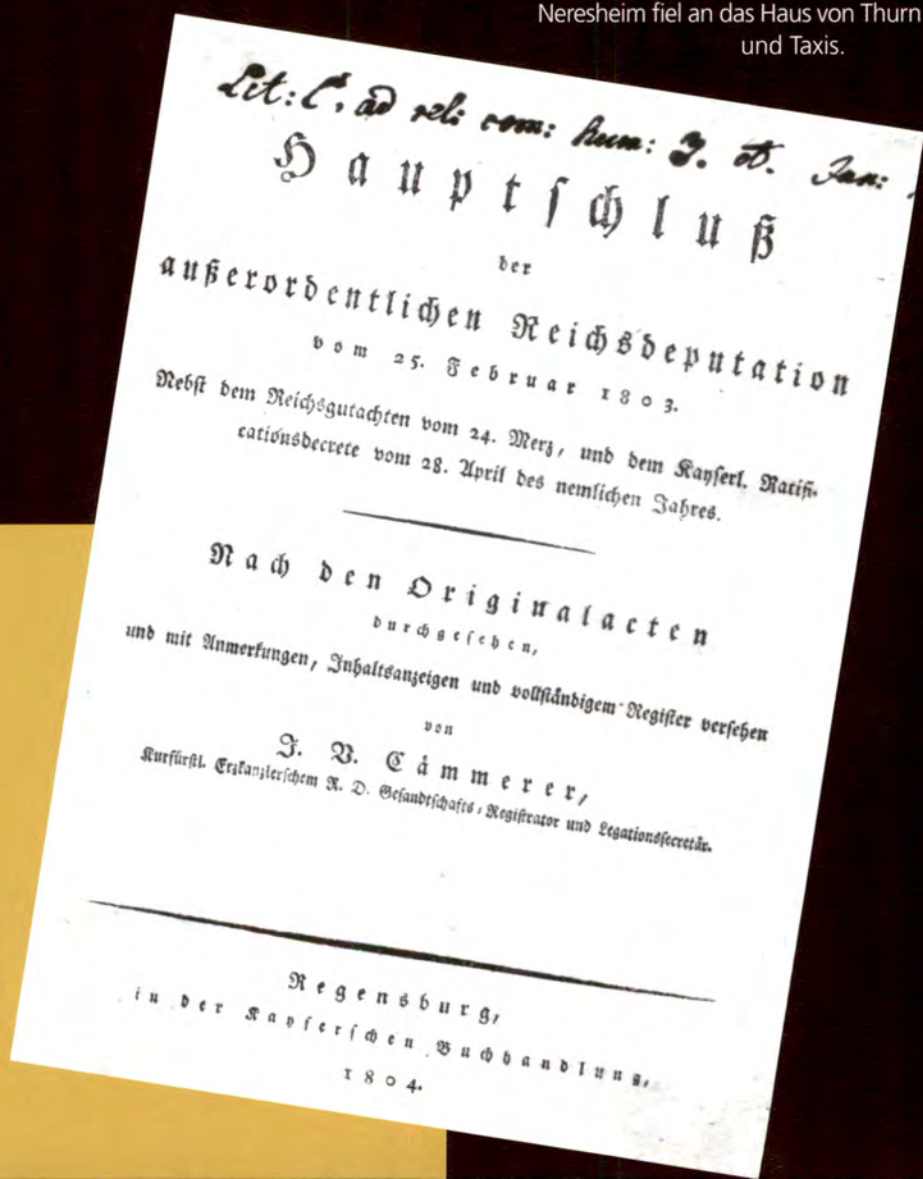
wie die Reichsstädte Schwäbisch Gmünd und Aalen betroffen. Wie die politische Erkundungsfahrt des bayerischen Majors von Ribaupierre im Auftrag von Staatsminister von Montgelas (April/Mai 1802) belegt, hatte auch Bayern Interesse an diesen Territorien gehabt. Es gelang Bayern jedoch nur, die Reichsstadt Bopfingen zu erlangen. Kloster Kirchheim erhielten die Fürsten von Oettingen, die Abtei Neresheim fiel an das Haus von Thurn und Taxis.

*„Auch Herzog Friedrich II. von Württemberg hatte im September 1802 die provisorische militärische Besetzung der Entschädigungsländer angekündigt, die an Württemberg fallen sollten.“*

allgemein anerkannt. Gleichwohl bestätigte er einen Zustand, der bereits seit einigen Monaten bestand.

Um eigene Interessen durch vollendete Tatsachen zu untermauern, waren viele Fürsten bereits im Sommer 1802 im Vorgriff auf das endgültige Verhandlungsergebnis tätig geworden. Während Preußen bereits damit begonnen hatte, die in

Aussicht



### Reichsdeputationshauptschluss

Der nach langen Verhandlungen am 25. Februar 1803 beschlossene „Hauptschluss der außerordentlichen Reichsdeputation“, seitdem als „Reichsdeputationshauptschluss“ bezeichnet, wurde zur Sicherheit der Position der entschädigten Fürsten im Jahre 1804 gedruckt und damit der breiten Öffentlichkeit zugänglich. Es zeigt sich damit deutlich, dass die breite Öffentlichkeit an den Vorgängen – soweit ihnen die Lasten der Kriegszeit überhaupt Raum ließen – lebhaft Anteil nahm.



### Herrschaftsgebiete im heutigen Ostalbkreis um 1790



### Württembergische Oberämter im heutigen Ostalbkreis nach 1818



Wie diese Beispiele zeigen, konnte der Anteil an der Entschädigungsmasse durchaus unterschiedlich ausfallen. Der Herzog von Württemberg profitierte von seiner politischen Vormachtstellung im Südwesten, den engen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Russland und England und nicht zuletzt vom Verhandlungsgeschick seines Gesandten Normann, der es verstand durch den gezielten Einsatz beträchtlicher Geldsummen das Beste für seinen Landesherrn herauszuholen.

Am 25. Februar 1803 erhielt der Entschädigungsplan der Reichsdeputation seine verbindliche Form. Vier Wochen später erteilten der Reichstag und am 27. April der Kaiser unter einigen Vorbehalten die Genehmigung. Diese bezogen sich aber nicht darauf, dass die größten Nutznießer des Reichsdeputationshauptschlusses als

Kommissionsmitglieder über den Umfang ihrer Entschädigung selbst beschlossen haben. Für Württemberg war mit den Besitzerwerbungen 1802/1803 auch die Erhebung zum Kurfürstentum verbunden. Die neuen Landesteile wurden in drei als Landvogteien bezeichnete Bezirke gegliedert und unterstanden Kurfürst Friedrich II. direkt. Die Verwaltungsgeschäfte waren seit 1. Januar 1803 einer Oberlandesregierung mit Sitz in Ellwangen übertragen. Allerdings hatte die neuwürttembergische Verwaltung längst noch nicht alle Probleme gelöst, als durch die politischen Ereignisse des Spätjahres 1805 eine neue Lage entstand.

Kurfürst Friedrich II. konnte sich den Bemühungen Napoleons, seine Armee durch Kontingente der süddeutschen Fürsten zu verstärken, nicht länger widersetzen.

Wie Bayern und Baden kämpfte auch Württemberg im Dritten Koalitionskrieg an der Seite Frankreichs. Aus der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz ging Napoleon wie schon so oft als glänzender Sieger hervor. Der Friede von Pressburg, der am 26.12.1805 geschlossen wurde, eröffnete ihm neue politische Gestaltungsmöglichkeiten zur Festigung seiner Vormachtstellung.

Zwei Wochen zuvor hatte Napoleon in den Brünnener Verträgen Bayern und Württemberg zu Königreichen erhoben und ihre Gebiete auf Kosten des geschlagenen Österreichs arrondiert. König Friedrich I. von Württemberg hob am 31. Dezember 1805 die ständische Verfassung von Altwürttemberg auf und vereinigte es mit den 1802/03 erworbenen Landesteilen. Weitere kamen 1806 hinzu. Im heutigen Ostalbkreis zählten hierzu die Deutschordenskommande Kapfenburg mit Lauchheim und das zur Kommende Nürnberg gehörende Unterschneidheim. Die reichsritterschaftlichen Besitzungen der Familien von Woellwarth, von Adelman und von Rechberg – um nur die größten zu nennen – wurden ebenfalls der württembergischen Landeshoheit unterstellt. Dieser Vorgang wird als Mediatisierung bezeichnet. Im gleichen Zeitraum kamen die Fürsten von Oettingen und von Thurn und Taxis unter bayerische Landeshoheit.

In der weiteren Entwicklung bildete sich durch den Staatsvertrag zwischen Bayern und Württemberg vom 18. Mai 1810 die bis heute bestehende Landesgrenze heraus. Erst jetzt gelangten Bopfingen und Neresheim sowie Teile der Oettingischen Territorien an Württemberg. Diese neue staatliche Ordnung wurde letztlich 1815 durch den Wiener Kongress bestätigt.

#### Was bedeutet Säkularisation?

Eingriff in kirchliche Vermögensrechte, Enteignung oder Aufhebung geistlicher Einrichtungen durch den Staat.

#### Was ist mit Mediatisierung gemeint?

Beseitigung der politischen Selbständigkeit eines weltlichen Reichsstandes (z.B. Reichsstadt, Grafschaft) unter gleichzeitiger Vereinnahmung seines Gebietes.

# Ein Spiegel des Alten Reiches

Der Landstrich nordöstlich der württembergischen Grenze gliederte sich im 18. Jahrhundert in 24 unterschiedliche Herrschaften. Zu diesen zählten die Reichsstädte Schwäbisch Gmünd, Aalen und Bopfingen, als geistliche Territorien die Fürstpropstei Ellwangen, die Deutschordenskommenden Kapfenburg mit Lauchheim, die Benediktinerabtei Neresheim und das Zisterzienserinnenkloster Kirchheim. Die Grafschaften Oettingen-Wallerstein und Rechberg sowie die Herrschaften des niederen Adels machten diesen „Flickenteppich“ komplett, der für den Südwesten des Alten Reiches typisch war. Auf der Rückreise von Zürich nach Weimar durchquerte der Dichter und Staatsrat Johann Wolfgang von Goethe im Herbst 1797 diese kleinteilige Staatenwelt.

Dem aufmerksamen Reisenden, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf der Postroute durch das Remstal in Richtung Nürnberg unterwegs war, entging nicht, dass sich schon kurz hinter

dem württembergischen Lorch die Kulturlandschaft zu verändern begann. Anstelle des Klein-Klein der durch Realteilung aufgesplitterten Weingärten und Äcker traten allmählich wesentlich größere Wirtschafts-

flächen. Diese gehörten meist zu dem Gutsbesitz der zahlreichen Adelherrschaften, die mit ihren Schlössern und Burgen sowie den dazugehörigen Dörfern über Jahrhunderte das Erscheinungsbild des



Landstrichs zwischen der Ostgrenze Württembergs und dem westlichen Rand des Rieses prägten.

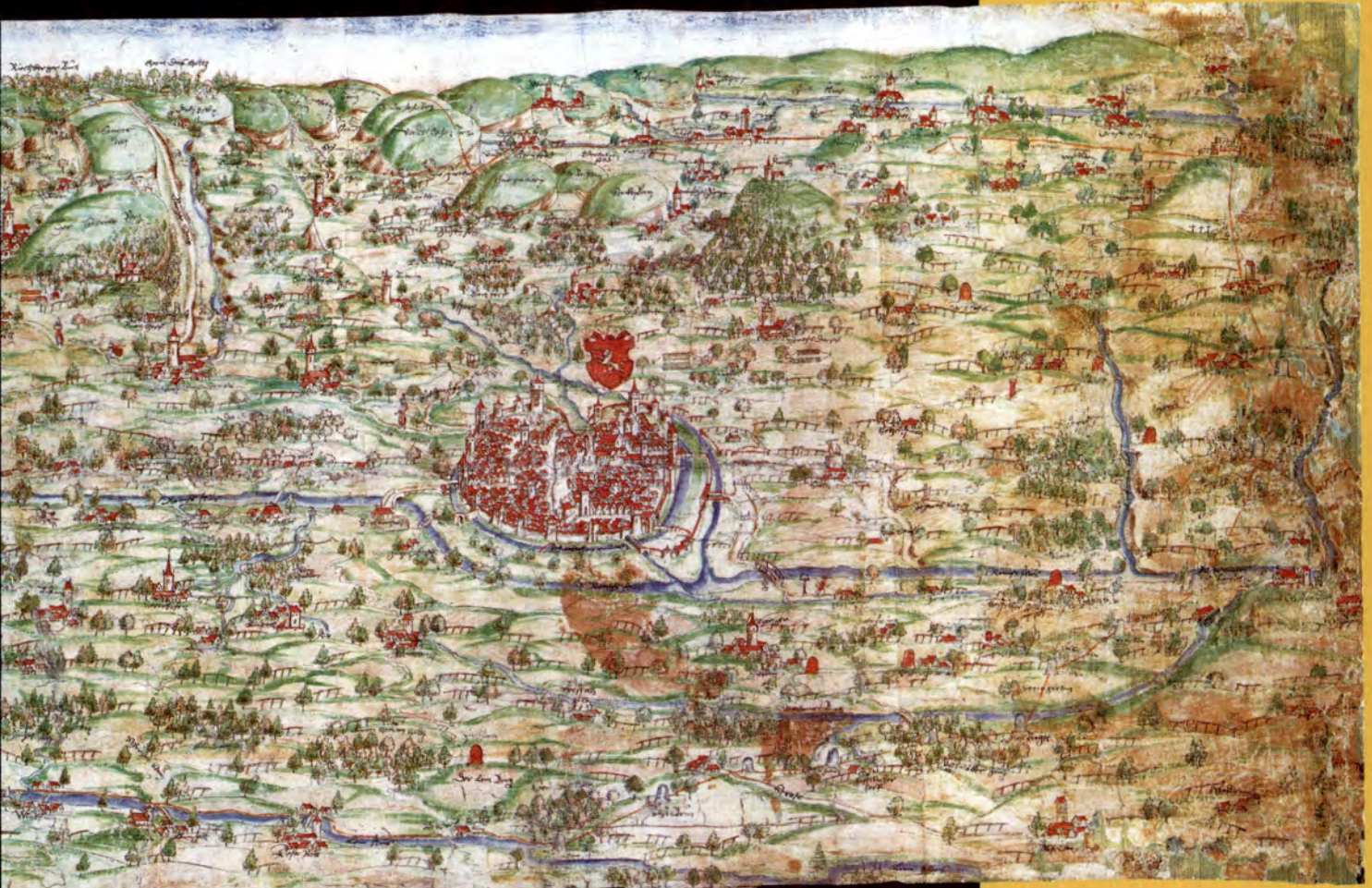
Dass der Reisende zudem in eine Staatenwelt kam, die im Vergleich zum Herzogtum Württemberg wesentlich enger gegliedert war, wurde ihm sehr schnell durch die starke Beanspruchung seines Geldbeutels bewusst gemacht. Im Abstand weniger Reisetunden konnten Grenzsteine den Beginn einer anderen selbständigen Herrschaft markieren. Sie zu überschreiten, kostete Geld. Dabei entsprach manche Zollstation eher einer Mautstelle unserer Tage. Ein eindeutiger Grenzverlauf musste damit nicht zwingend markiert sein. Neben den Reichsstädten Schwäbisch Gmünd und Aalen hatten sich auch die geistlichen Territorien sowie kleine Adlige durch kaiserliche Privilegien die Verfügungsgewalt über derartige Einnahmequellen gesichert. Kein Wunder also, dass in manchen Reisetnotizen neben Abfahrts- und Ankunftszeiten eben jene Ortsnamen zu finden sind, die dem Reisenden in „teurer Erinnerung“ blieben.

Zu diesen zählt auch der Dichter und Staatsrat Johann Wolfgang von Goethe, der auf seiner Rückfahrt von einem mehrwöchigen Aufenthalt in der Schweiz nach Weimar Ende Oktober 1797 die Route über Schwäbisch Gmünd, Aalen und Ellwangen wählte, um nach Nürnberg zu gelangen. Seine Notizen, in den ersten Novembertagen jenes Jahres zu Papier gebracht, vermitteln anschaulich den Ablauf der Reisetage auf der Ostalb. Gleichsam zwischen den Zeilen scheint eben jene Kleinräumigkeit auf, wie sie aus heutiger Sicht kaum noch vorstellbar ist. In kaum zwei Tagesetappen ist die Strecke durch den heutigen Ostalbkreis bewältigt. Im Stundenabstand liegen zwischen den Städten und ihrem Umland oder den Territorien der Fürstpropstei Ellwangen und des Deutschen Ordens die Besitzungen des niederen Adels sowie der kleineren Fürstenhäuser. Diese Vielfalt ist heute im Abstand von mehr als zweihundert Jahren kaum noch vorstellbar.

### „Pürschkarte“ von Schwäbisch Gmünd

Die 1572 im Auftrag des Schwäbisch Gmünder Magistrats von Balthasar Riecker angefertigte Pirschkarte ist die älteste Darstellung des Landstrichs nordöstlich der württembergischen Grenze. Allerdings stimmen die Himmelsrichtungen nicht mit der Einteilung moderner Karten überein.

Das Panorama zeigt bildhaft den Jagdbezirk der Reichsstadt, der weit über das Schwäbisch Gmünder Territorium hinausging. Unabhängig von den herrschaftlichen und politischen Grenzen hatte hier jeder Bürger von Schwäbisch Gmünd das Recht, Waidwerk zu treiben. Die freie Pirschgerechtigkeit wurde 1434 von Kaiser Sigismund bestätigt und von Württemberg im Jahr 1803 aufgehoben. Vor dem Albtrauf sind Schwäbisch Gmünd (rechts) und Aalen (links oben) deutlich zu erkennen.



# Auf der Durchreise

Johann Wolfgang von Goethe und seine Begleiter hatten bereits um 5 Uhr Morgens den Neckar bei Cannstatt überquert. Kurz nach Tagesanbruch erreichte der Zweispänner Waiblingen. Ohne Aufenthalt lenkte der Fuhrmann die Pferde durch die Gassen, um nach dem Durchfahren des nördlichen Stadttors in Richtung Remstal abzubiegen. Bis zum Abend wollten seine Passagiere in der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd sein und in der „Post“ Quartier nehmen.

Die zwei Ruhetage, die sich der Dichter, sein Sekretär Geist sowie der Maler und Hofrat Mayer in Tübingen am 30. und 31. Oktober 1797 gegönnt hatten, waren notwendig gewesen, um sich von den Reises Strapazen zu erholen. Seit Wochen waren sie in der Schweiz umhergereist und hatten dort zahlreiche Städte und Landstriche besucht. Die späte Jahreszeit und das wenig einladende Wetter aber ließen es ratsam erscheinen, die Heimfahrt nach Weimar möglichst schnell fortzusetzen. Für die Etappen von Tuttlingen nach Tübingen hatte man zwei Reisetage gebraucht. Die Strecke von Tübingen bis Schwäbisch Gmünd sollte in derselben Zeit bewältigt werden. Alles verlief also planmäßig, als die Reisenden am späten Vormittag des 1. November 1797 Endersbach erreichten und in östlicher Richtung der Rems entlang weiterfuhren. Wie gewohnt notierte Goethe flüchtige Eindrücke, die Land und Leute bei ihm hinterließen. „Schorndorf. Feldbau auf schöner Fläche, Wiesen und Weinbau. Saat und Brachfelder wechseln sehr mannigfaltig“ oder „Lorch. Nahe dabei liegt ein Kloster

auf einem sanft aufsteigenden kleinen Berg.“ Wenig später ist ein weiterer markanter Punkt der Reiseroute erreicht: „Man kommt über die Grenze des württembergischen Landes.“ Das Gebiet der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd begann etwa 10 Kilometer westlich der Stadtmauern.

Wie gewohnt brachen Goethe und seine Begleiter auch am 3. November 1797 um 6 Uhr früh in Gmünd auf. Die kleine Reisegruppe wollte zunächst der alten Reichsstraße bis Aalen folgen und dann bis Ellwangen weiterfahren. Nach etwa zehn Kilometern erreichte man Böbingen. Goethe notierte den Ortsnamen als markanten Streckenpunkt. Die Reichsstadt Schwäbisch Gmünd erhob in Unterböbingen, das zur Hälfte in ihrem Besitz war, Wegezoll. Für die andere Hälfte des Dorfes war die Fürstpropstei Ellwangen Grund- und Gerichtsherr. Das südlich der Straße liegende Oberböbingen dagegen gehörte zu Württemberg.

Wie dem Tagebuch weiter zu entnehmen ist, fuhren Goethe und seine Begleiter

„über Mögglingen nach Aalen“. Kurz nach Mögglingen, das zum Besitz des Gmünder Spitals zählte, passierte man das Zollhaus der Freiherrn von Woellwarth. Kaiser Karl V. hatte ihnen bereits 1546 das Zollprivileg für ihre Herrschaft bestätigt. Zum besseren Unterhalt der Straße, sollten sie ab diesem Jahr 4 Pfennig pro Wagen erheben können.

Auch für die Fahrt durch die Reichsstadt Aalen musste eine Gebühr entrichtet werden. Dieses sogenannte Pflastergeld zählte zu den wichtigsten städtischen Einnahmequellen. Dagegen konnten die Reisenden die oettingische Zollstation auf dem Aalener Marktplatz im wahrsten Sinne des Wortes links liegen lassen. Hätten sie den Weg über das Härtsfeld nach Nördlingen gewählt, wäre ein weiterer Zoll fällig geworden. Es war geplant, das Territorium der Grafschaft Oettingen erst am nächsten Tag zu erreichen.



So ging es weiter in Richtung Nord-Ost. Nachdem die Fürstpropstei Ellwangen bereits in den 1750er Jahren die Fernreisestraße in Richtung Dinkelsbühl chaussiert hatte, war hier ein wesentlich schnelleres und bequemer Fortkommen möglich. Der gewalzte „gelbe weiche Kalkstein“, der Fahrbahn fiel Goethe ebenso auf wie der Grenzübertritt zwischen Aalen und Wasseralfingen. „Chaussee mit Schlacken. Hoher Ofen. Wasseralfingen links“. Der fürstpropstliche Zoller hatte den Obulus bereits in der Kasse, als der Wagen des weimarischen Staatsrates an der Eisen gießerei vorbeifuhr. Innerhalb eines halben Tages und nach einer Wegstrecke von ca. 30 Kilometern war man nun zum vierten Mal zur Kasse gebeten worden.

Nach der Übernachtung in Ellwangen bestiegen die Reisenden am frühen Morgen des 4. November 1797 erneut ihren Wagen. Die Etappe sollte Goethe und seine Begleiter endgültig von der Ostalb weg führen.

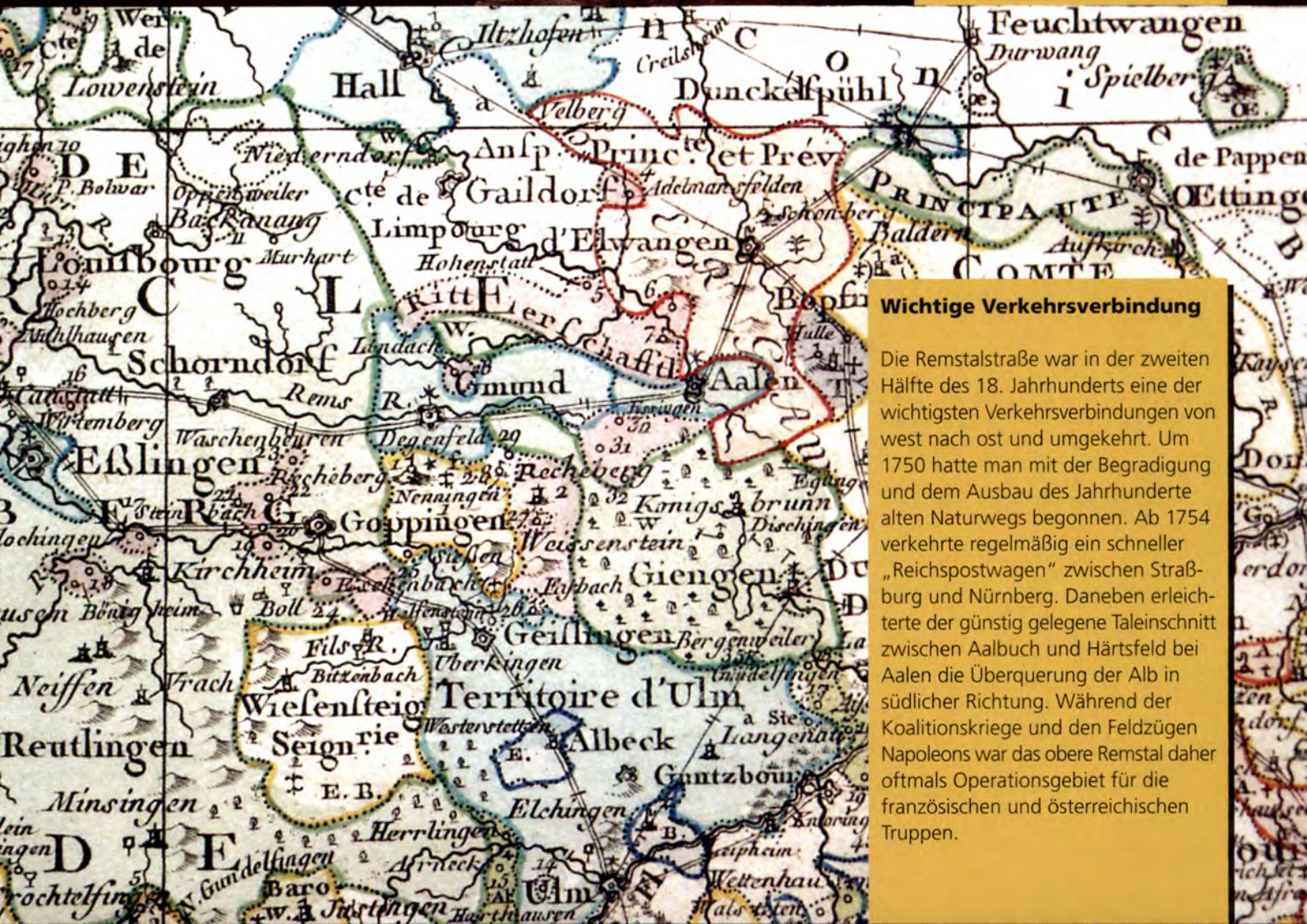
Als Tagesziel war das südlich von Ansbach gelegene Großenried vorgesehen. Bei Wolfertsbronn sah man wieder die oettingischen Farben an der Zollstation. Anders als am Vortag, konnten sie diesmal

nicht ignoriert werden. Der Weg nach Dinkelsbühl führte durch die nördlichen Ausläufer der Grafschaft. Ihre Besitzungen im Bereich der Ostalb – also um Baldern oder auf dem Härtsfeld – waren wesentlich umfangreicher, als die der kleineren weiter westlich gelegenen Adelsherrschaften.



**Ein berühmter Reisender**

Auf der Rückreise von Zürich nach Weimar durchquerte auch der Dichter und Staatsrat Johann Wolfgang von Goethe im Herbst 1797 die kleinteilige Staatenwelt im Bereich der Ostalb.



**Wichtige Verkehrsverbindung**

Die Remstalstraße war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen von west nach ost und umgekehrt. Um 1750 hatte man mit der Begradigung und dem Ausbau des Jahrhunderts alten Naturwegs begonnen. Ab 1754 verkehrte regelmäßig ein schneller „Reichspostwagen“ zwischen Straßburg und Nürnberg. Daneben erleichterte der günstig gelegene Taleinschnitt zwischen Aalbuch und Härtsfeld bei Aalen die Überquerung der Alb in südlicher Richtung. Während der Koalitionskriege und den Feldzügen Napoleons war das obere Remstal daher oftmals Operationsgebiet für die französischen und österreichischen Truppen.

### Das Auge Gottes über der Reichsstadt

Das Bild zeigt Schwäbisch Gmünd um etwa 1710. Die Stadt selbst hat sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts nicht mehr über die zweite Mauerweh- rung ausgedehnt, die Bevölkerungszahl stagnierte bei etwa 4000 Personen. Als herausragende Bauwerke sind die Stadtpfarrkirche Heilig Kreuz, die Johanniskirche und die vielen Wehr- und Wachtürme im Mauerring zu erkennen. Die Reichsstadt selbst war seit etwa 1600 rein katholisch: Das Auge Gottes – in der Dreieinigkeitsform – wacht wohlgefällig über der katholischen Reichsstadt.



# Nur den Kaiser über sich

## Die Reichsstädte Schwäbisch Gmünd, Aalen und Bopfingen im 18. Jahrhundert

- Gebiete der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd
- Gebiete der Reichsstadt Aalen
- Gebiete der Reichsstadt Bopfingen



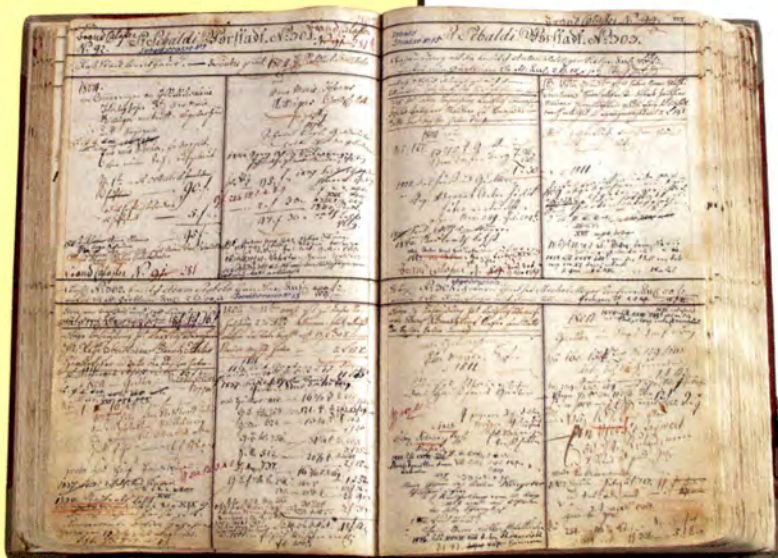
### Schwörtag

Als alljährliche Zeremonie fand in den Reichsstädten der sogenannte Schwörtag statt. In Schwäbisch Gmünd wurde der feierliche Akt jeweils am 11. August abgehalten.

Der Magistrat und die gesamte volljährige männliche Bürgerschaft schworen sich gegenseitig einen Treueeid. Zugleich erneuerten Bürgermeister und Beamte der Stadt ihren jeweiligen Dienst. Der Schwörtag wird als demokratisches Element der genossenschaftlichen Stadtverfassung bewertet. Hieraus ergaben sich auch Möglichkeiten für die Bevölkerung in die Stadtpolitik des Magistrats einzugreifen. Der Schwörstab, der in der Hauptsache bei Gerichtsverhandlungen und in den Sitzungen des Magistrats verwendet wurde, kam auch bei der Schwörzeremonie zum Einsatz.

**B**ei den Reichsstädten handelt es sich um einen Stadttypus, der vom Mittelalter bis zum Jahr 1802 bestand. Über die Jahrhunderte konnten diese „Städte des Reiches“ ihre Selbstständigkeit und unmittelbare Stellung unter dem Kaiser behaupten und sogar Sitz und Stimme auf dem Reichstag erringen, was sie als eine Eigentümlichkeit der deutschen Geschichte erscheinen lässt. Auch wenn

mit der spätmittelalterlichen „civitas imperii“ die Vorstellung von der rechtlich und politisch selbständigen Kommune verbunden ist, so war doch der Weg dorthin oft langwierig und gefährlich. Denn die besondere Rechtsform der Reichsstadt bildete sich im hohen und späten Mittelalter erst allmählich aus. Die Basis hierfür bildete in der Regel die königliche Stadt.



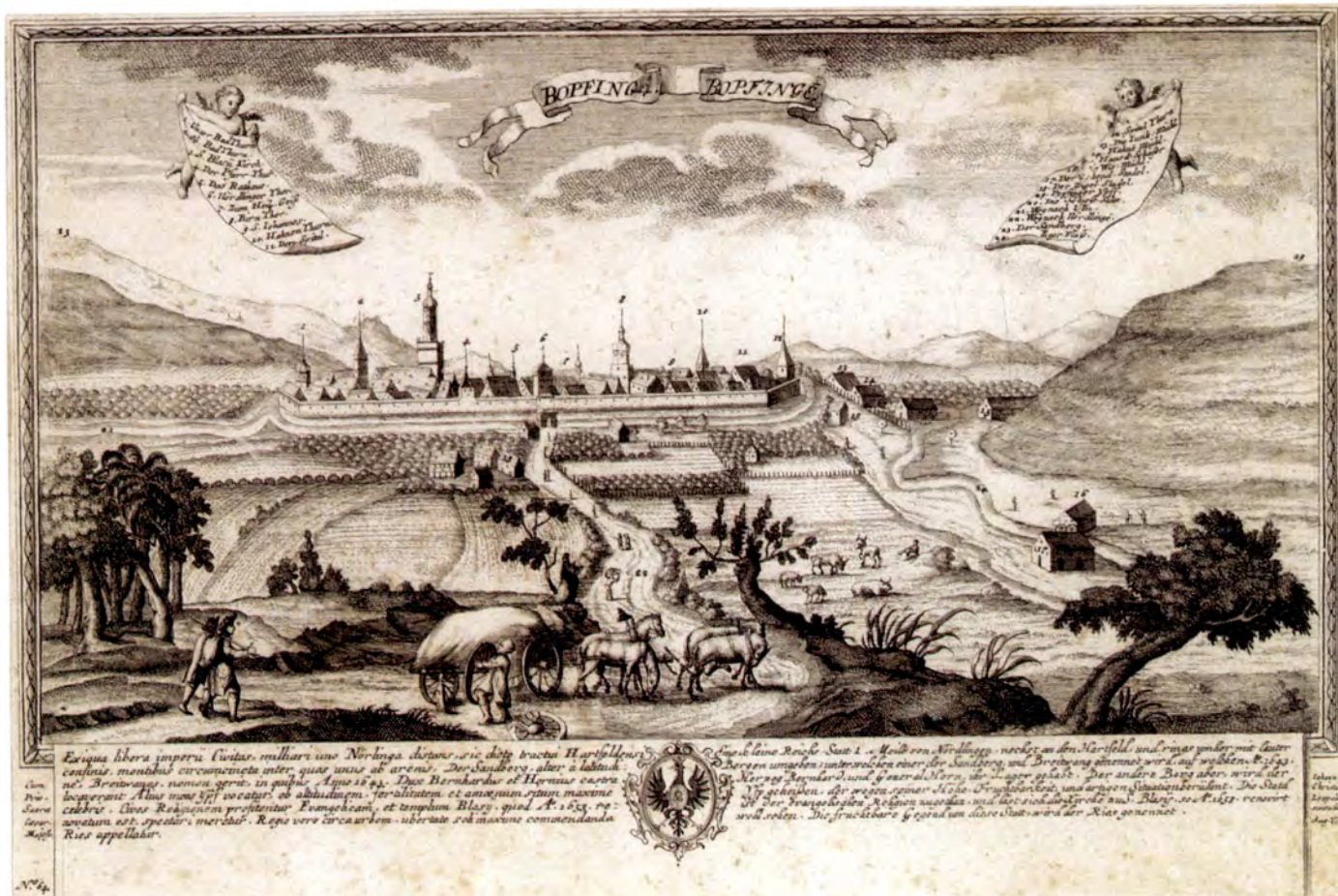
**Häuserbuch der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd**

Im Jahr 1783 ließ der Magistrat ein Häuserbuch anlegen, das alle Häuser und deren Besitzer in der Innenstadt von Schwäbisch Gmünd erfaßte und gleichzeitig als Steuerbuch für diese Immobilien galt.

Vor allem in Schwaben als einer Region mit einem großen Anteil an Königsgut hatten sich die staufischen Herrscher als Städtegründer betätigt. Mit dem Ammann oder Schultheißen als königlichem Vertreter an der Spitze sowie einem Ratskollegium waren die Gemeinden straff organisiert und übernahmen in der staufischen Reichslandpolitik bestimmte Aufgaben. Erst durch die Schwäche der königlichen Gewalt zwischen dem Tod Friedrich II. (1250) und dem Regierungsantritt Rudolfs von

Habsburg (1273) wurde ihnen größere Selbstständigkeit abverlangt. Der Rechts- und Friedensschutz musste in die eigenen Hände genommen werden. Andererseits gewährte Rudolf von Habsburg den Reichsstädten weitere Rechte und Freiheiten, um ihre dringend benötigte Finanzkraft nutzen zu können – eine Entwicklung, die sich bis zu Beginn des 15. Jahrhunderts fortsetzte. Um dem zunehmenden Druck der Territorialstaaten zu widerstehen, schlossen sich die Städte zu Bündnissen zusammen. Das politische Gewicht, das sich hieraus ergab, ging jedoch 1459/60 mit der Niederlage im Städtekrieg verloren.

Wenn auch politisch geschwächt behielten die Reichsstädte in der sich festigenden Reichsverfassung ihren Platz. Durch die Eingliederung in dieses politische Bezugssystem unterschieden sich auch kleinere Reichsstädte wie Aalen und Bopfingen oder das bedeutendere Schwäbisch Gmünd grundsätzlich von Städten etwa im herzoglichen Württemberg oder in Bayern. Damit waren die Reichsstädte aber zugleich in besonderem Maß von reichspolitischen Problemen und Krisen betroffen.

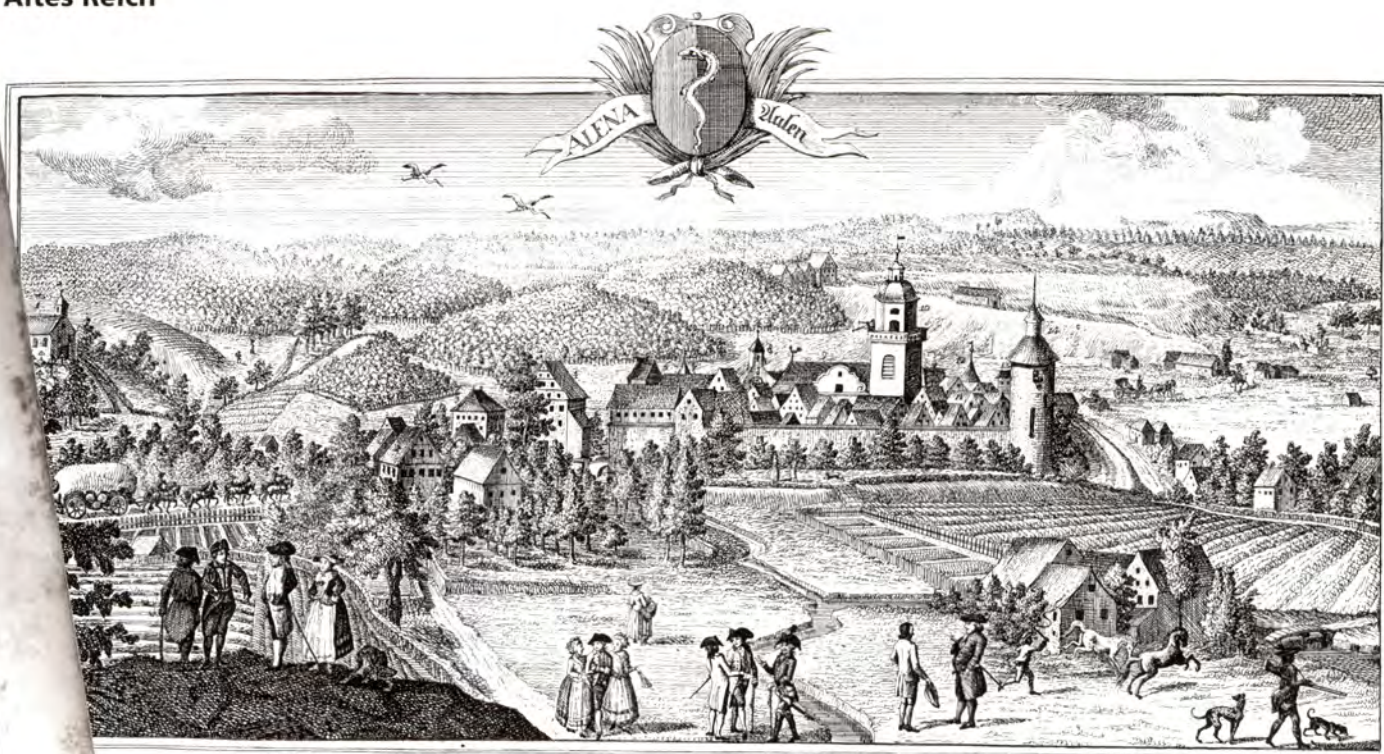


*Exiqua libera impera Civitas, militari uno Norimaga ditione, sic diu tracta Harpfillen-  
centia, mentibus circumvencta inter, quae unius ab arena. Desiderius, abis a latibit.  
ne. Probat agri, novum opus, in quibus. Agri 14a. Duo Bernhardi et Henrici castra  
beperant. Anno nono 1171 vocatur, et silvulorum, ferulitum, et amplexum, rami maxime  
cedere. Cuius Rehanonem proficitur Emgehcan, et tempus Blaz, quid. A. 1585, re-  
novatum est, spectat, meritar. Rego vero circumdem, libertate tot maxime commendanda  
Ries appellatur.*



*Das ist eine Reich. Seit 1. Heil von Norimaga, rechts an den Harpfill, und links unter mit zwei  
Derepa umgeben, unterwoben einer der Sudberg, und Dreobung einmest wird auf gegeben. 1543.  
Norimaga Reichard, und General, Merz, der Lager gelobt. Der andere Burg aber, wird der  
17. geschieden, der wecca, genest. 1540. Orwiderkeit, und arghen. 1540. abberalint. Die Stadt  
ist der drangelegten, Rehanon, worden, und der, ein, drey, und, Blaz, der, 1585, re-  
novat, werden. Die, fruchtbar, 17. quodam, däre, stat, wird, der, Ries, genant.*





1 Die S. Johs. Kirche  
2 Die große Muhl  
3 Die kleine Muhl  
4 Die Herren Muhl

5 Der Eingang in die Stadt  
6 Der Kirtenturm  
7 Der Schloss Thurm  
8 Der Rathhaus

9 S. Michaels Kirche  
10 Die Muhl Thurm  
11 Die Muhl Thurm  
12 Der Muhl Thurm

13 Das alte Thor  
14 Der Diebs Thurm  
15 Die Obere Muhl

Zu finden in Aalen bey Buchhändler Reuchman & Sohn

### Richtschwert, Fesseln und Daumenschrauben

Einen Teil der Souveränität der Reichsstädte bildete auch das Recht, über Blut und Leben zu richten. Symbol dafür sind das Richtschwert, die Fesseln sowie die Daumenschrauben, die zur Erzwingung von Geständnissen eingesetzt werden konnten und nach dem Rechtsempfinden der Zeit legal waren.

Thronstreitigkeiten, kirchenpolitische Fragen, Bemühungen um Reichsfrieden oder die Belastung durch Reichssteuern zur Kriegführung gegen auswärtige Feinde konnten hierzu zählen.

Einen letzten Aufschwung erhielt die alte Reichsorientierung der Reichsstädte nochmals im 18. Jahrhundert. Weltbewegende Gebilde konnten und wollten die Reichsstädte zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr sein. Das heißt jedoch nicht, dass das Leben in ihren Mauern in wirtschaftlicher wie kultureller Hinsicht durch den berühmten Kirchturm begrenzt sein musste. Mit fast erschreckender Weitsicht formulierte 1789 ein Augsburger seine politische Prognose: „Fällt eine Reichstadt so fallen mehrere, fallen mehrere, so fallen alle; fallen die Reichsstädte, so fallen die kleineren Fürstentümer, fallen die, so hat Deutschland nur zwei Regenten und diese sind dann ewige Nebenbuhler, so lange bis nur einer regiert.“

Von den drei Reichsstädten im Bereich der Ostalb war unstrittig das katholische Schwäbisch Gmünd die größte und zugleich wirtschaftlich bedeutendste.



## Rosenkränze aus Gagat, Bein und Silber

Die Paternosterer – Rosenkranzmacher – bildeten einen bedeutenden Wirtschaftszweig innerhalb des Bijouteriegewerbes der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd im 18. Jahrhundert. Die aus Gagat, Bein oder Silber gefertigten Rosenkränze fanden Absatz vor allem im katholischen Europa. Daneben wurden auch silberne Broschen und Armbänder produziert. Ein besonderer Brauch schrieb es in der katholisch gebliebenen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd bis 1802 vor, daß die Ratsherren mit offen getragenen Rosenkranz zu den Sitzungen des Magistrats erscheinen mußten.



## Statuten, Privilegien und Verordnungen

Im Jahr 1707 stellte der in Diensten der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd stehende Jurist Eustachius Jeger (1653 – 1729) zwei dickleibige Folianten juristischen Inhalts zusammen: Es sind dies Rechtsbücher, die umfassend die städtischen Statuten, Privilegien und Ordnungen sowie das gängige Recht in der Reichsstadt an der Rems zusammenfassen. Das eine dieser Rechtsbücher, die „Periphraſia compendioſa ſive Kurzer Begriff und Beſchreibung der Heiligen Römischen Reichsſtadt Schwäbiſch Gmünde“ wurde im Lauf des 18. Jahrhunderts zum führenden Rechtsbuch der Stadt bis zur Übernahme durch Württemberg im November 1802.

Allerdings scheute man sich von seiten des Magistrats, allzu vielen Leuten Einblick in dieses Rechtsbuch zu geben. So etwa verweigerte der Magistrat in einem Prozess, den die Bauern des

Reichsstadtterritoriums in Wien angestrengt hatten und der sich von den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts bis zum Ende der Reichsstadtzeit hinzog, beharrlich den Einblick in dieses Rechtsbuch und nach der Einvernahme durch Württemberg ließ er 1802 das Buch ganz einfach für einige Zeit verschwinden. Der damalige württembergische Regierungskommissar Sattler, der mehrere Male die Herausgabe beim Schwäbisch Gmünder Magistrat anforderte, sinnierte einigermaßen verwundert in einer Aktennotiz: „und was wohl das sonderbarste ist, so macht der Magistrat dahier aus einer Gesetzessammlung, die Jegerſche Periphraſia genannt dem Kaiſer Nero gleich ein Geheimnis.“

## Altes Reich

Von den hier produzierten und dann exportierten Gold – und Silberarbeiten lebten die Bürger nicht schlecht. Auch die als „Gmünder Waare“ nach ganz Europa verkauften, nicht ganz so wertvollen Pretpiosen verschafften der Stadt einen über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten Ruf. Aalen und Bopfingen lebten dagegen mehr vom Nahhandel und den Produkten der dort arbeitenden Handwerker. Seit der Verfassungsänderung Kaiser Karls V. im Jahr 1552 regierte in den Städten eine geschlossene Schicht, die sich durch Kooptation immer wieder selbst ergänzte. Zwar überlebten genossenschaftliche Elemente der alten Zunftherrschaft im Großen Rat, jedoch war die wirkliche Macht im wesentlichen dem abgeschlossenen Kleinen oder

Geheimen Rat übertragen. Je mehr im Verlauf der Entwicklung absolutistischer Tendenzen das Bürgertum an Mitspracherechten zu verlieren schien, um so mehr griff die Erkenntnis Platz, in einem gesetzlich geregelten Verhältnis Rechte bewahren zu können. In Schwäbisch Gmünd mußte der Magistrat durch kaiserliche Anstände im 18. Jahrhundert gleich dreimal zu Verträgen mit der eigenen Bürgerschaft gezwungen werden: Hauptergebnisse waren hier die Festsetzung des Stadtrechts sowie gewisse Mitspracherechte der Bürgerschaft bei Wahlen, beim Schwörtag und in der Finanzverwaltung.

In Aalen genügte es, eine ähnliche vertragliche Vereinbarung 1736 zu schliessen. Versuche des 24er Kollegiums in Aalen, den Magistrat noch stärker als vorgesehen bei der Beaufsichtigung über Zölle und Ungelten (Getränksteuer) zu kontrollieren und dies durch eine Klage beim Reichshofrat in Wien zu erreichen, schlugen letztlich fehl.

### Zunftfahne der Metzger von Schwäbisch Gmünd

Die Handwerker bildeten das wirtschaftliche Rückgrat der Stadt. Jeder Handwerker mußte einer Zunft angehören, die im Gegenzug mit geeigneten Maßnahmen dafür sorgte, daß er für den Lebensunterhalt genügend verdiente.

Jede Zunft in der Stadt hatte ihre eigene Zunftfahne, in der katholischen Reichsstadt Schwäbisch Gmünd dazu noch eigene Zunfttheilige. Die hier gezeigte letzte Fahne der Metzgerzunft von Schwäbisch Gmünd aus dem Jahr 1844 zeigt den hl. Patrizius, (rechts) auf der Rückseite ist Maria vom Siege abgebildet.



Das Territorium der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd, in wesentlichen Teilen vom 14. bis zum 16. Jahrhundert erworben, gehörte zum größten Teil den Schwäbisch Gmünder Klöstern und Stiftungen, allen voran dem Dominikanerinnenkloster Gotteszell und dem Spital zum Hl. Geist. Da die Ausübung aller wesentlichen Herrschaftsfunktionen beim Magistrat als Schirmherr lag, konnten diese Besitzungen jedoch wie die städtischen zentral verwaltet werden: Das ursprünglich in vier Ämter aufgeteilte Gebiet erfuhr im Jahr 1728 eine administrative Straffung bei der Zusammenlegung von je zwei Ämtern unter einen Vogt. Allerdings blieb das Verhältnis des Magistrats zu den auf dem

Land lebenden Untertanen ungeklärt; Prozesse über Struktur und Qualität der Herrschaft wurden das ganze 18. Jahrhundert über geführt und bis in die württembergische Zeit nach 1802 verschleppt. Die protestantische Reichsstadt Aalen selbst

Rechte selbst im reichsstädtischen Gebiet besaßen, waren Streitigkeiten vorprogrammiert: Mit der Fürstpropstei Ellwangen wegen des dort liegenden Kirchenpatronats und mit den Grafen von Oettingen wegen Zoll- und Geleitsfragen und der Frage der Hohen Gerichtsbarkeit.

*„Prozesse über Struktur und Qualität der Herrschaft wurden das ganze 18. Jahrhundert über in den Reichsstädten geführt und bis in die württembergische Zeit nach 1802 verschleppt.“*

konnte kein eigenes größeres Territorium ausbilden. Versuche, ihre Ländereien Richtung Westen nach Möggingen auszudehnen, wurden früh wieder aufgegeben. Da benachbarte Herrschaften verschiedene

Wie in anderen Reichsstädten auch, waren um 1700 die Gewerbetreibenden in Zünften zusammengeschlossen. Sieht man von den traditionellen Berufen ab, die lediglich den reichsstädtischen Markt und das nähere Umland belieferten, so fällt in Schwäbisch Gmünd vor allem das Kunstgewerbe auf, das starken Export nachweisen konnte.

So entwickelte sich hier ab etwa 1750 ein schwunghafter Handel mit geschnitzten Pfeifenköpfen in silbernen Beschlägen und verzierten Blechdeckeln vor allem in die Schweiz und nördliche Staaten Deutschlands.

Ebenso schwunghaft gestaltete sich der Exporthandel für Perlstickerei an Taschen, Geld- und Tabaksbeuteln sowie Uhrbändern. Die Gewerbe der Kanntengießer und Zinnarbeiter gingen Mitte des 18. Jahrhunderts ein, als sich der Publikumsgeschmack dem nun neumodischen Porzellan zuwandte, das auch in Ellwangen produziert wurde. Große Bedeutung erlangte bereits während des 17. Jahrhunderts die Produktion von sogenannten Paternostern (= Rosenkränzen) aus Gagat, Holz, Elfenbein oder Kristall.

Als Hauptabsatz- und Umschlagsmärkte dienten Venedig, Mailand, Lyon, Lissabon und Istanbul. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts verlor jedoch dieser Gewerbebezweig seine wirtschaftliche Bedeutung: Aus den Jahren 1724 und 1726 stammen die letzten schriftlichen Aufzeichnungen über diese Zunft und die Zuliefererindustrie der Kristallarbeiter.

Im Lauf des 18. Jahrhunderts verloren alle diese Kunstgewerbebezüge aber langsam

an Gewicht, allein das Gmünder Gold- und Silberhandwerk behielt seine überregionale Bedeutung. Die Mehrzahl der in diesem Gewerbe tätigen Schmiede befaßte sich jedoch hauptsächlich mit der Herstellung von Bijouteriewaren. Nicht mehr größere Arbeiten, sondern vielmehr im Verlagssystem produzierte Kleinstücke wie Beschläge und Schließen charakterisierten die zünftische Kunst. Konkurrenzkampf und Überproduktion drängten zur verbilligten Massenware. Schwäbisch Gmünd war – trotz Schutzpolitik einiger Flächenstaaten wie Bayern und Österreich – auf

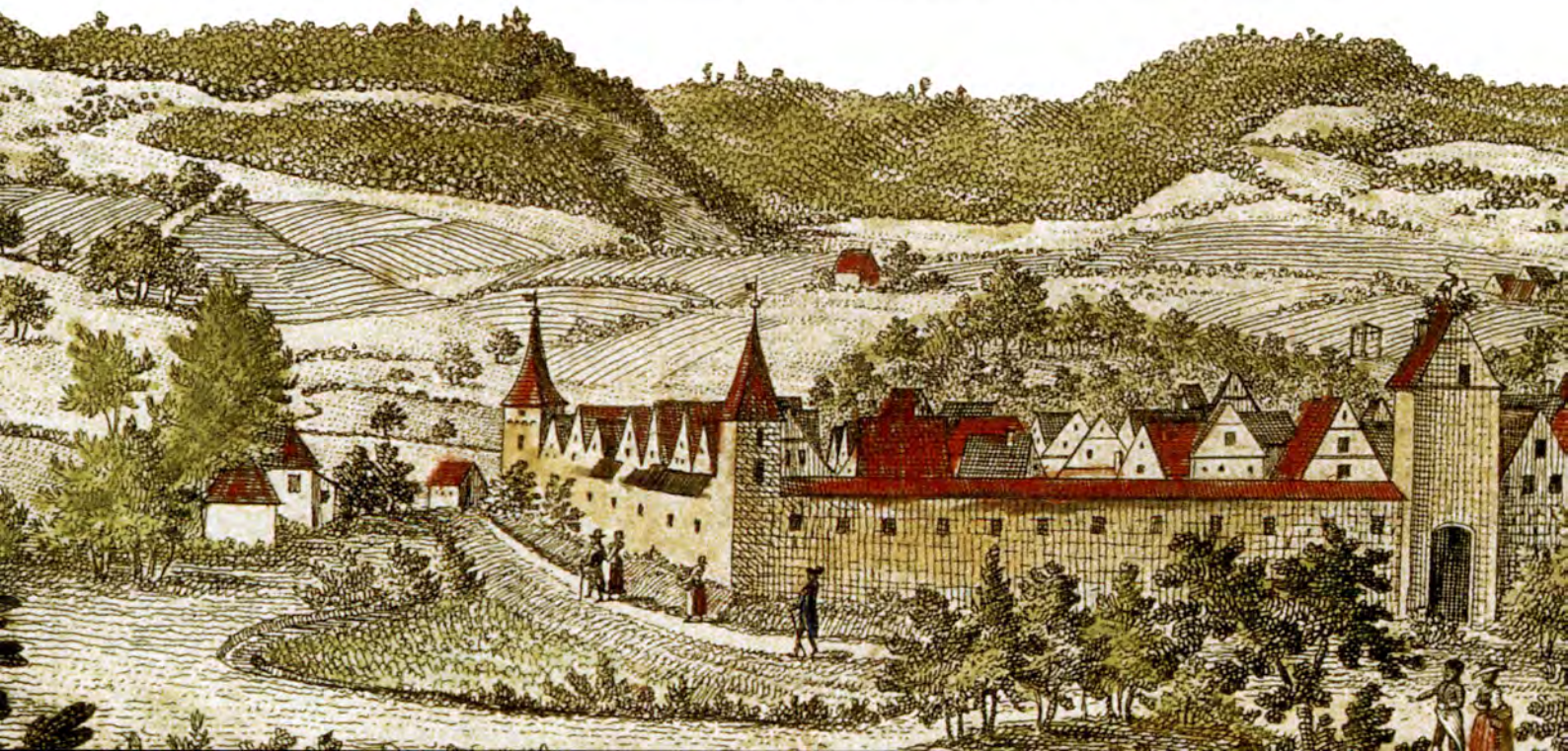
*„Die Koalitionskriege, die das Reich 1792-1797 und 1799-1801 gegen die französische Republik führte, schlugen in ihrer Auswirkung auf ganz Ostwürttemberg zurück: Besetzungen und Kontributionen höhlten die letzten wirtschaftlichen Ressourcen zumindest in den Reichsstädten aus.“*

fast sämtlichen deutschen Messen vertreten. Über Geschäftsverbindungen in Nürnberg gelang es in den 1750er Jahren, die „Gmünder Waaren“ – so die Bezeichnung der Bijouterieerzeugnisse – bis nach Russland zu exportieren. Über Kompensationsgeschäfte vor allem mit südlichen Ländern in Europa kamen in die Stadt Weine, Seide, Gewürze und Baumwolle. Trotz gelegentlicher konjunktureller Einbrüche – um die Mitte des 18. Jahrhunderts

mußten zahlreiche Gold- und Silberschmiede auswandern – und verschiedener Handelshemmnisse (zeitweises Einfuhrverbot in Bayern und Österreich, 1707 in Nürnberg, 1758 in Augsburg) entwickelte sich das Gold- und Silbergewerbe kontinuierlich hin zur Schmuckwarenindustrie der Stadt im 19. Jahrhundert.

Die Koalitionskriege, die das Reich 1792-1797 und 1799-1801 gegen die französische Republik führte, schlugen in ihrer Auswirkung auf ganz Ostwürttemberg zurück: Besetzungen und Kontributionen höhlten die letzten wirtschaftlichen Ressourcen zumindest in den Reichsstädten aus, spätestens seit 1797 war die reiche Kaufmannsstadt Schwäbisch Gmünd, verursacht auch durch innerstädtisches Mißmanagement und eingeschränkte Exportmöglichkeiten seiner Waren in Kriegszeiten, bankrott. Letzte Bemühungen der Reichsstädte

noch im September 1802 die drohende Übernahme zu verhindern, schlugen fehl. Nur die Reichsstadt Aalen besaß in den reichsstädtischen Kassen noch etwas Geld, was den württembergischen Beamten, der die Zivilinbesitznahme im November 1802 vornahm, zu den lobenden Worten veranlasste: „All diese Kassen befinden sich auf hiesigem Rathaus und wurden, so viel ich wahrnehmen konnte, bißher in guter Ordnung administriert“.



### Denkschrift der Reichsstädte in Schwaben vom 8. September 1802

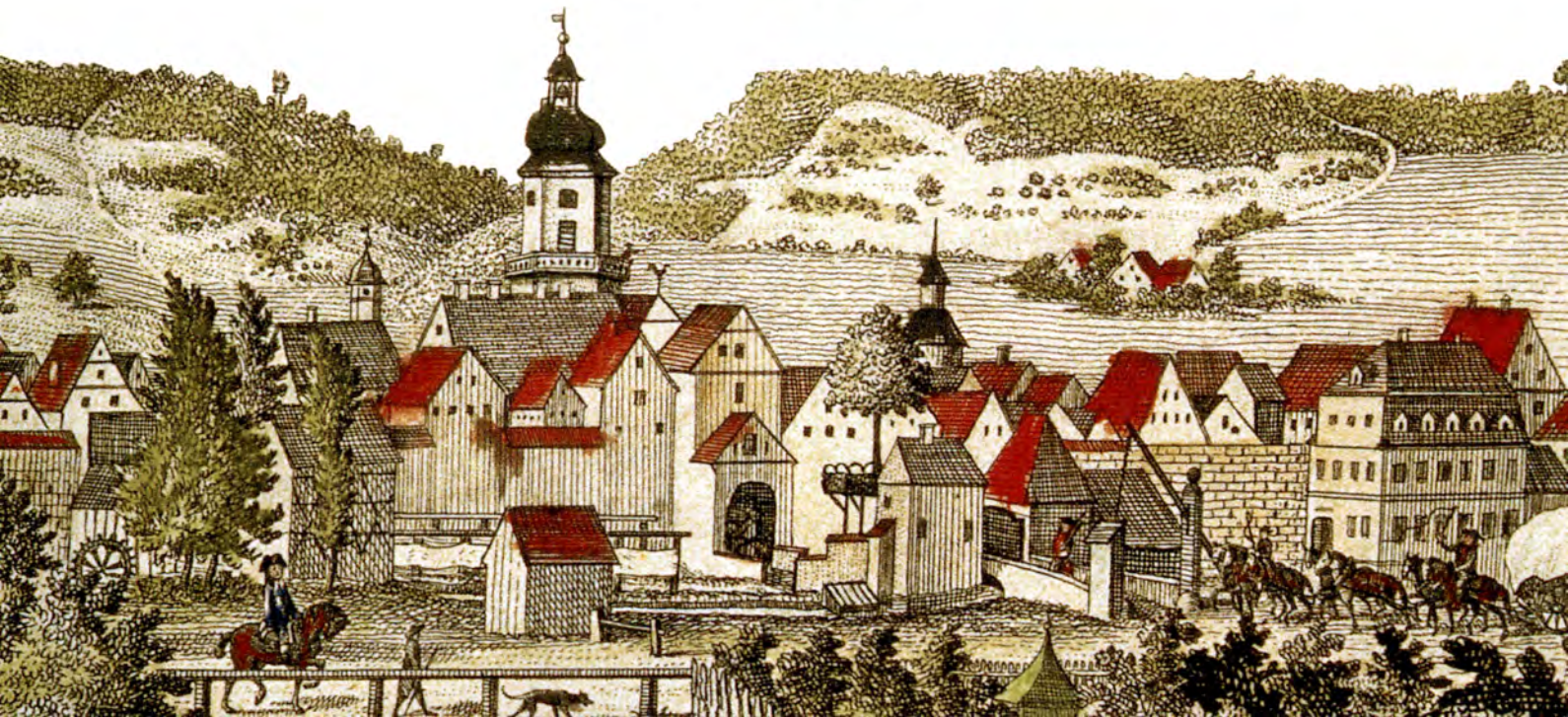
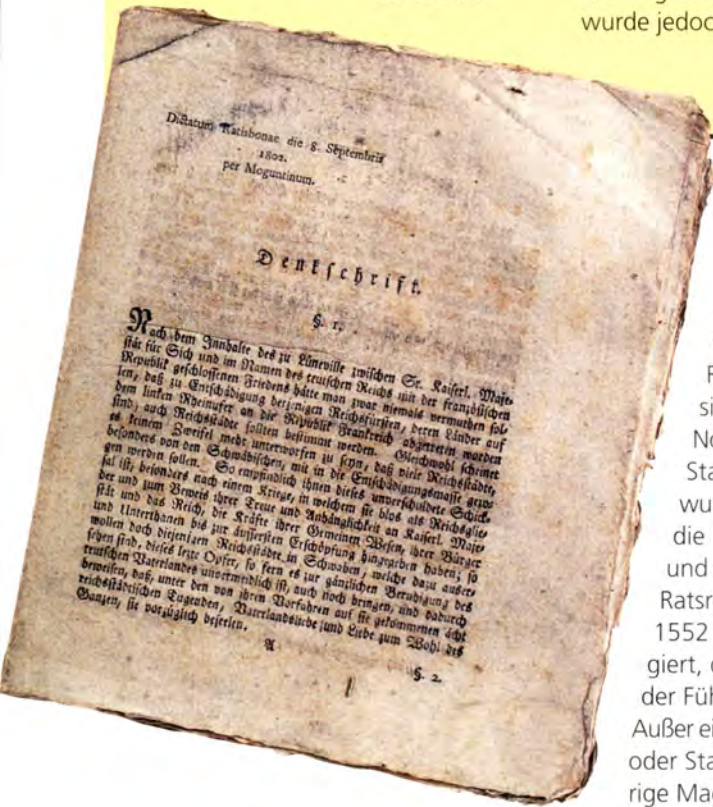
Sozusagen in letzter Minute, am 8. September 1802, legten die Freien Reichsstädte zu Schwaben beim Immerwährenden Reichstag in Regensburg eine Denkschrift vor. „Gleichwohl scheint es

keinem Zweifel mehr unterworfen zu seyn, daß viele Reichsstädte, besonders von den Schwäbischen, mit in die Entschädigungsmasse gezogen werden sollen.“ Trotz der unabänderlich bevorstehenden Übernahme durch Baden, Württemberg und Bayern sprachen sie sich dafür aus, unter der neuen Herrschaft eigene Sonderrechte in der Verwaltung behalten zu dürfen. Das Papier wurde jedoch nie beraten oder verabschiedet.

Die Reichsstadt war seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges mit über 140.000 Gulden hoch verschuldet. Gegen den Plan des Stadtschreibers Haak im Jahr 1763, die Schulden durch den Verkauf städtischer Güter und durch höhere Besteuerung der Bürger zu mindern, klagten der damalige Bürgermeister Schezmann und 13 andere Bürger Bopfingens beim Reichshofrat in Wien. Das Ergebnis war, dass man eine kaiserliche Untersuchungskommission einrichtete, die in der Folgezeit einen kaiserlichen Ökonomieplan entwickelte, nach dem über die Erhöhung der Bürger- und Schutzgelder die Schulden bis zum Jahr 1790 auf 68.000 Gulden abgebaut werden sollten. In wenigen Jahren war durch Kriegseinflüsse der Schuldenstand dann wieder auf 124.000 Gulden angewachsen, die Reichsstadt somit bankrott.

Weitaus günstiger als die finanzielle Seite beurteilte Dolp die Rechtssprechung in der Reichsstadt: „Die Justiz wurde [...] in den mehresten Sachen ohne Verzögerung und ganz unpartheyisch mit wenigem Kostenaufwand administrirt“.

Bei dem Übergang an Kurbayern zählte die Reichsstadt Bopfingen knapp 1300 Einwohner. Aus einer Bestandsaufnahme durch den ehemaligen Nördlinger Ratskonsulenten Dolp ergaben sich im Juli die „Statistischen Notizen von der Churbairischen Stadt Bopfingen“. Danach wurde die Reichsstadt am Pf wie die Nachbarreichsstädte Aalen und Schwäbisch Gmünd seit der Ratsreform Kaiser Karls V. im Jahr 1552 von drei Bürgermeistern regiert, die sich alle vier Monate in der Führung des Amtes ablösten. Außer einem rechtskundigen Syndikus oder Stadtschreiber bestand der übrige Magistrat „aus lauter Professionisten und Handwerkern“. Die Wahl zum Rat erfolgte durch Kooptation und war auf Lebenszeit angelegt.



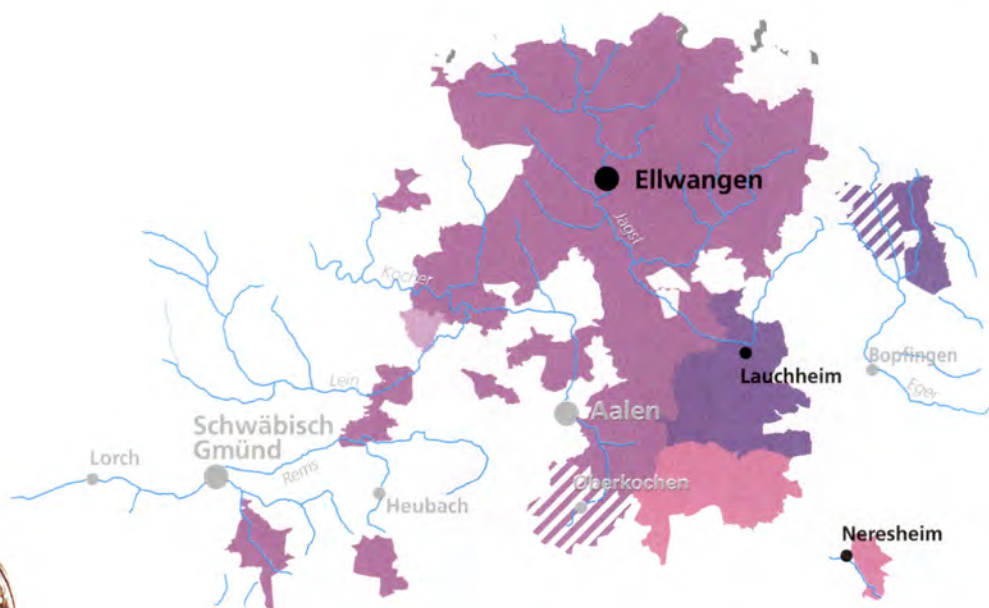
# Herrschaften mit Krummstab und Kreuz

Der geistliche Besitz, im Bereich des heutigen Ostalbkreises, teilte sich bis zur Säkularisation in selbständige, reichsunmittelbare geistliche Territorien wie die Fürstpropstei Ellwangen, die Benediktinerabtei Neresheim oder die Deutschordenskommande Kapfenburg mit der Stadt Lauchheim. Daneben gab es geistlichen Grundbesitz, der unter Landeshoheit anderer Herren stand. Das Zisterzienserinnenkloster Kirchheim am Ries war landsässiges Kloster der Fürsten v. Oettingen. Andere geistliche Besitzungen gehörten dem Deutschen Orden, insbesondere den Kommenden Nürnberg, Ellingen, Mergentheim und Donauwörth, ferner den Hochstiften Augsburg und Eichstätt sowie vielen Klöstern. Während dieser Streubesitz geistlicher Institutionen keine große Bedeutung für seine Umgebung besaß, haben die geistlichen Territorien eine erhebliche Bedeutung für die gesamte Landschaft gehabt.



## Ellwanger Kirchenschatz

Der Ellwanger Kirchenschatz, der in Jahrhunderten in der Stiftskirche zusammenkam, wurde durch die Säkularisation größtenteils auseinandergerissen. Übrig geblieben sind nur die liturgischen Geräte, die für den Gottesdienst benötigt werden. Sie wurden in den letzten Jahren der Fürstpropstei gestiftet. Unter ihnen sind die in Augsburg verfertigte Strahlenmonstranz (1793/1795) und der Messkelch. Er wurde von Franz Karl von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst 1792 in Auftrag gegeben.



- Gebiete der Fürstpropstei Ellwangen
- Gebiete des Deutschen Ordens
- Gebiete der Benediktinerabtei Neresheim



# Adel und Kirche

## Die Fürstpropstei Ellwangen

Die Fürstpropstei Ellwangen war 1460 durch die Umwandlung der 764 gegründeten Benediktinerabtei in ein Chorherrenstift entstanden. An der Spitze dieser ältesten und bedeutendsten geistlichen Institution im nordostschwäbischen Raum stand der Fürstpropst. Er vereinigte die gesamte oberste Staatsgewalt eines reichsunmittelbaren Regenten in sich und führte den Titel: Gefürsteter Propst und Herr zu Ellwangen.

Seit 1689 wählte das Ellwanger Kapitel fast immer Bischöfe oder Erzbischöfe der Reichskirche in dieses Amt, das in Personalunion ausgeübt wurde. So war Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg (1694-1732) Erzbischof von Trier, später von Mainz sowie Bischof von Breslau, von Worms, Hoch- und Deutschmeister und eben Fürstpropst von Ellwangen. Franz Georg von Schönborn (1732-1756) amtierte zudem als Erzbischof von Trier und Bischof von Worms. Sein Nachfolger Anton Ignaz Graf Fugger zu Kirchberg und Weißenhorn (1756-1787) wurde als Ellwanger Fürstpropst zum Bischof von Regensburg gewählt.

Das dem Fürstpropst als Landesherrn und Ordinarius unterstellte Kapitel bestand aus 12 Adligen. Hierzu zählten der Dekan, der Kustos, der Scholaster und 9 weitere Kapitularer. Der Dekan besaß als Vertreter des Fürstpropsts seit 1784 das Recht, die Mitra zu tragen. Der Kustos war für die Vermögensverwaltung des Stiftes zuständig, während der Scholaster die Oberaufsicht über das Schulwesen hatte. Die adeligen Kapitularer waren in der Regel zugleich noch in anderen Kapiteln der Reichskirche bepfündet und haben sich daher meist nur kurze Zeit im Jahr in Ellwangen aufgehalten. Hinzu kamen noch vier Provisoren oder Verweser (auch Vierherren genannt), die seit dem 15. Jahrhundert für den Chordienst in der Stiftskirche zuständig waren, ferner der Poenitentiar, der Stiftsbeichtvater, ein Prediger und eine wechselnde Anzahl (9, später 18 bzw. 19) von Chorvikaren.



**Clemens Wenzeslaus Herzog von Sachsen**  
(1787-1802)

Der letzte Ellwanger Fürstpropst war Sohn des Kurfürsten von Sachsen und Königs von Polen. Nach seinem Eintritt in die kirchliche Laufbahn wurde er 1763-1768 Bischof von Freising und Regensburg. Diese Ämter gab er auf, als er 1768 Erzbischof und Kurfürst von Trier und Bischof von Augsburg wurde. 1770 wählte ihn das Ellwanger Kapitel zum Koadjutor des Fürstpropsten Anton Ignaz, der ihm 1777 die Landesregierung unter bestimmten Vorbehalten überließ.

Im Zuge der Säkularisation verzichtete er am 25. April 1802 auf sein Trierer Amt, am 3. November auch auf Ellwangen, während er das Bistum Augsburg als Bischof, aber nicht mehr als Reichsfürst, bis zu seinem Tode (27. Juli 1812) in Marktobendorf behielt. Er hat in Ellwangen die Verwaltung reorganisiert, neue Gesetze erlassen und für die Bevölkerung wertvolle Einrichtungen, wie z.B. die Feuerversicherung geschaffen. Dennoch hat Ellwangen für ihn immer den Rang einer Nebenresidenz eingenommen, wie seine wenigen Aufenthalte beweisen.



Der Güterbesitz der Fürstpropstei zwischen Fürstpropst und Kapitel war im Verhältnis 2:1 aufgeteilt. Er bestand aus der Stadt Ellwangen, dem Markt Bühlertann, 20 Pfarrdörfern, 22 weiteren Dörfern und 180 Weilern und einzelnen Höfen. Die Verwaltung des Güterbesitzes wurde durch das Stadtmannamt, die Oberämter Rötlen, Kochenburg, Tannenburg, Wasseralfingen und Heuchlingen sowie das Kapitelsche Oberamt ausgeübt.

Am Ende des 18. Jahrhunderts wurden die Einkünfte des Fürstpropsten auf jährlich 89-90.000 Gulden und die des Kapitels auf 40-50.000 Gulden geschätzt. 1746 wurden für das Stift 2000, für das Kapitel 514 Untertanen gezählt und 1799 die Einwohnerzahl mit 15.799 Personen angegeben. Zum Territorialbesitz der Fürstpropstei zählte auch umfangreicher Streu- und Lehensbesitz.

*„Die Fürstpropstei Ellwangen war unmittelbar vor der Säkularisation keineswegs ein in innerer Auflösung begriffenes Staatswesen.“*

Seit 1215 war der Fürstpropst bzw. der Abt Ellwangens Reichsfürst und saß als 29. Stand auf der geistlichen Fürstenbank. Bei den Konventen des Schwäbischen Kreises



**Vom Stiftsrathaus zum Landgericht**

Nach dem Abbruch des alten Stiftsrathauses wurde 1748 der Grundstein für das heutige Gebäude gelegt. Das von Stadt- und Landbaumeister Prahl sowie Balthasar Neumann geplante Haus konnte Anfang 1750 bezogen werden. Im Erdgeschoss waren unter anderem das Brothaus, die Kornschranne und die städtische Wache untergebracht.

Im ersten Obergeschoss befanden sich die Räume für die fürstliche Regierung, den Geistliche Rat, die Hofkammerkanzlei, die Forstbehörde und das Stadtgericht. Das zweite Obergeschoss wurde ebenfalls von Regierung und Stadtverwaltung genutzt.

Nach der Säkularisation 1802 diente das Gebäude als Sitz der württembergischen Oberlandesregierung, Hofkammer und Landvogtei. Von 1812-1817 waren hier die Aula der Friedrichsuniversität sowie der Amtssitz des Generalvikars untergebracht. Als diese 1817 nach Tübingen und Rottenburg verlegt wurden, folgten ihnen die Kreisregierung für den Jagstkreis und die Finanzkammer. Nach ihnen zog 1854 die Gerichtshofkanzlei, das spätere Landgericht, in das Gebäude ein, das dieses noch heute nutzt.

wechselte er sich als Mitglied des ersten Viertels jeweils im Vorrang mit dem Abt von Kempten ab. Seit 1705 hatte er auch Sitz und Stimme bei den Versammlungen des Ritterkantons Kocher. Ellwangen bezahlte seit 1691 als Reichsmatrikularbeitrag 80 Gulden. Der Anschlag des Schwäbischen Kreises betrug 88 Gulden. In Kriegszeiten stellte die Fürstpropstei zu dem Regiment Wolfegg einen Hauptmann sowie 63 Unteroffiziere und Gemeine. In Friedenszeiten wurden dagegen nur ca. 40 Mann Infanterie gehalten. Nach der Zählung der Landmiliz 1757 konnten aber insgesamt 988 Mann aufgeboden werden.

Die „Denkwürdigkeiten aus meinem Leben“ des evangelischen Prälaten Pahl, der Pfarrer im benachbarten Neubronn gewesen war, beschreiben die Verhältnisse in der Fürstpropstei vor der Säkularisation eingehend.

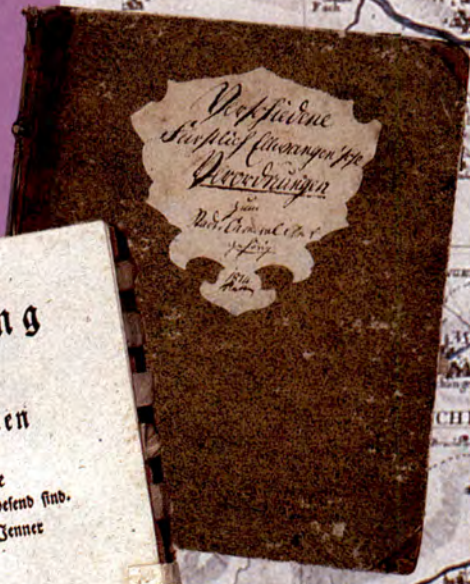


**Ehemaliges Spital zum Heiligen Geist**

Das 1486 aus dem Klosterbereich an seinen heutigen Standort verlegte Spital bestand aus gotischen Gebäuden, die weitgehend in den ersten Umbau (1699-1702) einbezogen wurden. Stadt- und Landbaumeister Prahl begann 1744 mit der Planung eines weiteren Umbaus. Seine Entwürfe wurden von Balthasar Neumann unterstützt. Daraufhin erfolgte unter der Leitung von Prahl in den Jahren 1749-1752 ein zweiter Umbau, der dem Spitalgebäude sein heutiges Aussehen gab.

### Verordnungen und Instruktionen

Im Zuge einer großangelegten Verwaltungsreform erließ Fürstpropst Clemens Wenzeslaus zahlreiche Vorschriften für die unterschiedlichsten Bereiche des Ellwanger Staatswesens. Hierzu zählten die Instruktion und Bestellung eines Försters, Jägers oder Holzwärters (undatiert), die Verbesserung der Landstraßenverordnung von 1749 (1778), die Bleichbeschauordnung (1783), das Regulativ einer beständigen Streife im Stift Ellwangen (1785), das Bauregulativ (1786), die Verordnung über die Vorschubkasse bei Viehverlusten (1789), die Verordnung über Erbschaftsansprüche auswärtiger Klöster (1792), die Verordnung über die Verlassenschaft Verschollener (1792), Polizeianstalten bei jetzmaliger Abwesenheit des Militärs (1793), die Verordnung über die Erhebung von Gerichts- und Amtsgebühren (1794), die Instruktion für das Revisorium der Fürstpropstei (1795), die Verordnung über das Einstandsrecht bei verteilten Häusern (1795), die Verordnung über untreue Verwalter und mutwillige Gantirer (1795), die Verordnung über die Holzerfordernisse zu Baulichkeiten (1796), die Verordnung über die Bevormundung kanzleisässiger Personen (1796), die Verordnung zum Verhalten bei Faulfieber (1796), sowie die Instruktion zum Aufforsten in den Waldungen (1796).



## Ellwanger Münzen

Im 18. Jahrhundert hat Fürstpropst Anton Ignaz Graf Fugger von Kirchberg und Weißenhorn (1756-1787) zwei Münzen prägen lassen, die nur für Ellwangen bestimmt waren. Es handelte sich bei ihnen um einen Konventionstaler und einen Halbtaler. Der Halbtaler geht auf die 1753 zwischen Österreich und Bayern getroffene Konvention zurück, nach der der Silberfeingehalt von 10 Talern dem Gewicht der Kölner Mark (233,85 g) entsprach. Diese Konventionstaler waren in 2 Konventionsgulden (Halbtaler) zu je 60 Kreuzer unterteilt. Die Konvention von 1753 wurde für Süddeutschland maßgebend. Aufgrund des Beschlusses auf dem Reichstag in Augsburg (1760) wurde in Süddeutschland der sog. „Usualfuß“ eingeführt, nach dem für den Konventionstaler 144 Kreuzer und für den Halbtaler 72 Kreuzer zu bezahlen waren.



## Karte der Fürstpropstei und Ansicht der Stadt Ellwangen

Für seine 1746 entworfene Karte der Fürstpropstei (80 x 107 cm) mit einer Ansicht der Stadt (6 x 17 cm) erhielt Stadt- und Landbaumeister Prael ein Honorar von 800 Gulden. Trotz ihrer mathematischen Ungenauigkeiten wurde sie zur Vorlage für die Karten von Seutter und Homann, die im verkleinerten Maßstab erschienen.



Daraus ergibt sich, dass in derselben kein absolutistischer Despotismus geherrscht hat. Vielmehr konnten die Bauern am allgemeinen Wohlstand teilhaben, wobei ihre Einkünfte hauptsächlich aus Waldnutzung, Viehzucht und Ackerbau stammten. Nach Pahl besaß die Fürstpropstei auch erfolgreiche industrielle Unternehmungen, wobei er jedoch eine längere Stagnation der Gesetzgebung in den verschiedensten Bereichen bemängelte, die erst unter Fürstpropst Clemens Wenzeslaus wieder behoben wurde.

Die Fürstpropstei besaß in dem Eisenbergwerk und den Schmelzöfen in Wasseralfingen sowie den Hammerwerken in Abtsgmünd und Unterkochen gewinnbringende Betriebe. Sie waren aber nicht die einzigen industriellen Unternehmungen in der Fürstpropstei.



### Stadtschultheiß Joseph Anton Emer und seine Ehefrau

Portraits – Gegenstücke

Der letzte Stadtschultheiß in fürstpropstlicher Zeit hat sich mit seiner Ehefrau um 1800 in repräsentativen Portraits malen lassen, um seine Stellung zu dokumentieren. Die Portraits verdeutlichen die Aufwertung, die das Amt des Stadtschultheißen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfahren hatte.

Nachdem eine Garn-, Leinwand- und Baumwollspinnerei in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts im Ellwanger Spitalgebäude gescheitert war, wurde in Schrezheim 1750 eine Fayencefabrik gegründet. In Rosenberg errichtete die Fürstpropstei 1667 eine Glashütte, die bis 1782 bestand. Obwohl die Fürstpropstei berechtigt war, eigene Münzen zu prägen, hat sie von diesem Recht, wohl aus wirtschaftlichen Gründen, erst im 17. Jahrhundert und auch dann nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht.

Dazu hat sicherlich auch die Stellung Ellwangers als Nebenresidenz beigetragen. In der Zeit von 1689-1803 wurde das Amt des Fürstpropsten fast dauernd von Inhabern weiterer hoher Ämter in der Reichskirche ausgeübt. Somit liegen nur wenige Münzen vor, die ausschließlich für die Fürstpropstei geprägt worden waren.

Nachdem unter den Fürstpropsten Franz Ludwig (1694-1732) und Franz Georg (1732-1756) zahlreiche Verordnungen erlassen worden waren, kann Prälat Pahl mit seinem Hinweis auf die längere Stagnation der Gesetzgebung in der Fürstpropstei nur die Jahre 1756-1777 unter Fürstpropst Anton Ignaz gemeint haben. Unter Clemens Wenzeslaus sind seit 1778 in rascher Folge Verordnungen und Instruktionen erlassen worden, welche die Ellwanger Verwaltung modernisierten.

Die Stadt Ellwangen war innerhalb der Fürstpropstei die bedeutendste Siedlung. Als Sitz der Abtei bzw. des Stiftes war sie seit dem Mittelalter in diese Rolle hineingewachsen. Die Stadt war im 18. Jahrhundert noch ummauert und besaß drei Tore sowie einen Mauerdurchlass auf der Nordseite. Sie ist bis zur Säkularisation der Fürstpropstei unterstellt geblieben.

Der oberste Beamte in der Stadt war der Stadtvogt, der ab den 1760er Jahren als Vizedom bezeichnet wurde. Das Amt war in der Regel mit einem Adligen besetzt. Der Vizedom hatte die Stadt und deren Bewohner zu schützen. Wegen seiner Informationspflicht gegenüber Schultheiß, Gericht und Bürgermeister nahm er an den Sitzungen des Stadtgerichts teil. Er führte zudem die Oberaufsicht über die Stiftungen und Pflögschaften der Stadt und hatte jährlich deren Rechnungen zusammen mit denen der Stadtkasse zu prüfen. Außerdem war er Stadtkommandant und hatte über den Militär- und Wachdienst zu entscheiden und zu befehlen.

Der Stadtschultheiß versah die Verwaltungsgeschäfte der Stadt und führte den Vorsitz im Stadtgericht. Seit 1757 war er Mitglied des Kammerrats, während er vorher noch selbst hatte durch die Gassen patrouillieren müssen. Das Stadtgericht war zugleich Stadtrat.

Seine zwölf Mitglieder wählten jährlich am Donnerstag nach Kreuzerhöhung die zwei Bürgermeister (Steuerer) aus ihrer Mitte und die übrigen städtischen Diener (Torwarte, Nachtwächter, Flurer und Hirten).



### Astronomische und mathematische Geräte

Die Sammlung wurde von Fürstpropst Johann Christoph IV. von Adelsmann (1674-1687) aufgebaut. Sie entsprach dem in vielen geistlichen Konventen der Zeit bestehenden Interesse an naturwissenschaftlichen Forschungen. Der Fürstpropst hat seine Sammlung dem Kapitulum vermacht. Um 1760 befand sich bereits ein Teil der Instrumente im Besitz des Gymnasiums. Der Rest der Sammlung wurde in den Jahre 1792 und 1803 an die Schule abgegeben.



### Die Kunst des Eisengießens

Nach dem 30jährigen Krieg wurde in Unterkochen ein Hochofen errichtet, die Eisenschmiede in Abtsgmünd wieder aufgebaut und das Schmelzwerk Wasseralfingen 1670/1671 begründet, das seine Haupteinnahmen aus dem Guss von Masseleisen erzielte. Hier wurden außerdem Öfen, Ofenplatten, Kessel, Häfen usw. gegossen, aber auch schon bald Munition hergestellt.

Unter Fürstpropst Franz Georg v. Schönborn wuchsen die Erträge der Eisenwerke weiter an. In Wasseralfingen wurde 1756 ein neuer, größerer Hochofen errichtet, dem 1779 ein weiterer folgte. Die Entwicklung blieb insgesamt gesehen sehr erfolgreich und machte die Eisenindustrie der Fürstpropstei in weiten Kreisen bekannt. Schon in dieser Zeit dürfte sich der Spruch für unverheiratete Männer/Frauen eingebürgert haben, die schon in vorgerücktem Alter standen, sich doch einen passenden Ehepartner in Wasseralfingen gießen zu lassen.

### Fayencefabrik Schrezheim

Fürstpropst Franz Georg v. Schönborn erteilte am 29. Juli 1752 dem Wirt, Weinhändler und Ziegeleibesitzer Johann Baptist Bux in Schrezheim bei Ellwangen die Genehmigung, eine Fayencefabrik zu eröffnen. Den Platz für die benötigte Glasurmühle hatte sich der Unternehmer bereits am 13. April 1752 gesichert und die geeignete Erde fand er rasch bei Neunheim. Da Bux keine direkte finanzielle Unterstützung vom Fürstpropst erhielt, wurde ihm auf 20 Jahre Steuerfreiheit gewährt.

Ebenso lang waren seine Waren vom Ausfuhrzoll befreit. Er durfte auch Nichtkatholiken beschäftigen, musste aber auf die Herstellung von einfachem Hafnergeschirr verzichten, um diesem Gewerbe nicht zu schaden.

Bux hat erhebliche Summen in seine Fabrik investiert. Als die Witve des Stadt- und Landbaumeisters Prahl ihre im oettigischen Uztmemmingen gelegene Porzellanfabrik nach Ellwangen verlegen wollte, kam es zu Auseinandersetzungen, in denen sich Bux durchsetzen konnte. Für kurze Zeit versuchte auch er sich in der Porzellanproduktion, was aber nur in geringem Umfang gelang. Obwohl die Fayencefabrik aufblühte, aus ihr sind 1771 mit der berühmten Madonna und 1773/1774 mit dem Altar für die Schrezheimer Antoniuskapelle Meisterstücke hervorgegangen, wurde der Gedanke, auf Porzellan umzustellen, nicht aufgegeben. Bux konnte mit Unterstützung von Louis Viktor Gerverot nochmals Porzellan produzieren, war jedoch von einer rentablen Herstellung weit entfernt. Nach dem Tode von Bux im Jahr 1800 führten seine Kinder in der „Schrezheimer Porcellain-Fabrik-Gesellschaft“ den Betrieb bis zur Zwangsversteigerung 1852 fort. Der Betrieb produzierte noch weitere zwanzig Jahre die bekannte „Schrezheimer Ware“, bis er im Februar 1872 abbrannte. Das Fabrikgebäude wurde nicht mehr aufgebaut.

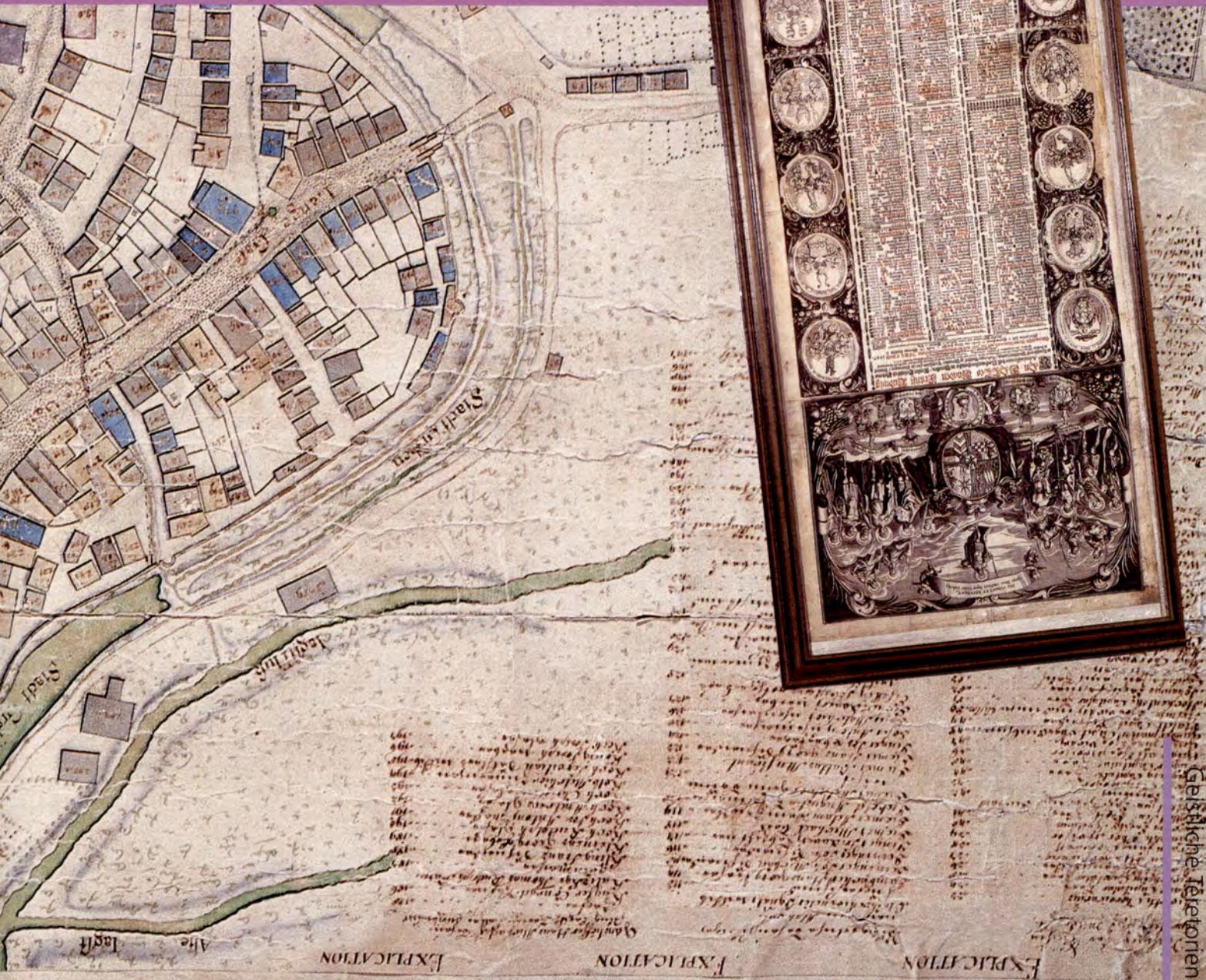
### Glas aus Rosenberg

Nachdem die Fürstpropstei 1667 die Glashütte in Unterkochen hatte abbrechen lassen, ließ sie in demselben Jahr die Glashütte in Rosenberg errichten. Diese warf jedoch durch die immer schwieriger werdende Holzbeschaffung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nur noch - zurückgehende Erträge ab. Sie wurde daher 1782 „als ein dem Stift sehr schädliches Etablissement“

aufgehoben und ihr Haus mit den dazugehörigen Gütern verkauft. Die Produktion der Glashütte hatte neben Gebrauchsglas für Fenster auch Zier- und Trinkgläser umfasst. Der Ellwanger Raum scheint seinen Glasbedarf weitgehend bei ihr gedeckt zu haben.

Ihr Bekanntheitsgrad war auch dafür verantwortlich, dass 1829 in Rosenberg erneut eine Glashütte entstand, die bis 1876 produzierte.

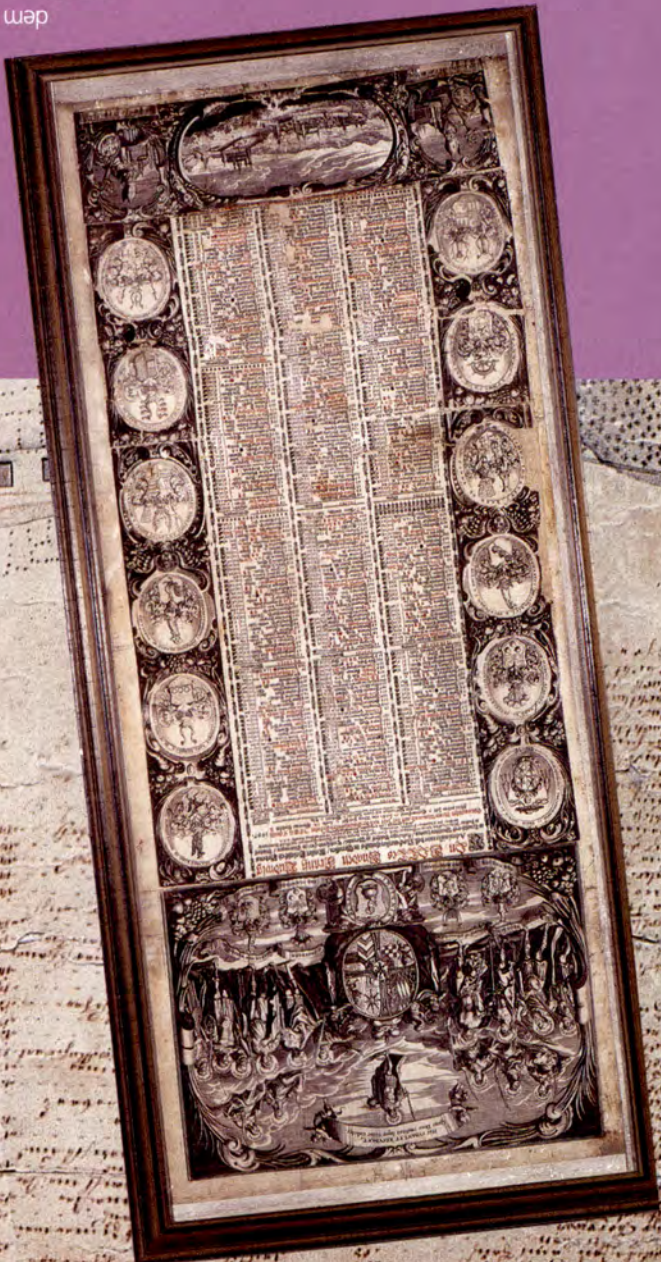




Die rechts und links des Wappens des Fürstpropsten angeordnet sind. Darunter finden sich die Wappen der vier Adelsfamilien von Rechberg, von Adelman, von Freyberg, von Wartensleben, welche die Erbämter der Fürstpropstei als Marschall, Kämmerer, Schenk und Truchseß versehen. Darunter sind in zwei Spalten rechts und links je sechs Wappen der Kapitular angeordnet, während sich am unteren Ende ein Bild der Stadt Ellwangen und rechts und links davon Harloff und Erfloß als Gründer des Klosters finden.

Ihrer historischen Bedeutung in der Mitte des Blattes befindet sich in der Regel der Kalender. Aus Ellwangen sind bislang nur zwei vollständige Exemplare bekannt. Das besser erhaltene aus dem Jahr 1697, das weniger gut erhaltene aus dem Jahr 1732. Beide sind demnach unter Fürstpropst Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg gedruckt worden. Auch später dürften vergleichbare Kalender gedruckt worden sein. Trotz der Abweichungen im einzelnen ist die Gesamtkomposition der beiden Blätter dieselbe. Im Kopf des Blattes finden sich die Ellwanger Stiftshelligen,

### Mittel der Repräsentation



Die Wappenkaiser der geistlichen Fürstentümer der frühen Neuzeit dienten der Repräsentation, aber auch der Darstellung der Institutionen dieser Fürstentümer und



**Plan der Stadt Ellwangen**

Stadt- und Landbaumeister Prael hat im Anschluss an die 1746 entworfene Karte der Fürstpropstei 1747 den Plan der Stadt Ellwangen gezeichnet. Dieser liegt im Original auf Leinen aufgezogen, im Format 80 x 103 cm, vor. Es ist unbekannt, ob er gedruckt werden sollte. Der Plan nennt alle Hausbesitzer der Stadt und ist damit eine wertvolle Ergänzung der schriftlichen Quellen zur Haus- und Besitzgeschichte in der Stadt. Nach der 1733 angelegten Topographia Ellvacensis hat die Stadt in diesem Jahr 275 Häuser unter der Stadtvogtei sowie noch weitere 42 herrschaftliche, geistliche und andere freie Behausungen umfasst.

Hoch Fürstl.  
 Ellwang.  
 Brücken zoll  
 vom Wagen 3. kr  
 vom Karren 1 1/2 kr

**Brückenzoll**

Wagen und Karren mussten bei Benutzung der Brücke einen feststehenden Brückenzoll bezahlen. Dieser hatte sich im Mittelalter entwickelt, um die Instandhaltung der Brücke finanziell zu sichern. Erst nach der Säkularisation wurden diese Abgaben in der Regel abgeschafft. Ein Teil der städtischen Einkünfte stammte aus diesen und vergleichbaren Zahlungen.

## Missale Romanum

An das 1685 gedruckte Missale Romanum ist das Proprium des Ellwanger Festkalenders aus dem Jahre 1690 angebunden. Es beweist, welches Gewicht die Fürstpropstei ihren eigenen liturgischen Texten (z.B. Gebete, Lesungen, Kommuniongesang) beimaß. Dadurch blieben die Ellwanger Stiftsheiligen in ihrer besonderen Stellung bis in die Gegenwart lebendig.



Zu den Aufgaben des Stadtgerichts gehörten neben der Blutgerichtsbarkeit für die Fürstpropstei die Aufnahmen neuer Bürger, Entscheidungen bei Grundstücksstreitigkeiten innerhalb der Stadt sowie die Einbringung der Stadtsteuern und Gülden.

Die Bürger Ellwangers waren in der Hauptsache Handwerker, Händler und Krämer. Zwischen 1698 und 1798 wuchs die Zahl der ansässigen Bürger und Hausgenossen, die ein Gewerbe betrieben von 199 auf 305. Seit dem 16. Jahrhundert haben die Fürstpropste für einzelne Gewerbe Ordnungen erlassen (Leineweber, Bäcker, Maurern etc). Dabei wird deutlich, dass diese wie in den Reichsstädten, in Zünften zusammen gefasst waren und auch die entsprechenden Abzeichen hatten.

Im 18. Jahrhundert fanden in Ellwangen sechs Jahrmärkte im Jahr statt, von denen der Kalte Markt sowie der Sulpitius-, Vitus- und Kirchweihmarkt umfangreicher und

der erste und zweite Fastenmarkt kleiner waren. Der im Januar stattfindende Kalte Markt war für seinen Vieh- und Pferdemarkt bekannt und hat bei einem Pferdeauftrieb von meist an die 1000 Tiere Gesamtumsätze von jeweils über 30.000 Gulden erzielt. Bedeutsam war dabei auch, dass meist zwischen 200-300 jüdische Vieh- und Pferdehändler in die Stadt kamen, erst in den 1790er Jahren lag diese Zahl unter 100. An den Jahrmärkten bezog die Fürstpropstei nicht nur die Einkünfte aus den Ständen auf dem Marktplatz, sondern auch von dem Auftrieb der Tiere. Der Zoll war für verkaufte Tiere höher als für unverkaufte. Auch die in die Stadt kommenden Wagen mussten den Brückenzoll bezahlen, während die jüdischen Händler einen von 1657-1798 gleichbleibenden Betrag von 20 Kreuzern als Leibzoll zu bezahlen hatten.

Die Fürstpropstei hat einen großen Teil ihrer Einkünfte für Bildung, Kunst und Wissenschaft verausgabt. Beispiele hierfür sind die unter Fürstpropst Johann Christoph IV. von Adelman (1674-1687) angelegte Sammlung astronomischer und mathematischer Geräte sowie die Ellwanger Bibliotheken. Als Mittel der Repräsentation dienten die Wappenkalender des Stifts. Seit dem hohen Mittelalter

war die Abtei Ellwangen in der Diözese Augsburg exemt gewesen, was die Fürstpropstei noch im 18. Jahrhundert verteidigte. Sie hatte damit erhebliche Freiheiten von der Leitung der Diözese. Das Stift hatte nach Einführung der römischen Liturgievorschriften durch das Trienter Konzil seinen eigenen jahrhundertealten Kalender der Heiligenfeste behalten dürfen. Die Liturgie hat in Ellwangen der Kirchenmusik und damit auch dem Instrumentenbau eine Heimstatt geschaffen.

Am Ende des 18. Jahrhunderts fand dies in der Werkstatt des Geigenbauers Benedikt Wagner und im Kirchenmusiker Johann Melchior Dreyer seinen sichtbaren Ausdruck, der noch ins 19. Jahrhundert nachwirkte. Die am Ende des 18. Jahrhunderts bestehende, tiefe Gläubigkeit äußerte sich in den großzügigen Stiftungen liturgischer Geräte in den Notzeiten des Ersten Koalitionskrieges.



**Der Geigenbauer Benedikt Wagner**  
(1704 – 1794)

Benedikt Wagner übersiedelte mit seiner Familie 1749 aus Dürrwangen bei Dinkelsbühl nach Ellwangen und wurde hier 1752 Bürger. Als seine Werkstatt und sein Wohnhaus erwarb er das zwischen dem Palais Adelman und der Gastwirtschaft „Kanne“ gelegene Gebäude. Dort war er als Hoflauten- und Geigenmacher tätig. Er muss viele Aufträge erhalten haben, wie sein hohes Steueraufkommen von 30 Gulden und die nachweisbaren Verbindungen seiner Familie zu anderen

geistlichen Territorien Süddeutschlands aufzeigen. Seine Instrumente werden noch heute von den Fachleuten sehr geschätzt. Der ihm in der Werkstatt nachfolgende Sohn Xaver Wagner, der die Werkstatt von seinem Vater übernahm hat nach der Säkularisation erhebliche Rückschläge hinnehmen müssen. Obwohl er erst 1819 starb, sind von ihm gebaute Instrumente nur bis 1802 bekannt. Neben seinem eigentlichen Beruf war er auch als Stadtmusikant tätig. Die vor 1802 bekannte Werkstatt hat die Säkularisation und den Verlust der Auftraggeber am Ort und anderwärts nicht überstehen können.





**Johann Melchior Dreyer**  
(1746 – 1824)

Die Fürstpropstei Ellwangen war unmittelbar vor der Säkularisation keineswegs ein in innerer Auflösung begriffenes Staatwesen. Vielmehr zeigte sie nach gewissen Stagnationserscheinungen zu Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gerade unter Fürstpropst Clemens Wenzeslaus deutliche Anzeichen einer Modernisierung in Verwaltung und Wirtschaft, die sich in Zukunft segensreich ausgewirkt hätten. Ein Beispiel dafür ist auch die Einführung der Feuerversicherung in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts, um die Not in Brandfällen zu steuern.

### Ellwanger Bibliotheken

Im 18. Jahrhundert haben in Ellwangen insgesamt vier Bibliotheken bestanden:

1. die Fürstliche Hofbibliothek
2. die Bibliothek des Jesuitenkollegs
3. die Bibliothek des Kapuzinerklosters
4. die Bibliothek des Priesterseminars auf dem Schönenberg.

Die Nachrichten in den Quellen sind über sie sehr spärlich. So ist nur bekannt, dass die Bibliothek des Jesuitenkollegs 1774 an den Fürstpropst gelangte. Nach der Säkularisation bleiben die Ellwanger Bibliotheken durch den Plan einer neuwürttembergischen Zentralbibliothek, deren Grundstock sie werden sollten, am Ort. Jedoch musste das Kolleggebäude, das die Hof- und Jesuitenbibliothek beherbergt hatte, 1803 geräumt werden. Die Bibliotheken wurden ins Spital-

gebäude und in die Kreuzkapelle der Jesuitenkirche ausgelagert. Der Bestand umfasste über 10.000 Bände und wurde 1812 zur Bibliothek der Ellwanger Universität. Zuwächse aus anderen säkularisierten Bibliotheken (so z. B. aus dem Dominikanerkloster Schwäbisch Gmünd) kamen hinzu. Nach der Verlegung der Universität nach Tübingen 1817 wurde die Bibliothek zwischen Rottenburg und dem Tübinger Wilhelmsstift aufgeteilt, wobei auf dem Schönenberg ein großer Rest verblieb, der dem Gymnasium Ellwangen zufiel.

Aus säkularisierten Bibliotheken wurde 1807 in Ellwangen eine Lesegesellschaft für die Priester des Landkapitels gegründet, aus der 1810 die heutige Kapitelsbibliothek hervorging. Sie erhielt, wie die Werke des Nikolaus von Lyra und Antoninus von Florenz belegen, ebenfalls Bücher aus der Universität Ellwangen als diese nach Tübingen verlegt wurde.

Der 1746 in Röttingen bei Lauchheim geborene Johann Melchior Dreyer erhielt seine Ausbildung am Ellwanger Jesuitengymnasium. Nach seiner Heirat 1767 wurde er oberer Schulmeister in Ellwangen, 1779 Organist an der Stiftskirche, 1790 zusätzlich Chorregent und ab 1802 auch Kantor. Das Amt des Chorregenten entsprach weitgehend dem des Domkapellmeisters in Augsburg und war mit 511 Gulden, 13 Malter Roggen, 8 Malter Dinkel und 8 Klafter Holz sehr gut besoldet. Nach der Säkularisation war Dreyer Stadtorganist und städtischer Kapellenmeister, was er bis zu seinem Tod 1824 blieb. Dreyer hat in seinem Werk als Komponist einen deutlichen Schwerpunkt in der Kirchenmusik. Eine kleinere Zahl von Instrumentalwerken kommt hinzu. Er war in seiner Zeit ein sehr geschätzter Komponist, dessen

Werke sich in den Musikalienbeständen zahlreicher süddeutscher Klöster im späten 18. Jahrhundert fanden. Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts nahm das Interesse an seiner Musik ab.

**JOANNIS MELCH. DREYER**  
 PRINCIPALIS ECCLESIAE ELVACENSIS  
 ORGANÆDI AC MUSICES DIRECTORIS

**VI.**  
**SYMPHONIÆ.**

**A**  
 Violino primo, Violino secundo, Alto-Viola,  
 et Basso obligato.

Flauti, Oboe, Clarini vel Corni, et Tympani  
 ad libitum.

**OPUS XIII.**

# Mönche auf dem Härtsfeld

## Die Benediktinerabtei Neresheim

Das 1095 gegründete Kloster kam 1263 unter die Vogtei des Hauses Oettingen. Aus diesem Schutzverhältnis ergaben sich in der Folge eine Fülle von Auseinandersetzungen. Erst um 1700 hatte das Kloster die Folgen des Dreißigjährigen Krieges in wirtschaftlicher und personeller Hinsicht überwunden. Die Wirtschaftsverwaltung Neresheims hat in den folgenden Jahren weiter Erfolg gehabt. Dagegen hatte das Haus Oettingen durch barocke Baulast, hohen Aufwand für den Hofstaat und Aufbau berühmter Kunstsammlungen sowie einer Bibliothek zunehmenden Finanzbedarf. Es nahm in den 1730er Jahren beim Kloster Großkredite auf, was die Beziehungen beider Parteien grundlegend änderte. Abt Aurelius Braisch (1739-1755, †1757)

benützte die ihm sich dadurch bietende Situation, um einem endgültigen Vergleich mit dem Haus Oettingen wegen der Beseitigung der Vogteirechte näher zu kommen. Er reduzierte in seinem Vertrag mit Graf Johann Friedrich 1742 die Schulden Oettingens erheblich auf 26.000 Gulden und ließ sich als Gegenleistung die Nutzungsrechte im Amt Neresheim als Pfand verschreiben, wobei er einen Amtmann seines Vertrauens einsetzen konnte.

Graf Johann Friedrich fiel kurz darauf im militärischen Dienst. Sein Bruder Philipp Karl erhielt 1744 vom Kloster neuerlich einen großen Kredit, doch schon 1747 zwang er das Kloster, sein Pfand aufzugeben. Damit begann ein jahrlanger Streit, der das Kloster finanziell belastete, zumal

1745 die Bauarbeiten für die Kirche begonnen hatten. Eine Minderheit aus dem Konvent brachte es mit Unterstützung des Augsburger Bischofs dahin, dass Abt Aurelius resignieren musste und der jüngste seiner Gegner, Benedikt Maria Angehrn, 1755 zu seinem Nachfolger gewählt wurde. Anfänglich war das Verhältnis zwischen ihm und dem Haus Oettingen von großer Distanz geprägt.

Abt Benedikt Maria hat das Volksschulwesen im Gebiet seiner Abtei und darüber hinaus auch im Herzogtum Württemberg und im Gebiet seines Vettters, des Fürstbists Beda Angehrn von St. Gallen, sehr gefördert.

### Kloster Neresheim

Der in Nördlingen ansässige Maler Johannes Müller hat Anfang des 19. Jahrhunderts die reizvolle Ansicht des Klosters geschaffen. Dabei hob er insbesondere die Lage der Kirche hervor.





### Vergleich zwischen Kloster Neresheim und dem Haus Oettingen-Wallerstein

Abt Benedikt III. Maria Angehrn von Neresheim einigte sich am 1. Oktober 1764 mit Graf Philipp Karl von Oettingen-Wallerstein über die langjährigen Streitigkeiten über die Klostersvogtei. Der Abt trat dem Haus Oettingen die Besitzungen und Rechte seiner Abtei in einer Reihe von Dörfern ab, ferner zwei

Patronatsrechte, 40.000 Gulden in bar und 9000 Gulden an Ausständen sowie die Schulden des Hauses Oettingen bei der Abtei in Höhe von 26.000 Gulden. Das Kloster übernahm auch die Aufgabe, 6 Soldaten dem Reich zu stellen. Im Gegenzug verzichtete der Graf von Oettingen auf alle Landeshoheit und Obrigkeit über die dem Kloster verbliebenen Territorien. Damit war die Reichsfreiheit des Klosters gewonnen.

Er hat eine vorausschauende Ansiedlungspolitik betrieben, wobei er auf dem Härtsfeld an geeigneten Stellen Häuser und Scheunen errichten ließ. Für diese warb er Leute an, die den steinigten Boden urbar machten, langsam verbesserten und schließlich bebauten. Nach einiger Zeit konnte das Kloster von diesen Bauern steigende Abgaben beziehen.

Mit dieser Ansiedlungspolitik erhielten die armen Leute Arbeit. Gleichzeitig stärkte sie einen selbstständigen Bauernstand und verbesserte damit auf lange Sicht die Struktur der Abtei. Der Abt hat damit auch der Auswanderungspolitik der Habsburger in seinem Territorium entgegen gesteuert, die noch immer für eine Ansiedlung in Ungarn warben. Neresheim hat auch keinen großen Gutsbetrieb unterhalten, sondern die Ökonomie weitgehend verpachtet. Der Abt hat den Anbau und die Vermarktung eigener Produkte vermieden, sondern die für das Kloster notwendigen Naturalien eingekauft und somit auch auf diese Weise die Wirtschaftskraft der Bauern gestärkt. Die vom Abt betriebene Zusammenfassung aller Ressourcen der Abtei förderte die Wirtschaftskraft. Daneben wurde er als Wirtschaftsspezialist zur Sanierung der Klöster Fuldenbach und St. Ulrich und Afra in Augsburg herangezogen. Abt Benedikt Maria stand auch mit Herzog Karl Eugen von Württemberg in sehr gutem Einvernehmen. Neben Mönchen als Geistliche für die Hofkapelle stellte er dem Herzog auch Lehrer für das Volksschulwesen in Württemberg zur Verfügung.

Der von tiefer Frömmigkeit und unbändiger Willenskraft geprägte Abt, der selbst genügsam und asketisch, aber streng und autoritär regierte, hat wie sein Vorgänger einige Mönche des Konvents gegen sich aufgebracht. Während er selbst und die Mönche um ihn seiner Zeit Abt Aurelius der Führungsschwäche geziehen hatten, beschwerten sich die Mönche jetzt über das strenge Regiment von Benedikt Maria und forderten, durch die Aufklärung bewogen, eine Mitsprache in der Güterverwaltung und bei Personalentscheidungen, was aber scheiterte.

Abt Benedikt Maria hat mit der Anfertigung des qualitätsvollen Tafelsilbers bei Augsburger Meistern kurz nach dem Erlangen der Reichsfreiheit 1764 einen



### Streitigkeiten zwischen Kloster Neresheim und den Grafen von Oettingen

Die seit dem Mittelalter immer wieder aufflammenden Streitigkeiten zwischen dem Kloster und seinem Vögten eskalierten im 18. Jahrhundert. Die Parteien haben ihre Stellungnahmen im Druck vorgelegt und damit der Auseinandersetzung immer neue Nahrung geboten. Diese Streitigkeiten dauerten auch über das Jahr 1764 hinaus an. Der vorliegende, im Stadtarchiv Aalen verwahrte Band ist eine dieser Streitschriften, die die verhärteten Fronten aufzeigen.

### Unterrichtsmodelle

Im „Lyceum Carolinum“ in Neresheim, das der Konvent nach der Säkularisation 1803-1806 betrieben hat, wurde die Landjugend mit Hilfe von Funktionsmodellen unterrichtet. Die Modelle von Kran, Getreidemühle und Mühlrad stammen aus dem 18. Jahrhundert. Sie veranschaulichen wesentliche Arbeitsgänge und Funktionen im landwirtschaftlichen Bereich. Sie dürften entsprechend dem Unterrichtsfortschritt immer wieder verwendet worden sein.

guten Sinn für Repräsentation besessen. Er hat nicht nur den Kloster- und Kirchbau beendet, sondern auch die Jahrhunderte langen Streitigkeiten mit dem Haus Oettingen über die Klostervogtei beendet. Dazu schloss er am 1. Oktober 1764 mit dem Grafen von Oettingen einen Vertrag, der Kloster Neresheim die Reichsfreiheit brachte. Kaiser Franz I. hat diesen Vertrag am 27. Juli 1765 bestätigt.

Neresheim wurde durch den Vertrag von 1764 unter relativ hohen Opfern als eine der letzten schwäbischen Abteien Reichsstift. Der Abt führte seitdem den Titel „der hochwürdige des hl. Römischen Reichs Prälat und Herr der unmittelbaren, freien Reichsstiftes und Gotteshauses Neresheim, Sr. Kaiserlichen Majestät Rat und Erbkaplan“. Abt Benedikt Maria wurde 1766 in Ochsenhausen in einer feierlichen Zeremonie mit einem anschließenden barocken Fest in das Schwäbische Reichsprälätenkolleg mit Sitz und Stimme aufgenommen. Obwohl das Kloster hohe Summen für den Erwerb der Reichsstandschaft aufgewandt hatte, war es 1779 in der Lage, die Hofmark Ziertheim zu erwerben. Dieser Kauf bot die Möglichkeit, in den Ritterstand der Pfalz-Neuburgischen Ständematrikel eingereiht zu werden. Sichtbarster Ausdruck für die wirtschaftliche Blüte des Landes, aber auch für den Willen des

Abtes, die Wirtschaft zu fördern, war die Verdoppelung der Märkte in Neresheim von drei auf sechs ab 1764.

Die Blüte hat auch unter dem zweiten Reichspräläten, Abt Michael Dobler (1787-1802, † 1815), angehalten. Er war gegenüber den naturwissenschaftlichen-technischen Interessen seiner Zeit besonders aufgeschlossen. Auch die Naturalien- und Münzsammlung des Klosters wurde von ihm weiter ausgebaut. Er hat darüber hinaus eine Buchdruckerei errichtet, den Klosterbesitz kartographisch aufnehmen lassen und Musik- und Theaterwesen gefördert. Die Klosterbibliothek wurde weiter ergänzt und 1792 eine Geschichte der Abtei gedruckt.

*„Die Zusammenfassung aller Ressourcen der Abtei förderte ihre Wirtschaftskraft.“*

Nach dieser Entwicklung war Neresheim in den letzten Jahrzehnten seines Bestehens wirtschaftlich blühend. Auch der Umfang des Konvents mit 26 Mönchen und 5 Laienbrüdern im Jahr 1802 beweist, dass dieser lebensfähig geblieben und zahlenmäßig nicht zurückgegangen war. Auch nach der Säkularisation behielt der Konvent seine Bildungs- und Erziehungsarbeit im Klostergebiet bei.



# Geistliche Ritter

## Die Deutschordenskommende Kapfenburg

Der Deutsche Orden hatte 1364 über die Kommende Mergentheim die Kapfenburg erworben. Schon 1372 wird auf ihr ein eigener Komtur erwähnt und Lauchheim zwischen 1397 und 1431 zur Stadt entwickelt. Nach einer spätmittelalterlichen Blütezeit litt die Kommende schwer unter dem Dreißigjährigen Krieg. Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatte sie sich wieder weitgehend erholt, wie die Neubauten der Kapfenburg (1715/1719), des Pfarrhauses (1727), der Unteren Mühle (1732), des Amtshauses (1734) und von Bürgerhäusern (1727, 1739) belegen.

Grundlage des neugewonnenen Wohlstandes war die Landwirtschaft. Vor allem hat die Schafzucht durch ihre Wolle den Ausbau des Weberhandwerks gefördert, das in der Stadt Lauchheim die stärkste Zunft bildete. Neben ihr standen die Zünfte der Bierbrauer, der Maurer und Zimmerleute, der Bäcker und Müller, der Schneider, Schuhmacher, Metzger und schweren Handwerke sowie der sog. Geschenkten Handwerke, in der sämtliche übrigen Handwerker zusammengefasst waren.

Die Zünfte zeigen trotz ihrer grundsätzlichen Orientierung an den Zünften der größeren Städte eine ländliche Struktur des Handwerks, das vermutlich überwiegend als Nebenerwerb betrieben worden sein dürfte. Damit waren die Handwerker von Preisschwankungen unabhängig.



### Ordenskreuze

Als äusseres Zeichen ihrer Zugehörigkeit zum Orden trugen die Mitglieder diese Kreuze auf dem Umhang sowie an einer Kette um den Hals. Das untere der beiden schwarzen Kreuze war auf dem Mantel eines Landkomturs angebracht. Das Mantelkreuz des gewöhnlichen Ordensritters besaß dieselbe Form, war jedoch deutlich kleiner. Dasselbe gilt auch für die Halskreuze am oberen Bildrand.

### Lauchheimer Gerichtsschild

Erst im Laufe der frühen Neuzeit verlagerten sich die ursprünglich wechselnden Gerichtsstätten aus dem Freien in geschlossene Räume. Wie Richtertisch, Schöffenbänke und Schranken diente es zur Abhaltung des Gerichts.



### Priesterkleidung des Deutschen Ordens

Die Priesterkleidung bestand im 18. Jahrhundert aus der beim Weltklerus üblichen Soutane, über der ein weißer Überwurf mit dem Ordenskreuz getragen wurde.



### Ritterkleidung des Deutschen Ordens

Die Ordensregeln sahen für die Ritterbrüder einfache Kleidung vor. Diese bestand im 18. Jahrhundert aus einem schwarzen Kavaliersgewand, über dem ein weißer Ordensmantel mit dem Ordenskreuz getragen wurde.



Die Komture des Deutschen Ordens auf der Kapfenburg haben durchweg dem Adel angehört. Sie waren Ritterbrüder des Ordens. Neben ihnen gab es die Priesterbrüder. Die Komture auf der Kapfenburg haben seit der Mitte des 17. Jahrhunderts ihr Amt meist nur wenige Jahre innegehabt, wobei in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Amtszeiten wieder etwas länger wurden. In diesem Zeitraum wurden innerhalb der Kommende mehrere Neubauten geplant (Rathaus in Lauchheim 1774; Armenhaus in Lauchheim 1774; Amtsknechtshaus 1795) die wohl aus finanziellen Gründen nicht gebaut werden konnten.

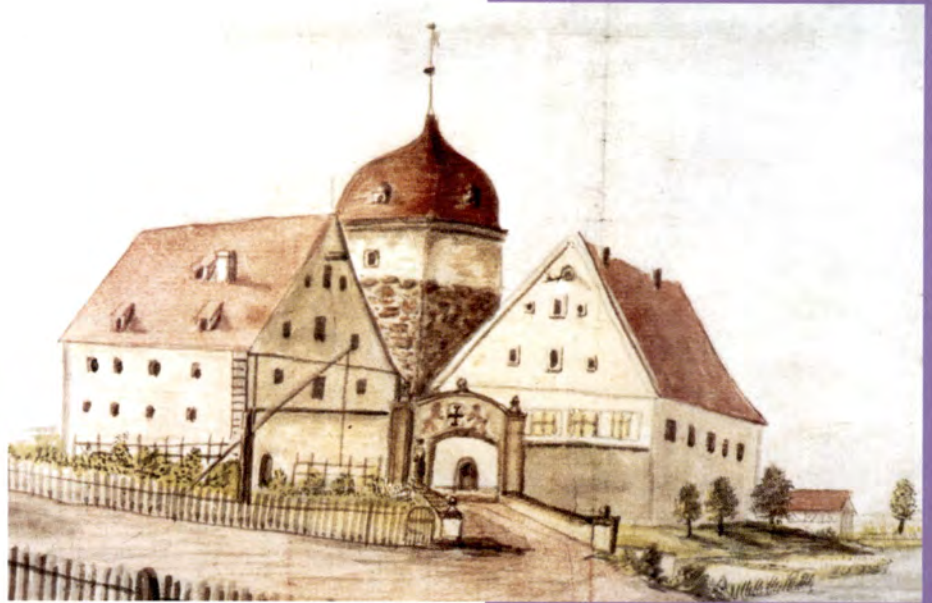
Schon vor Beginn der Koalitionskriege ließ die Wirtschaftskraft der Kommende stark nach, was vor allem im Unterschied zur ersten Hälfte des Jahrhunderts auffällt. Der Deutsche Orden hat aber seiner Bevölkerung eine nach den neuesten Gesichtspunkten erfolgende medizinische Versorgung zukommen lassen. Der Orden hat auch Wert darauf gelegt, dass selbst auf nachgeordneten Gebrauchsgegenständen sein Ordenszeichen, das Kreuz, abgebildet wurde. Auch die wohl seit dem Mittelalter übliche Gerichtssitzung unter einem Gerichtsschild blieb bis zum Ende der Ordenszeit erhalten.



Die Kommende Kapfenburg war bei der Säkularisation ein geordnetes Territorium, allerdings ohne große Wirtschaftskraft. In diesem Zusammenhang ist noch auf das zur Kommende Nürnberg gehörige Vogteiamt Schneidheim (heute: Unterschneidheim) hinzuweisen, das seinen Verwaltungssitz bis zur Säkularisation im dortigen Schloss (heute: Rathaus) hatte.

**Handwerkerkundschaft aller Zünfte zu Lauchheim**

Im Handwerk war in der Regel eine dreijährige Lehre Vorschrift, für die eheliche Geburt Voraussetzung war und ein Lehrgeld bezahlt werden musste. An diese schloss sich die geforderte Gesellenwanderung an. Der Geselle musste auf der Wanderschaft seine letzte Arbeitsbestätigung, die „Kundschaft“ mit sich führen. Seit einem Reichsbeschluss von 1731 waren solche Papiere allgemein üblich und wurden auch an den Stadttoren gefordert. Der Druck dieser „Kundschaften“ wurde durch die gesteigerte Bedeutung immer aufwendiger. Ein Beispiel bietet der Ausschnitt der Originalkupferplatte für die Handwerkerkundschaft aller Zünfte der Stadt Lauchheim. Die im Oberteil der Platte gezeigte Darstellung der Stadt mit der Kapfenburg ist sehr genau abgebildet. Der Text für die „Kundschaft“ war dann für alle Zünfte derselbe, nur der Name der Zunft und des Meisters wurden handschriftlich ergänzt.



**Schloss Schneidheim**

Der in Nördlingen ansässige Maler Johannes Müller malte 1822 das Schloss in Unterschneidheim. Hier ist heute das Rathaus untergebracht. Damals standen noch Bergfried und Zehntscheuer.

**Gebärstuhl**

Der Deutsche Orden hat der Bevölkerung in seinen Territorien im 18. Jahrhundert eine möglichst moderne medizinische Versorgung zukommen lassen. Aus diesem Grund wurde auch der im 18. Jahrhundert aufkommende Gebärstuhl angeschafft, der die Entbindungen im Sitzen erleichtern sollte.



# Fromme Klosterfrauen

## Das Zisterzienserinnenkloster Kirchheim am Ries

Das 1267 gegründete Zisterzienserinnenkloster Kirchheim am Ries blieb bis zur Säkularisation landsässiges Kloster in der Herrschaft des Hauses Oettingen. Im Unterschied zu den anderen geistlichen Territorien des heutigen Ostalbkreises war es somit nicht reichsunmittelbar. Die Entwicklung des Klosters war bereits weitgehend in spätmittelalterlicher Zeit abgeschlossen. In der Neuzeit sind Veränderungen, meist in der Form von Käufen nur noch in sehr geringen Umfang festzustellen. Auch die Stärke des Konvents hat im 17./18. Jahrhundert wenig Veränderungen erfahren.

Am Ende des 18. Jahrhunderts lebten 40 Chorfrauen und 18 dienende Schwestern im Kloster. Die Kirchheimer Zisterzienserinnen waren im Unterschied zu dem wissenschaftlich auf der Höhe ihrer Zeit gebildeten Konvent in Neresheim oder dem eher kirchenpolitisch interessierten und aktiven Kreis der Ellwanger Chorherren weitgehend auf das religiöse, kontemplative Leben innerhalb des Konvents beschränkt.

Diese Ausrichtung des Konvents bestätigt auch dessen Bibliothek.

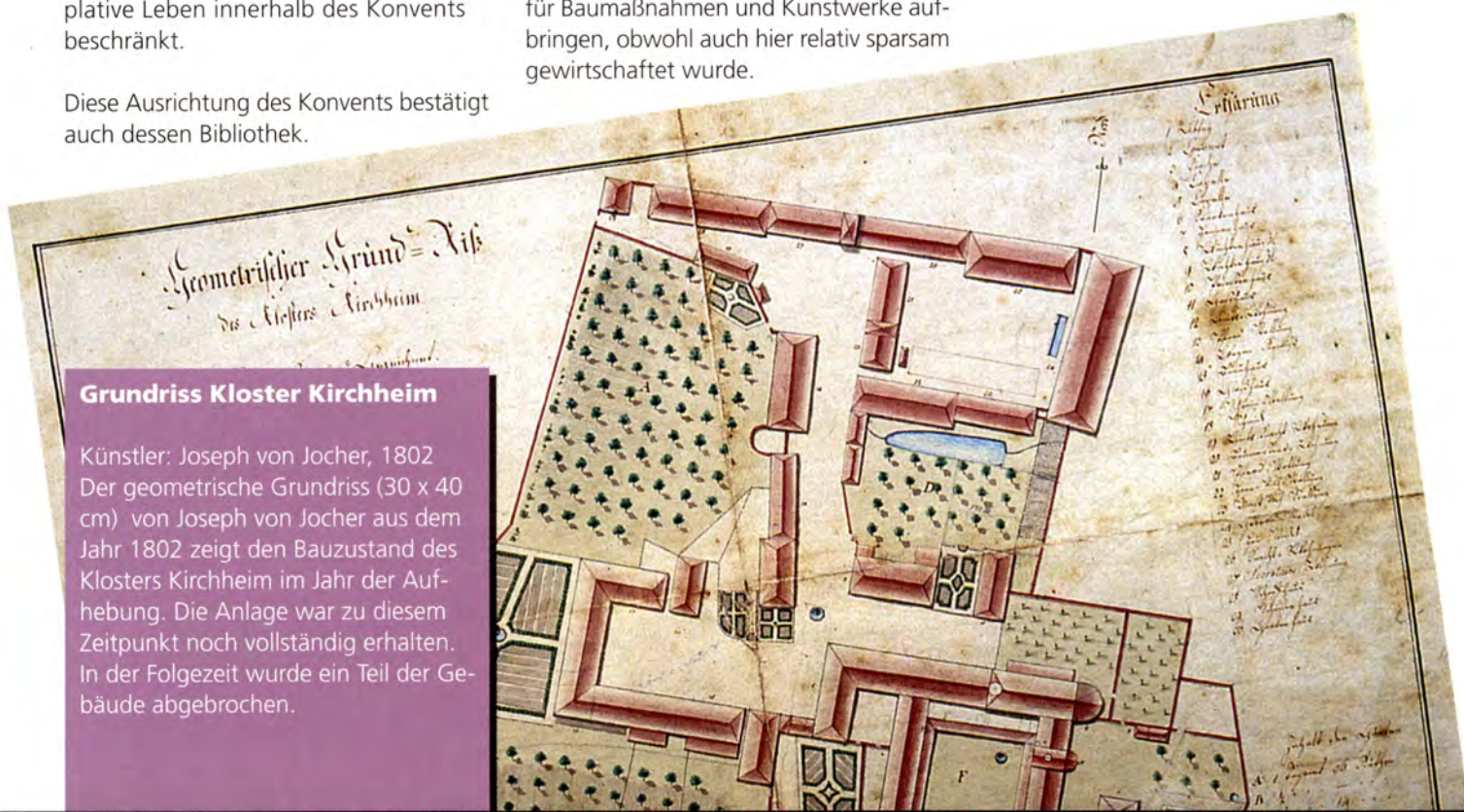
Die Chorfrauen entstammten meist bürgerlichen Familien des Rieses und dessen weiterer Umgebung, so z.B. auch aus Ellwangen. Das Kloster hat seinen in 19 Dörfern im näheren Umkreis (vor allem Benzenzimmern, Niederrorden, Bleichroden, Nordhausen, Dambach, Tannhausen, Ober- und Unterschneidheim, Zipplingen, Sechtenhausen, Wössingen und Zöbingen) gelegenen Grundbesitz mit 409 Einwohnern (1802) zwar sehr gut verwaltet, aber er scheint von den Wirtschaftsinitiativen des 18. Jahrhunderts kaum berührt worden zu sein.

Auch hier ist wieder auf die Zersplitterung des klösterlichen Besitzes als eine mögliche Ursache hinzuweisen. Die Einkünfte des Klosters waren mit 46.841 Gulden bei Ausgaben von 29.705 Gulden mit einem Überschuss von 17.136 Gulden relativ bedeutend. Der zahlenmäßig große Konvent konnte damit gut leben und auch immer wieder größere Aufwendungen für Baumaßnahmen und Kunstwerke aufbringen, obwohl auch hier relativ sparsam gewirtschaftet wurde.



### Kirchheimer Nekrolog

Das handschriftliche Nekrolog des Klosters Kirchheim wurde im 18. Jahrhundert angelegt und enthält die Namen der verstorbenen Nonnen und Wohltäter.



### Grundriss Kloster Kirchheim

Künstler: Joseph von Jocher, 1802  
Der geometrische Grundriss (30 x 40 cm) von Joseph von Jocher aus dem Jahr 1802 zeigt den Bauzustand des Klosters Kirchheim im Jahr der Aufhebung. Die Anlage war zu diesem Zeitpunkt noch vollständig erhalten. In der Folgezeit wurde ein Teil der Gebäude abgebrochen.



### Äbtissin von Kirchheim

Das Portrait zeigt vermutlich die letzte oder vorletzte Äbtissin des Klosters Kirchheim, also entweder Maria Innocentia Mayer (1774-1782) oder Maria Violantia II. (1782-1802). Der gesiegelte Brief in der linken Hand der Abgebildeten verdeutlicht ihre Amtsstellung und Aufgabe als Äbtissin des Zisterzienserklosters Kirchheim am Ries.



# Freiherrn, Grafen, Fürstenhäuser

**Ähnlich wie die Württemberger im unteren Remstal hatten es die Grafen von Oettingen verstanden, nach dem Untergang der Stauer im Riesbecken eine bedeutende Herrschaft aufzubauen. An Kocher, Lein und Rems verfügten die ritterschaftlichen Familien von Woellwarth, von Adelman und von Rechberg über teilweise ausgedehnten Besitz.**

In unserem Zusammenhang sind zunächst die Besitzungen der oettingischen Linien im heutigen Ostalbkreis interessant. So waren Schloss und Amt Baldern mit Zöbingen und der Gerichtsbarkeit in Röttingen, das Amt Dunstelkingen, Schloß und Amt Katzenstein, Schloss und Amt Aufhausen a.d.Eger sowie eine Reihe von Einkünften in Röttingen im Besitz der Linie Oettingen-Baldern.

Der Linie Oettingen-Wallerstein zuzurechnen waren dagegen das Amt Tannhausen, das Kastenamt Flochberg sowie bis 1764 das Amt Neresheim mit der Klostervogtei. In diesem Jahr gelang es der Abtei, die oettingischen Rechte abzulösen und die Reichsunmittelbarkeit zu erlangen.

Eine letzte Umschichtung der oettingischen Besitzungen vor der Mediatisierung ergab sich 1798 durch den Tod des Grafen Franz Wilhelm auf Baldern. Als Dompropst zu Köln hatte er keine Kinder, sodass aufgrund einer vertraglichen Regelung sein Erbe an das fürstliche Haus Oettingen-Wallerstein fiel. Dessen Erhebung in den Fürstenstand war 1774 erfolgt. Nach Aussterben der 1674 gefürsteten Linie Oettingen-Oettingen, war zuerst Oettingen-Spielberg im Jahr 1734 in den Genuss der Standeserhebung gekommen. Allerdings erreichten die neuen Fürsten weder Stimme noch Sitz im Reichsfürstenrat. Die Erhebungen durch den Kaiser waren vielmehr das Ergebnis einer bewussten Reichspolitik, die darauf abzielte, bei den weniger mächtigen Ständen einen gewissen Rückhalt zu erlangen.

Umgekehrt standen auch die Oettinger wie viele gräfliche Geschlechter des schwäbisch-fränkischen Raumes im Dienst des Reiches. Woraus sich wiederum eine Festigung ihrer Stellung ergab. Schon Graf Ludwig XI. (1370-1440) war Rat und Hofmeister Kaiser Sigismunds gewesen. Ernst II. (1594-1670) zu Oettingen-Wallerstein hatte als Präsident dem Reichshofrat in Wien vorgestanden.

Sein Sohn, Graf Wolfgang IV. zu Oettingen-Wallerstein (1629-1704) handelte als kaiserlicher Großbotschafter 1699 den Frieden von Karlowitz zwischen dem Deutschen Reich und den Türken aus.

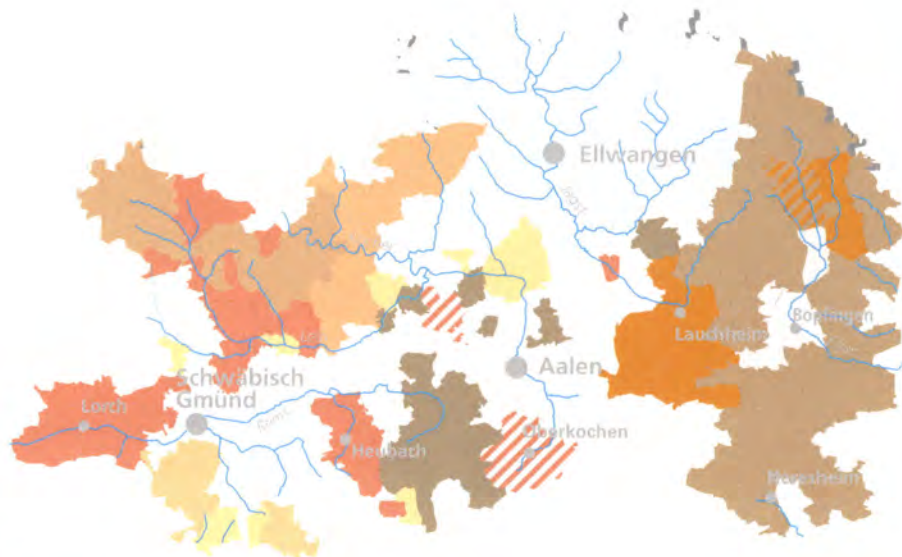
*„Spätestens seit dem 17. Jahrhundert mussten sich viele Reichsadlige um neue Einkommensquellen bemühen.“*

Neben den wittelsbachischen und habsburgischen Gebietsteilen war die Gesamtgrafschaft Oettingen im Raum Bayerisch-Schwaben flächenmäßig das größte weltliche Gebiet, das 1806 von der Bayerischen Krone mediatisiert wurde.



**Hausvertrag des Hauses Oettingen-Wallerstein 1765**

Im 17. und 18. Jahrhundert bestanden zeitweise bis zu fünf verschiedene Linien des Hauses Oettingen. Nach dem Erlöschen der Linie Oettingen-Oettingen wurde 1734 Franz Albert von Oettingen-Spielberg in den Reichsfürstenstand erhoben. Ihm folgte 1774 Kraft Ernst von Oettingen-Wallerstein. Diese Linie hatte im Zuge ihrer Bemühungen um die Standeserhöhung 1765 in einem Hausvertrag beschlossen, die Primogenitur einzuführen. Dies bedeutete, dass der älteste Sohn jeweils dem Vater in der Herrschaft folgte und das gesamte Hausgut erhielt, während die jüngeren Söhne finanziell durch eine Apanage abgefunden wurden.



- Gebiete der Freiherrn von Woellwarth
- Gebiete der Grafen von Öttingen
- Gebiete der Schenken von Limpurg
- Gebiete der Grafen von Adelmann
- Gebiete der Grafen von Rechberg
- Sonstige Gebiete adliger Herrschaften
- Württembergische Gebiete

### Der Umbau des Schlosses Baldern

Bauen kostet viel Geld. Auch Graf Kraft Anton Wilhelm zu Oettingen-Baldern (1684-1751) war sich dieser Tatsache bewusst, als er den Entschluss fasste, auf den Grundmauern seiner Burg aus dem 11. Jahrhundert ein neues Residenzschloss errichten zu lassen. Durch das elterliche Erbe der Herrschaft Dachstuhl im heutigen Saarland war hierfür in ausreichendem Maße gesorgt. Am 5. Juni 1719 wurde in Anwesenheit des Bauherrn der Grundstein gelegt. Allerdings verstarb der Bauleiter Nicolaus Loyson kurz darauf und Franz de Gabrieli erhielt den Auftrag, die Arbeiten fortzuführen. Als dieser 1726 ebenfalls verstarb, wandte sich Graf Kraft Anton Wilhelm an den Bischof zu Eichstätt und

bat darum, dem dortigen Oberbaudirektor Gabriel de Gabrieli die Erlaubnis für die Übernahme des Auftrags zu erteilen. Der ältere der Gabrielis führte das von seinem Bruder begonnene Werk zu Ende. Schließlich war der Neubau 1737 mit seinem Prunkstück, dem 22 Meter langen und 11 Meter breiten Festsaal fertiggestellt.

Auch wenn barocke Gartenanlagen die neue Residenz umgaben, so war der Berg im wesentlichen unbewaldet geblieben. Erst ab 1820 wurde auch der Schlossberg durch die Anpflanzung von 40.000 Bäumen in eine „natürliche Gartenanlage“ umgewandelt. Schließlich erhielt Schloss Baldern mit dem Turm, der ab 1887 errichtet wurde, einen weiteren baulichen Akzent.

### Schutzbrief für die Judenschaft von Oberdorf

Im 15. und frühen 16. Jahrhundert haben vor allem die Reichsstädte ihre jüdischen Einwohner vertrieben. Diese fanden meist Aufenthalt und Schutz in kleineren Adelherrschaften, die sich die Aufnahme teilweise hoch bezahlen ließen. In Oberdorf nahmen die Grafen v. Oettingen Juden auf, während die übrigen Herrschaften des Ortes dieses nicht gestatteten. Die Juden in Oberdorf sollen dabei aus Essingen und teilweise auch aus Frankreich gekommen sein. Als sogenannte Schutzjuden waren sie privilegiert und allgemein anerkannt, mussten aber z.B. bei Besuchen der benachbarten Märkte, wie in Ellwangen bis zur Säkularisation einen Leibzoll von jeweils 20 Kreuzern bezahlen.



### Landwirtschaft als Lebensgrundlage

Die wirtschaftliche und soziale Grundlage der Ritter war aufs engste mit der Landwirtschaft verflochten und abhängig von deren Ertragskraft. Bald schon hatten allerdings die aus dem Grundbesitz bezogenen Einkommen nicht mehr ausgereicht, um eine standesgemäße Versorgung zu gewährleisten. Spätestens seit dem 17. Jahrhundert hatten sich viele Reichsadlige gezwungen gesehen, sich um eine Erweiterung ihrer Einkommen zu bemühen. Nach 1648 stieg die Zahl der Dienstverhältnisse von Reichsrittern sprunghaft an. Eine Möglichkeit, in einem standesgemäßen

Bereich ein dauerhaftes Betätigungsfeld zu finden, ergab sich durch den Aufbau stehender Heere. Zahlreiche Mitglieder der Offizierskorps stammten aus der Reichsritterschaft. Auch die zunehmende Bedeutung des Hofes im Zeitalter des Absolutismus bot die Möglichkeit außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors eine Tätigkeit zu übernehmen. Mit einem Amt war in der Regel auch der Bezug einer Gage verbunden. Allerdings ergab sich aus der Dienststellung bei Hof auch ein wesentlich erhöhter Repräsentationsaufwand, der sehr schnell diese hinzugekommenen Einkünfte wieder aufzeherte. Insgesamt gesehen blieb auch im 17. und 18. Jahrhundert die wirtschaftliche Lage der meisten Reichsritter prekär. Mancher Reichsbaron musste überschuldet und vom Konkurs bedroht als letzten Ausweg die angestammten Familiengüter verkaufen. Von den 114 Mitgliedern des Ritterkantons Kocher hatten lediglich 16 Ritter kein zusätzliches Betätigungsfeld. Sie beschränkten sich ausschließlich auf ein Dasein als Grundherr.

### Rechte und Pflichten

Zu den Rechten, die einem Reichsritter in seiner Herrschaft zustehen konnten, zählten auf kirchlichem Gebiet das *ius reformandi*, also die Entscheidung über den Glauben seiner Untertanen. Hinzukamen die geistliche Gerichtsbarkeit, das Patronatsrecht, das Recht zum Erlaß von Kirchen- und Schulordnungen, zum Dispens in Ehesachen usw. Im weltlichen Bereich konnten zu seinen Rechten die hohe und niedere Gerichtsbarkeit, das Recht zur Aufnahme neuer Untertanen, das Recht zur Entgegennahme der Untertanenhuldigung, Forst- und Jagdgerechtigkeiten sowie das Recht, von den Untertanen Abgaben zu erheben, zustehen.

Neben den Rechten gab es auch Pflichten. Der Reichsritter hatte keinerlei Anspruch auf Ausübung der Steuer- und Militärhoheit in seinem Herrschaftsgebiet. Das war Angelegenheit des Kantons.

Andererseits durfte der Kanton auf die übrigen Herrschaftsrechte, die dem Reichsritter aus der Grund-, Zehnt-, Leib- und Gerichtsherrschaft zufließen keinen Anspruch erheben.

### Reichsritterliche Güter

Im Vergleich zu den Territorien der Grafen von Oettingen oder der Fürstpropstei Ellwangen nahmen sich die westlich davon gelegenen Herrschaften der reichsritterlichen Familien von Woellwarth oder von Adelman sehr klein aus. Dennoch waren auch sie nur Kaiser und Reich unterworfen und hatten keinen Landesfürsten über sich. Dieser besondere Status kam den Familienmitgliedern Kraft Geburt zu. Grundsätzlich war es auch möglich, durch den Kauf eines reichsunmittelbaren Gutes die Aufnahme in die Reichsritterschaft zu erlangen.

### Ernst Albrecht von Woellwarth (1689 - 1749)

Der Hauptmann in Hessischen Diensten ließ sich 1720 beurlauben, um sein Schloß Hohenroden umzubauen. In den folgenden Jahren war er immer wieder für sein Regiment tätig und schied 1747 als Obrist aus dem Dienst.



Durch Heirat gelangten die eigentlich aus der Schweiz stammenden Freiherren von Horn 1778 an das unweit Göggingen gelegene Rittergut Horn, das sie von Ellwangen als Lehen erhielten. Viele nachgeborene Söhne dieses Geschlechts machten als Stiftsherren in fast allen deutschen katholischen Bistümern Karriere. 1801 erhob der Kaiser die Familie in den Reichsgrafenstand. Damit wurde die Familie automatisch Mitglied in der Reichsritterschaft.

Grundverband dieser Organisation des niederen Adels war der Kanton. Mehrere Kantone bildeten einen Kreis. Die drei Ritterkreise Schwaben, Franken und Am Rheinstrom wiederum bestanden aus 15 Kantonen. Die im mittleren Neckartal und auf der Ostalb liegenden Rittergüter waren im Kanton Kocher zusammengefasst. Nur dieser Korporation gegenüber war der einzelne Reichsritter steuerpflichtig. Kein Reichsfürst konnte ihn zu einer Steuer veranlagern oder vor sein Gericht zitieren. Persönlicher Gerichtsstand für die Ritter waren die höchsten Reichsgerichte, der Reichshofrat oder das Reichskammergericht. Seit 1542, das als Geburtsjahr der neuzeitlichen Reichsritterschaft gilt, hatten die Mitglieder dieser landschaftlich ausgerichteten Einungen mit dem Kaiser jene Instanz über sich, die sie vor den sich ausweitenden Territorialstaaten in Schutz nahm. Ihre politische Unabhängigkeit und Selbständigkeit hatte bis zum Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Jahr 1806 Bestand.



**Schloß Laubach an der Lein**  
(Ende des 18. Jahrhunderts)



**Aufnahmestatut**

Die Bedingungen für die Aufnahme in die Reichsritterschaft wurden 1750 im Heilbronner Statut neu geregelt. Ein neuadliger Bewerber hatte hierfür 2550 Gulden ein altadliger 850 Gulden zu bezahlen. Außerdem mußte das Gesuch durch die drei Ritterkreise einstimmig gebilligt werden. Erst danach konnte der Kandidat den Rittereid leisten. Dadurch kamen er und seine ehelichen Nachkommen in den Genuß der ritterschaftlichen Privilegien, Rechte und Freiheiten.



**Forstkarte**

Die Karte zeigt die umfangreichen Besitzungen der Freiherrn von Woellwarth im 18. Jahrhundert. Am linken und am oberen Bildrand sind die Schlösser Lauterburg, Hohenroden und Essingen zu erkennen.

# „Das Elend, das den Krieg überall begleitet“

Seit April 1792 befand sich das revolutionäre Frankreich im Kriegszustand mit dem restlichen Europa. Preußen hatte 1795 die Koalition verlassen. Um den Hauptgegner Österreich zu schwächen, überschritten französische Truppen unter General Moreau im Juni 1796 den Rhein. Gleichzeitig sollte General Napoleon Bonaparte von Italien aus zur Donau vorstoßen. Bereits vier Wochen später war die Gegend zwischen Esslingen am Neckar, Nördlingen und Heidenheim zum Operationsgebiet der kaiserlichen und französischen Truppen geworden. Johann Gottfried Pahl, evangelischer Pfarrer in Neubronn, beobachtete die Ereignisse aus nächster Nähe.

**S**ie können sich, mein Freund! den Schrecken und die Bestürzung, die das Vordringen des Feindes in ganz Schwaben verbreitete kaum groß genug vorstellen. Dieses Ereignis war so unerwartet, und da die Bewohner dieses Landes seit dem Spanischen Erbfolgekrieg keinen Feind in ihren Grenzen gesehen hatten, so neu. Von dem ersten Tage des Heumonats [Juli] an, war die Straße, die von dem Neckar in dem Remstale heraufführt, mit Flüchtlingen aus dem Badischen und Württembergischen bedeckt. Ein Wagen folgte

dem anderen. Jedermann suchte seine Freistätte in dem neutralen Gebiet des Königs von Preußen in Franken. Am 4. Juli passierte der Herzog von Württemberg und sein Erbprinz durch Aalen, und viele Pferde und kostbare Gerätschaften wurden ihnen nachgeführt. Eine Menge Reisender konnten in den Gasthöfen auf dieser Straße keine Unterkunft mehr finden. Die Pferde wurden in außerordentlichen Preisen bezahlt. Man sah Wägen, auf denen hochfrisierte Damen und Herren saßen, mit Ochsen bespannt, langsam

vorüberziehen. Wem es an Gelegenheit oder an Hilfsmitteln zur Fluchtung seines Eigentums fehlte, verbarg seine beste Habe, und erwartete in banger Furcht die nahe Zukunft. [...] Nach dem unglücklichen Gefecht bei Esslingen am 21. Juli folgten die Franzosen den kaiserlichen auf das diesseitige Ufer nach. [...] Der Rückzug der kaiserlichen Armee gewährte einen schauerlichen Anblick. Ich begab mich zweimal (24. und 25. Juli) nach Aalen, um ihn soviel möglich in der Nähe zu sehen. Das Menschengewühl, das Gedränge, das



Geräusch, das Lärmen stellten ein buntes, verwirrtes Gemälde dar, das sich durchaus mit nichts zu vergleichen wüsste. Auf der Straße, die von Aalen nach Heidenheim führt, folgte ein Wagen dem anderen nach, diese unendlich scheinende Wagenreihe wurde bald von einem Zug Kanonen, bald von einem Haufen Weibern, bald von einem Truppe Reitern, bald von einer Gesellschaft französischer Emigranten, bald von einer armseligen Gruppe unglücklicher Flüchtlinge, die Feuer und Plünderung schon aus dem Ihrigen vertrieben hatten, – unterbrochen. Das Geschrei der Fuhrleute, das Kommandieren der Offiziere, das Rufen der Kondukteure, das Schmettern der Posthörner, das Klatschen der Peitschen, das Wiehern der Pferde und der dumpfe Donner der Kanonen aus der Ferne, tönnten schrecklich zusammen. Nebenzu wurden große Haufen von ungarischen Ochsen getrieben. Viele Wägen hielten an der Seite der Straße, die Pferde hängten die Köpfe müde zur Erde und zwischen den Rädern lagen die Wagen-



*Conterfei des Luftballs den die Patrioten von Frankreich anno 1796. in Ulalen bei sich hatten.*

knechte schlafend, auf den Bauch hingestreckt. Ermattung, Verdruss und Missvergnügen malten sich auf allen Gesichtern ab. Aus den Dörfern trieben die Soldaten das Vieh zum Vorspann herbei, und die Eigentümer desselben hatten keine Hoffnung, diesseits der Donau abgelöst zu werden. Die anstoßenden Wiesen waren die Lagerplätze für das Wagenwerk, und von den Äckern wurde das unreife Getreide zur Fütterung für die Pferde abgemäht. Man hatte noch keinen Feind gesehen, und doch erblickte man der traurigen Szenen schon so viele und der arme Landmann seufzte schon so schwer unter seiner Last.

Am 31. Juli griffen die Franzosen die kaiserliche Armee in der Nähe von Schwäbisch Gmünd an, bemächtigten sich dieses Platzes und bewirkten dadurch ein allgemeines Zurückweichen der Truppenkette, welche unsere Gegend bisher gedeckt hatte. [...] Die folgende Nacht (1. und 2. August) war sehr unruhig. Die Nähe des Feindes und das auf allen Seiten umgebende Kriegsgetümmel

erlaubten es niemandem, sich dem Schlaf zu überlassen. [...] Als wir aber um den Mittag bemerkten, dass sich ein großer Haufen Franzosen, der in der Ferne wie eine lange Rauchsäule aussah, Hohenstadt näherte, und wirklich in diesen Flecken einrückte, so bemächtigte sich des guten Landvolkes ein panischer Schrecken, alles floh angstvoll in die Häuser zurück, und das Vieh wurde in wilder Unordnung in das Dorf hereingejagt. [...] Alles versammelte sich unter der Linde, in der Mitte des Dorfes [Neubronn], selbst die Alten und die Weiber nicht ausgenommen, zu deren Füßen die Kinder in ihrer glücklichen Unwissenheit fröhlich umhertrippelten.



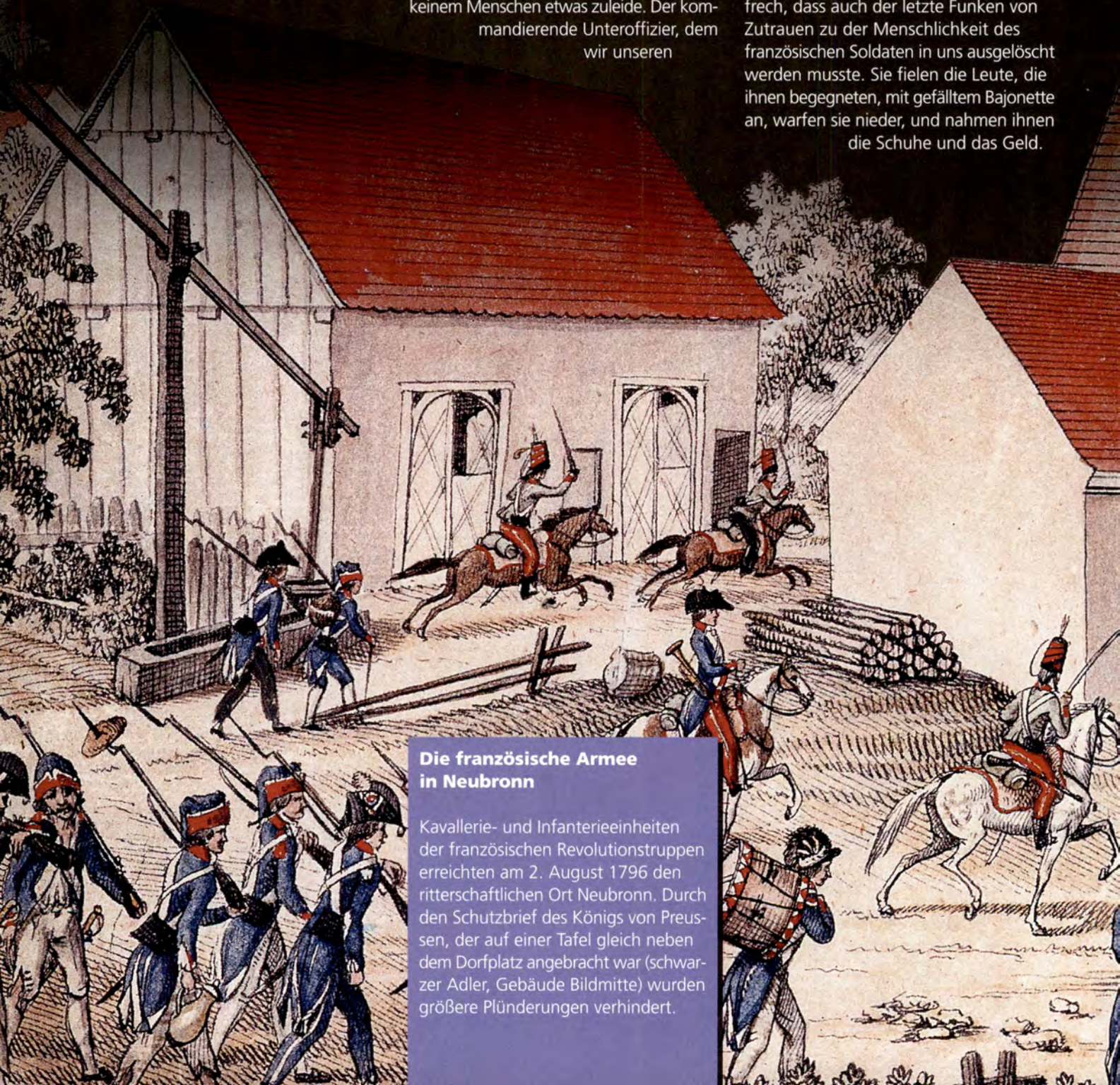
Jedermann vergaß die vorigen Zwiespalte und Trennungen. Die gemeinschaftliche Gefahr erzeugte ein allgemeines Zusammenstimmen der Herzen. Ich tröstete die Leute so gut ich konnte. Ich stellte ihnen die Sauvegarde, die der General Laroche den Mitgliedern der Schwäbischen Ritterschaft vom Kanton Kocher für ihre Güter gegeben, und den Schutzbrief des Königs von Preußen, den unser Ort, der zur Hälfte einem ehemaligen Brandenburgischen Minister gehört, erhalten hatte, als hinreichende

Sicherheitsmittel gegen alle feindliche Behandlung vor. [...] Ich begab mich in den Schlossgarten [von Neubronn], an dem die Straße vorüberführt, und sah hier einen kleinen Trupp grüner Husaren, mit roten Beinkleidern, die bloßen Säbel in der Hand, hereinjagen. [...]

Vor dem Wirtshaus war schon ein Haufen von etwa 15 Mann auf verschiedenen Wegen zusammengekommen. Sie sprachen den Leuten Mut ein, ließen sich den Wein wohl schmecken, scherzten mit den Mädchen, welche umherstanden und taten keinem Menschen etwas zuleide. Der kommandierende Unteroffizier, dem wir unseren

Schutzbrief vorgezeigt hatten, sagte uns, dass wir nicht besser für unsere Sicherheit sorgen könnten, als wenn wir sogleich preußische Wappen an den Wegen aufrichteten, wodurch die leichte Infanterie, von der am meisten Böses zu besorgen stünde, am besten im Zaum gehalten würde. Wir vollzogen diesen Rat in größter Eile. [...]

Unterdessen war ein Haufen von ungefähr 60 Mann von Chasseurs zu Fuß auf allen Seiten in das Dorf gedrungen, und diese betrugten sich sogleich so zügellos und frech, dass auch der letzte Funken von Zutrauen zu der Menschlichkeit des französischen Soldaten in uns ausgelöscht werden musste. Sie fielen die Leute, die ihnen begegneten, mit gefälltem Bajonette an, warfen sie nieder, und nahmen ihnen die Schuhe und das Geld.



#### Die französische Armee in Neubronn

Kavallerie- und Infanterieeinheiten der französischen Revolutionstruppen erreichten am 2. August 1796 den ritterschaftlichen Ort Neubronn. Durch den Schutzbrief des Königs von Preußen, der auf einer Tafel gleich neben dem Dorfplatz angebracht war (schwarzer Adler, Gebäude Bildmitte) wurden größere Plünderungen verhindert.

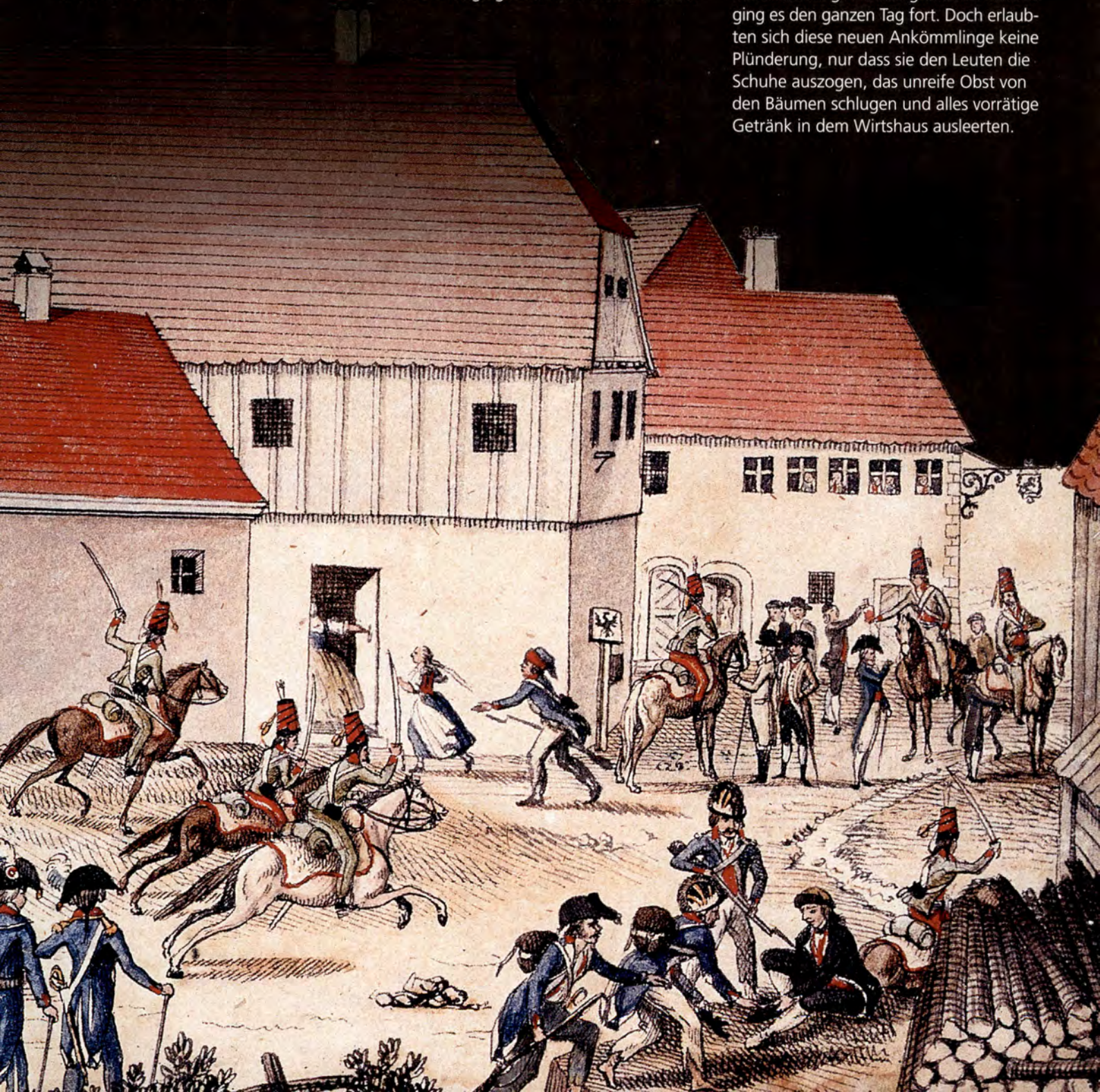


Andere gingen in die Häuser, durchsuchten die Schränke und erpressten von den Bewohnern ihre beste Habe. Jedoch währten diese Unordnungen nicht lange. Wir machten die Herren mit unseren Verhältnissen zu Preußen bekannt, und dies tat gute Wirkung. Sie lagerten sich ruhig vor dem Wirtshaus und fingen an zu essen und zu trinken. [...]

Kaum war dieser erste Haufen aufgebrochen, als es von allen Seiten mit Franzosen in das Dorf hineinströmte.

Sie kamen größtenteils nicht auf den ordentlichen Wegen, sondern auf den Getreidefeldern und durch die Gärten. Man kann sich kaum eine verwirrtere Unordnung und ein bunteres Gemisch von Menschen denken, als der Anblick dieser Soldaten gewährte. Die Hauptleute marschierten zu Fuß vor den Kompanien her und die Leutnants folgten ihnen nach. Die Waffen der Gemeinen waren mir Rost bedeckt; die Röcke größtenteils zerrissen und viele gingen auf den bloßen Füßen.

Manche trugen die Flinten geschultert, manche verkehrt, und manche an den Riemen. Viele waren mit geraubten Effekten von aller Art beladen; andere hatten Brotlaibe, oder Stücke Fleisch, oder tote Hühner und Gänse an die Bajonette gesteckt. Etliche trockneten die Hemden, die sie erst gewaschen hatten, indem sie solche, über die Ranzen ausgebreitet, hinunterhingen. Hinter den Kolonnen folgte gewöhnlich ein Wagen voll stinkenden Fleisches, das mit Baumreisig nachlässig bedeckt war. So ging es den ganzen Tag fort. Doch erlaubten sich diese neuen Ankömmlinge keine Plünderung, nur dass sie den Leuten die Schuhe auszogen, das unreife Obst von den Bäumen schlugen und alles vorrätige Getränk in dem Wirtshaus ausleerten.



# Der Überfall von Aalen am 2. August

**D**ie Stellung des Erzherzogs auf den Höhen des Aalbuches sicherte die ganze östlichere Gegend. Aber in diesen dünnen, unwirthlichen Steppen konnte eine Armee sich nicht lange halten. Karl nahm seinen Weg über die Brenz, und sein Nachtrab, der im Remstal zwischen Böbingen und Hussenhofen gelagert stand, zog sich in diesem Tale herauf, und ließ sich auf der Anhöhe, die dasselbe von dem Kochertale sondert, dicht an Essingen nieder. Dieser Heerhaufen ward von dem Generalmajor Fürsten von Lichtenstein kommandiert. Am 2. August schon früh um 2 Uhr fing dieser General an, die besagte Stellung zu räumen, und sich auf dem Weg nach Aalen zurückzuziehen. [...] Um den Rückzug des rechten Flügels der Armee zu decken, und um sich mit dem Ganzen gleichförmig zu bewegen, war es nötig, den Fuß der besagten Gebirge [Albtrauf bei Aalen] zu verteidigen und dem Feinde so lange Widerstand leisten, als es bei seiner unverhältnismäßigen Übermacht möglich war. [...]

Voll banger Erwartung lag die Stadt Aalen in der Mitte dieser zum Kampfe gerüsteten Scharen. Man sah aus allen diesen Anstalten um sie her, dass der Fürst von Lichtenstein entschlossen war, seine Stellung auf diesem Punkt zu verteidigen. Und wie beängstigend war diese Aussicht für ein kleines, enge und von lauter Holz gebautes, mit einer Menge brennbarer Waren angefülltes und von Menschen vollgepfropftes Städtchen!

Um 11 Uhr näherten sich die französischen Vorposten, denen der Kaiserlichen, welche auf der Anhöhe vor dem Aalwirthshause standen. Es begann ein lebhaftes Geplänkel, und die letzteren wichen, da die Feinde in sehr großer Stärke auf sie andrangen, fechtend gegen ihre Lager zurück. Sogleich kam aber aus diesem Verstärkung herbei, welche zwei Kanonen mitbrachte, gegen die Feinde vorrückte, und sie so nachdrücklich angriff, dass sie sich in der größten Eile zurückzogen oder in den

nahen Wäldern versteckten. Die Reiter der siegenden Partei verfolgten sie bis an ihr Lager.

Dieser nachdrückliche Widerstand der vereinigten kaiserlichen und bayerischen Truppen verriet dem General Desaix, welcher auf dieser Seite das Oberkommando führte, ihre Absicht, sich auf diesem Punkt mit Ernst zu verteidigen. Er machte deshalb die erforderlichen Anstalten, den Fürst Lichtenstein durch eine gewaltsame Operation aus seiner Stellung zu vertreiben. Er theilte seinen Heerhaufen in drei Hauptkolonnen, von denen die eine im Tal, gerade gegen die Front der Deutschen, die andere auf der Höhe des Gebirges, über den Langert, und die dritte durch den Rohrwang vordringen sollte. [...]

Abends um 4 Uhr sah man von den Türmen der Stadt eine lange Heersäule

von Franzosen, die meistens aus Reiterei bestand, und mehrere Kanonen mit sich führte, hart an den Waldungen des südlichen Gebirges still und langsam einerschleichen. Als sie dem Mantelhof gegenüber war, machte die Hälfte derselben eine plötzliche Schwenkung gegen die linke Seite, während die andere Hälfte geradezu fortrückte, fiel eiligst ins Tal herein und begann in demselben Augenblick das Gefecht.

Die deutsche Reiterei auf den Vorposten schlug sich lange mit dem feindlichen Vortrab herum. Es fiel Schuss auf Schuss. Einzelne Haufen kamen ins Handgemenge, und schlugen sich mit den Säbeln herum. Unterdessen rückten die Bayern aus der Nähe der Stadt den Vorposten zu Hilfe und bedienten sich ihrer Kanonen gegen die auf sie andringenden Feinde.



Plötzlich erhebt sich ein schrecklicher Donner des Geschützes. Die Batterie auf der Hardt wirkt gewaltig gegen die Franzosen. Sie erwidern es auf dieselbe Weise. Viele Kugeln und Kartätschenladungen fliegen über die Stadt. Eine betäubende Angst bemächtigt sich aller Einwohner.

[...] Um den Franzosen das Nachsetzen zu erschweren, hatte der bayerische Kommandant das Tor verrammeln lassen. Seine Leute hatten sich aber nicht so bald entfernt, als die Bürger, welche befürchteten, dass ein dem Zuge des Feindes gemachtes Hindernis dieser Art ihnen zur Last gelegt werden dürfte, hinzu eilten, die unter dem Bogen angehäuften Wagen und Holzstöße hinwegbrachten, und die Flügel aufrissen. Schon harreten die ungeduldigen Sieger vor denselben. In der buntesten Unordnung strömten sie herein, und jagten in wütendem Galopp, die Säbel vor sich hingestreckt, unter wildem Geschrei, und unter dem lärmenden Geräusch der Trommeln und Trompeten durch die Stadt. In derselben Eile folgte den

ersten Reitern die leichte Infanterie nach; und unaufhaltsam eilte auch sie wieder zu dem anderen Tor hinaus, um den Feind zu verfolgen. Bebend und zitternd standen die Bürger von Aalen in ihren Türen und Fenstern, und starrten betäubt in das neue

*„Viele Kugeln und Kartätschenladungen fliegen über die Stadt. Eine betäubende Angst bemächtigt sich aller Einwohner. Um den Franzosen das Nachsetzen zu erschweren, hatte der bayerische Kommandant das Tor verrammeln lassen.“*

Schauspiel hinaus, das ihnen das wilde Schlachtgetümmel vor ihren Häusern darbot.

Hinter der Stadt vielen den Feinden mehrere Haufen von den bayerischen Truppen in die Hände. [...] Sie hatten an diesem Tage etwa 300 Gefangene gemacht; die Zahl der Toten auf beiden Seiten wird höchstens auf 80 bis 100 steigen. [...] Schwer drückte die Hand des Siegers das Dorf Unterkochen. Zwei Stunden lang wurde dasselbe regulär geplündert, nachdem man erst förmlich

zum Plündern geblasen hatte, – und ein Schaden von 33.000 Gulden gestiftet. Nach dem Gefecht kamen die Truppen zu Fuß und zu Pferd wieder in die Stadt zurück und in wenigen Augenblicken war dieselbe so dicht von ihnen angefüllt, dass alle

Straßen und alle Häuser zu eng zu werden schienen. Die Dunkelheit der Nacht und das wilde Ungestüm der Rückkehrenden vermehrte die Verwirrung. Man bereitete Quartiere so viele sich in der Eile bereiten ließen, der größte Teil nahm ohne Anweisung von den Bürgerwohnungen Besitz. Aber wie

hätte ein Heer von so vielen Tausenden Raum finden können, in einem Städtchen, das nur wenig über 200 bewohnbare Häuser enthält? Die ganze Gegend umher wurde deshalb in einen Lagerplatz umgeschaffen. Auf allen Feldern der Flur hatten sie sich ausgebreitet; das ganze Tal war erleuchtet von den unzählbaren Feuern, die sie anschürten. [...]

Die Feinde zerrissen alle bisherigen Regeln der Ordnung und des Rechts. Der Anführer eines fremden Volkes nannte sich den Kommandanten der Stadt. Unter den Toren hatte er seine Wachen aufgestellt. Es ward überall nur verzehrt, und nichts erworben. Die Lebensmittel fingen an, selten zu werden. Alle Kaufläden waren verschlossen. Keine Glocke wurde geläutet. Die öffentlichen Gottesverehrungen waren eingestellt. Die Toten wurden ohne Sang und Klang hinausgetragen.

Mit dem [erneuten] Vorrücken der kaiserlichen Armee über die schwäbische Grenze verminderten sich die Leiden des Krieges allmählich, obgleich die Lasten welche die fortdauernden Durchmärsche verursachten, noch immer schwer auf der Stadt lagen. Als aber General Jourdan geschlagen war, so verschwanden schnell alle noch in der Gegend sich befindlichen Franzosen, und die Straße, die aus dem Remstal gegen Morgen führt, ward von keinem mehr betreten. Endlich erschien in der Nacht vom 18. zum 19. September unvermutet ein 60 Mann starker Haufen kaiserlicher Reiter vor den Toren der Stadt, und brachte die lange ersehnte Ruhe wieder.



### Gefecht bei Aalen

Um die Mittagszeit des 2. August 1796 traf die französische Vorhut bei Aalen auf die bayerischen Einheiten, die den Rückzug der kaiserlichen Armee durch das Kocher-Brenz-Tal decken sollten. Die Stellungen der Kaiserlichen auf der ostseite der Stadt sowie die der Franzosen westlich von Aalen sind deutlich zu erkennen.

# Krieg in Europa

## Mehr als zwei Jahrzehnte Not, Elend, Leid und Verderben

### 5. Mai 1789

Zusammentritt der Generalstände Frankreichs in Versailles

### 14. Juli 1789

**Sturm auf die Bastille in Paris: Beginn der französischen Revolution**

### Juni 1791

Versuch Ludwigs XVI. ins Ausland zu fliehen

### 27. August 1791

Pillnitzer Deklaration: Das monarchische Ausland – hier Österreich und Preußen – beschränken ihre Maßnahmen gegen die französische Revolution auf diplomatische Aktionen

### 20. April 1792

Die Furcht der französischen Bevölkerung vor einer Gegenrevolution führt zur Kriegserklärung an Österreich

### 1792-1797

**Erster Koalitionskrieg:** Zunächst Erfolge gegen Frankreich

### 10. August 1792

Suspendierung des französischen Königturns

### 2.-5. September 1792

Septembermorde in Paris

### 20. September 1792

Kanonade von Valmy: Wende im Krieg; französische Truppen dringen vor

### 21. September 1792

Frankreich wird Republik

### 1794/1795

Levée en masse in Frankreich: weiterer Vormarsch der französischen Truppen

### 5. April 1795

Sonderfriede von Basel zwischen Frankreich und Preußen

### 1796

Niederlagen der französischen Truppen in Süddeutschland dagegen Siege in Italien; weitere Reichsstände schließen Sonderfrieden mit Frankreich

### 1797

Bildung französischer Satellitenstaaten in Italien

### 17. Oktober 1797

Friede von Campo Formio: Friede zwischen Frankreich und Österreich

### 1798/1799

Napoleon trägt den Krieg in dem Mittelmeerraum mit Spitze gegen Großbritannien: Besetzung Maltas, Ägyptenfeldzug

### 1799-1802

**Zweiter Koalitionskrieg:** Unter Führung Großbritanniens Bündnis von Russland, Österreich, Portugal, Neapel und die Türkei gegen Frankreich Preußen neutral

### 1798

Eroberung Neapels durch die Franzosen

### 14. Juni 1800

Französischer Sieg bei Marengo

### 3. Dezember 1800

Französischer Sieg bei Hohenlinden

### 9. Februar 1801

Friede von Lunéville zwischen Frankreich und Österreich: Bestätigung des Friedens von Campo Formio

### 27. März 1802

Friede von Amiens zwischen Frankreich und Großbritannien

### 1805

**Dritter Koalitionskrieg:** Großbritannien, Russland, Österreich, Schweden, Neapel gegen Frankreich verbündet. Spanien und süddeutsche Staaten sind mit Frankreich verbündet; Preußen neutral

### 17. Oktober 1805

Österreichische Niederlage bei Ulm; Besetzung Wiens

### 21. Oktober 1805

Englischer Seesieg bei Trafalgar



**26. Dezember 1805**

**Friede Preßburg:** Österreich verliert Vorderösterreich, Vorarlberg und Tirol

**1806**

Gründung des Rheinbundes: 16 süddeutsche Fürsten verlassen den Reichsverband; Auflösung des Hl. Römischen Reiches; Württemberg wird Königreich; Preußen fordert im Bündnis mit Sachsen und Russland ultimativ den Abzug der französischen Truppen rechts des Rheins sowie die Auflösung des Rheinbunds, daraufhin

**1806****Vierter Koalitionskrieg****14. Oktober 1806**

Preußische Niederlage bei Jena und Auerstädt

**21. November 1806**

Napoleon verfügt von Berlin aus Kontinentalsperre gegen Großbritannien

**1.-9. Juli 1807**

**Friede von Tilsit:** Preußen verliert fast alle seit 1772 in Polen gewonnen Gebiete

**1807**

Großbritannien verhindert durch Beschließung von Kopenhagen die Schließung der Ostsee. Dänemark verbündet sich mit Frankreich und Russland und erklärt Großbritannien den Krieg

**1807/1808**

Napoleon weitet den Krieg auf die Iberische Halbinsel aus

**1809**

**Fünfter Koalitionskrieg:** Niederlage Österreichs

**14. Oktober 1809**

**Friede von Schönbrunn:** Österreich erheblich geschwächt, wird mit Preußen vertraglich dem napoleonischen Hegemonialsystem einverleibt

**1812**

Krieg Napoleons gegen Russland, das die Kontinentalsperre durchbrochen hat. Napoleon zieht nach Moskau. Rückzug Napoleons und Verlust der „Großen Armee“

**30. Dezember 1812**

Konvention von Tauroggen: preußisch-russischer Neutralitätsvertrag

**28. Februar 1813**

Bündnis Russland – Preußen. Österreich und Großbritannien treten dem Bündnis bei

**16.-19. Oktober 1813**

Völkerschlacht von Leipzig: Niederlage Napoleons, französischer Rückzug über den Rhein, Rheinbund löst sich auf

**31. März 1814**

Einzug der Verbündeten in Paris

**6. April 1814**

Abdankung Napoleons und Exil auf Elba

**30. Mai 1814**

**1. Frieden von Paris:** Frankreich auf Grenzen von 1792 beschränkt

**November 1814**

Beginn des Wiener Kongresses

**1. März 1815**

Rückkehr Napoleons nach Paris

**8. Juni 1815**

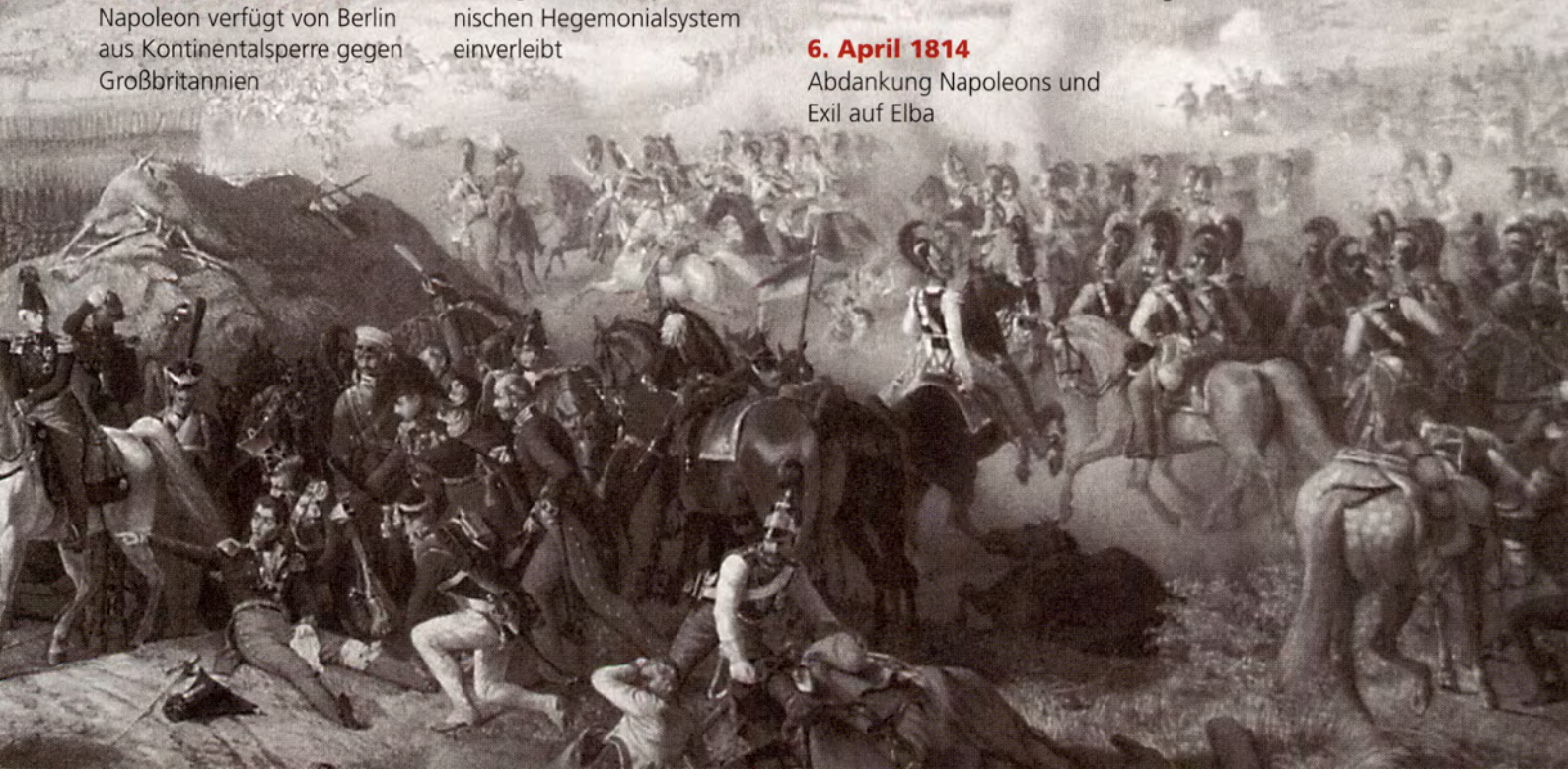
Wiener Kongressakte: Neue Ordnung in Europa

**18. Juni 1815**

Schlacht bei Waterloo: Niederlage Napoleons und Verbannung nach St. Helena

**20. Nov. 1815**

**2. Frieden von Paris:** Frankreich tritt weitere Gebiete ab, zahlt Reparationen und gibt in Deutschland und Italien geraubte Kunstschatze zurück





# National = Chronik der Deutschen.

12tes Stück. Am 7. April 1802.

## Noch mehr von den Sekularisationen.

(Schreiben eines teutschen Dommherrn.)

„Mon cher oncle werden vermuthlich schon durch die öffentlichen Zeitungen vernommen haben, daß hiernächstens alle Domstifter in Schwaben und Baiern, und in dem gesamten heiligen römischen Reiche sollen aufgehoben, oder, wie der Ausdruck lautet, sekularisirt werden. Dem Benehmen nach trifft dies klägliche Schicksal auch das diesseitige uralte Ritterstift; und wie mir heute unser Kanzler im Vertrauen eröffnet hat, kommen die sämtlichen Besitzungen desselben, samt unsern schönen Frucht- und Weingefällen, an den Erbstatthalter von Oranien. Da dieser Fürst der protestantischen Religion zugethan ist, werden vermuthlich bey dieser Veränderung, auch alle unsre Unterthanen malen bestreiten wollen. Man hat mir zwar diese letzte Konsequenz schon zu verschiedenen malen bestreiten wollen; aber sie dünkt mich aus den vorliegenden Umständen so natürlich hervor zu gehen, als die Frölichkeit aus dem Genusse des Rheinweins, oder der Trübsum aus dem Studieren; und um Stiftsprädiger, der ein grosser Gelehrter ist, weil er in Rom zu einem Doctor Theologie creirt worden, setzt ein halb Duzend Bouteillen Champagner an einen Krug Kehlheimer Wein, und daß unsern Umständen werden mön cher oncle wohl ermesien, daß die Propaganda in einer sehr präbenden grosse Gefahren drohen. Zweifeln Sie nicht, daß keine profane Hand berühren dürfe, und daß die Grundsäulen der katholischen Kirche nicht, daß er mit seinem wohlgemeinten Eifer viel Ertrinken. Denn die grossen Herrn kümmern sich, so viel ich weiß, woran sie auch, den gegenwärtigen Fall abzuwehren, auf eine recht ärgerliche Weise, zum Werke gegriffen, Thätigkeit frommer Christen leben, fängt man dort an; wird man aufhören.“

### Noch mehr von den Sekularisationen

„Mon cher oncle werden vermutlich schon durch die öffentlichen Zeitungen vernommen haben, daß hiernächstens alle Domstifter in Schwaben und Baiern, und in den gesamten heiligen römischen Reiche sollen aufgehoben, oder, wie der Ausdruck lautet, sekularisiert werden. Dem Benehmen nach trifft dies klägliche Schicksal auch das diesseitige uralte Ritterstift; und wie mir heute unser Kanzler im Vertrauen eröffnet hat.“

### Warum niemand eine Veränderung will

„Diese Krisis dauert, in ihren auffallenden Erscheinungen seit dem Frieden von Campo Formido. Von demselben war die Abtretung des linken Rheinufers selbst mitten in dem glänzendsten Glücke der Feinde noch immer problematisch. Als die Österreicher den Franzosen Mainz einräumten, sah das deutsche Publikum, was es zu fürchten hatte. Der Friede von Rastatt bestätigte seine Besorgnisse.“

### Deutsches Reich. Entschädigungsentwurf

„Der Pariser Moniteur vom 22. August enthält einen Bericht des Französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten über die deutsche Entschädigungssache, welchen er nebst der Erklärung von Frankreich und Russland an die deutsche Reichsversammlung und den ausführlichen, zwischen beiden Mächten verabredeten Entschädigungsentwurf am 21. August zu Paris im Französischen Senat in Gegenwart der 3 Konsuln, Minister etc. vorgetragen hat. [...]  
Der Lunéviller Vertrag hatte die gänzliche Wiederherstellung des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland bewürkt. Er hatte auf eine ausdrückliche und definitive Weise die allgemeinen Verhältnisse zwischen beiden Ländern bestimmt, und da Frankreich sich in jedem Stücke befriedigt fand, so würde die gänzliche Vollziehung des Vertrags keiner weitem Regulierung bedurft haben, wenn es nicht für gerecht erkannt und förmlich bedungen worden wäre, daß die vom Reich bewilligte Abtretung zum Vortheil der Republik kollektiv vom deutschen Staatenbund getragen werden sollte.“

# National = Chronik

28tes Stück. Am

## Warum niemand eine Veränderung will.

Die große Krisis der Vaterlandsgeschichte, deren Zeugen wir bisher gewesen sind, und unter deren Zuckungen wir alle, mehr oder weniger, wo nicht durch wirklichen Verlust, doch wenigstens durch Furcht und Besorgnisse erlitten haben, nähert sich ihrer Entwicklung. Diese Krisis dauert, in ihren auffallendern Erscheinungen, seit dem Frieden von Campo Formido. Von demselben war die Abtretung des linken Rheinufers, selbst mitten in dem glänzendsten Glücke der Feinde, noch immer problematisch. Als die Österreicher den Franzosen Mainz einräumten; sah das deutsche Publikum, was es zu fürchten hatte. Der Friede von Rastatt bestätigte seine Besorgnisse. Der Feldzug von 1799 zerstreute sie auf einen Augenblick besonders in den Gemüthern der Kurzsichtigen. Die Schlacht von Marengo, und die Siege, die ihr in den Gemüthern der Furchtbaren Gestalt von Wahrheit, wieder her. Der Traktat von Campo Formido in einer furchtbaren Gestalt von Wahrheit, wieder her. Der Traktat von Campo Formido in einer furchtbaren Gestalt von Wahrheit, wieder her.





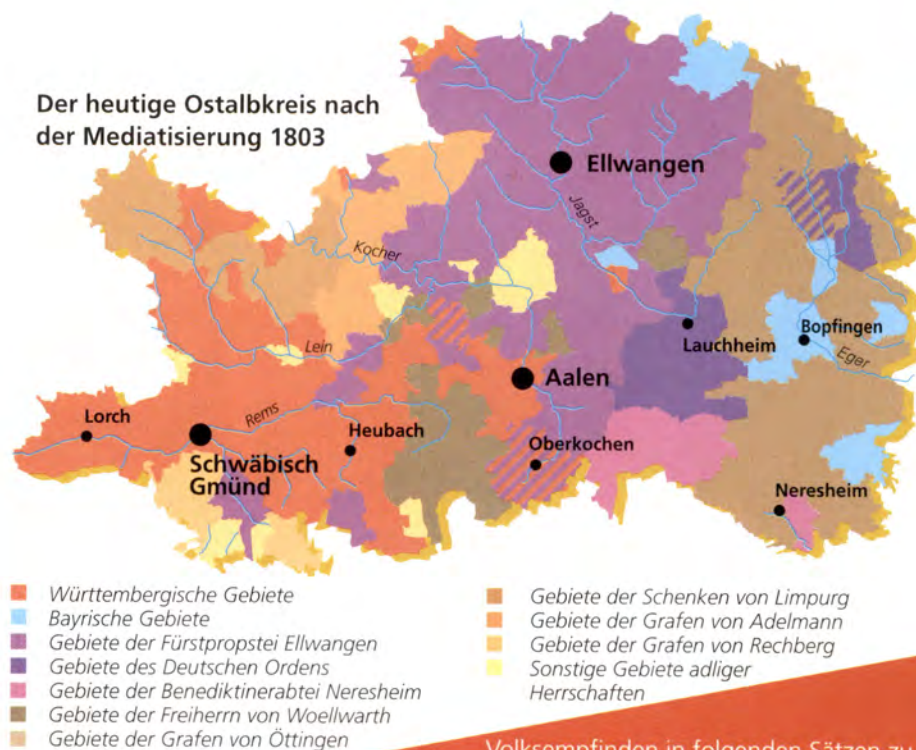


leutnants von Hoven die Stadt besetzten. Die württembergischen Soldaten nahmen zuerst bei den Bürgern, später im Waisenhaus Quartier. Da es keinerlei Treueverpflichtungen gab, der Magistrat nicht auf den Herzog eingeschworen wurde, arbeitete die Zivilverwaltung auch hier ungestört weiter.

Am frühen Morgen des 10. September 1802 besetzten württembergische Truppen unter dem Kommando des Generalmajors von Varnbühler Ellwangen. Das ehemalige Jesuitenkolleg wurde Kaserne und als der Raum nicht ausreichte, erfolgte am 23. September eine Einquartierung der Soldaten in Stadt und Land. Der Ellwanger Magistrat wünschte dem württembergischen Kommandeur Glück und empfahl sich der Huld des Herzogs.

In den katholischen Städten bestanden von Anfang an auf Seiten des Magistrats

### Der heutige Ostalbkreis nach der Mediatisierung 1803



wie auf württembergischer Seite keine allzu großen Sympathien füreinander. Sollten jemals doch welche bestanden haben, so waren sie bereits nach einem Monat auf einem Tiefpunkt angekommen. Wegen Quartierproblemen kam am 9. Oktober 1802 der auch für die Truppen in Schwäbisch Gmünd zuständige Generalmajor eigens aus Ellwangen angereist und beschimpfte die Magistratspersonen: „sagte ihnen ins Gesicht, man kenne Gmünd schon und bei Seiner Herzoglichen Durchlaucht sei Gmünd ohnedem sehr übel recommandiert.“ Dominikus Debler, der Gmünder Zeitchronist dieser Tage, brachte die Stimmung der Bürgerschaft bissig kommentierend zu Papier: „Das heisst Herzen gewinnen: Man hat sich doch bisher nicht ausgezeichnet, daß man Gewalt zu brauchen hätte. Die Bürger müssen bald glauben, daß die Leute als Executionstruppen und nicht als Freunde zu uns kommen [...] Daß aber zu dem guten Willen und Aufgang noch sollt über Bürgerschaft im ganzen gleich so geschmäht werden, ist in Wahrheit hart und auffallend“.

Am 10. Oktober, morgens um 9 Uhr, verbreitete sich ein Gerücht wie ein Lauffeuer in der Stadt: Die Württemberger ziehen ab! Nach der ersten Verblüffung kam regelrechte Freude auf, gepaart mit einer guten Portion Häme und Hass auf die Besatzer. Dominikus Debler faßte das

Volksempfinden in folgenden Sätzen zusammen: „So geht es, wenn man Sachen so hitzig anpackt und sich noch lustig machen will über des anderen sein Unglück und solche auslacht, so wird man zuletzt selbst belacht“. Um so größer war der Katzenjammer, als sich alles als ein Hirngespinnst entpuppte. „Alles war also ein leeres voreiliges Geschwätz. Wir sind und werden württembergische Untertanen verbleiben.“

Schon kurz nach der Besetzung Ellwangens hatte der Dekan der Fürstpropstei, Fürst von Hohenlohe, die württembergischen Offiziere auf den 20. November 1802 zu einem Festdiner aus Anlass des Geburtstags des Fürstpropstes eingeladen. Nach Rückfrage in Stuttgart wurde nicht nur die Teilnahme untersagt, sondern auch das Militär für diesen Tag in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Man traf besondere Vorkehrungen, stellte doppelte Wachen auf. Der Festtag blieb jedoch vollständig ruhig. Es fand lediglich ein Hochamt statt. Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung nahmen in so großer Zahl daran teil, dass der Kirchenbesuch einer Demonstration glich. Stillschweigend freilich – pro Ellwangen und gegen die württembergische Besetzung.

Aus den übrigen besetzten Gebieten waren große Teile des Militärs schon Ende September 1802 wieder abgezogen worden. Herzog Friedrich hatte sich über die Stimmung der hiesigen Bevölkerung offensichtlich beruhigt.

Wir Friedrich der Zweite von Gottes Gnade  
 entwickelten den Bürgermeistern und Magistrat, den geistlichen und weltlichen  
 Lehren der Reichsstadt Aalen und des dazu gehörigen Gebiets. Unsere Herzogliche Gnade

## Die Zivilbesitzergreifung von Aalen und Schwäbisch Gmünd im November 1802

**A**nfang November 1802 war mit einer Änderung des Entschädigungsplans der Reichsdeputation nicht mehr zu rechnen. Da die „Entschädigten“ schon ab Dezember Einkünfte aus ihren neuen Territorien beziehen sollten, wurde hier fieberhaft an einer statistischen Erfassung sämtlicher Besitzungen und möglicher Geldquellen gearbeitet.

Herzog Friedrich II. hatte am 10. November 1802 seine Regierungsräte instruiert, in den neuen Ländern die hierfür notwendigen Maßnahmen zu treffen. Schon einen Tag später erschien Regierungsrat von Reischach in Schwäbisch Gmünd bei Bürgermeister Alois Beiswinger und forderte ihn auf, in spätestens 14 Tagen eine vollständige Etatliste über die Besitzungen der Stadt innerhalb der Mauern und auf dem Land anzufertigen sowie bei allen städtischen Kassen einen Kassensturz vorzunehmen. Am folgenden Tags wiederholte sich derselbe Vorgang in Aalen.

Um der herzoglichen Forderung nachkommen zu können, beauftragte der Aalener Magistrat den Kanzlei Advokaten Heuchelin, der zu diesem Zeitpunkt in württembergischen Diensten stand und in Heidenheim tätig war. Berührungängste mit diesem herzoglichen Beamten scheint es nicht gegeben zu haben. Heuchelin war in Aalen zur Welt gekommen und hatte hier immer wieder beruflich zu tun gehabt. „Wir können also mit Überzeugung von ihm erwarten, dass er unserm Zutrauen entsprechen und des Auftrags zur Zufriedenheit der höchsten Behörde sich unterziehen wird“ – meldete man nach Stuttgart. Hier wartete Herzog Friedrich mit Ungeduld auf die Ergebnisse der Erhebung.

Schon am 16. November stellte er seinen Kommissären per Reskript einen neuen Auftrag in Aussicht, der eine ständige Anwesenheit in den Entschädigungsländern erforderlich machen würde. Es sollten daher Unterkommissäre angestellt werden. Der Herzog erwartete Vorschläge. Der neue Auftrag war die Zivilbesitznahme, zu denen die Reichsdeputation die neuen Landesherren ermächtigt hatte.

Kommissar Freiherr von Reischach, der die Übernahme organisieren sollte, bestimmte seinerseits für die Reichsstädte Aalen und Schwäbisch Gmünd den Rentkammerrat Bernritter als seinen Stellvertreter. Dieser traf am 24. November 1802 in Aalen ein und vollzog bis zum nächsten Tag die Übernahme, „bei der alles in größter Ruhe und Ordnung abließ.“ Der Rentkammerrat hielt sich dabei streng an seine Instruktionen. Zu seinem Bedauern musste er jedoch feststellen, dass der „Besitzergreifungsakt“ nicht ganz perfekt über die Bühne ging. Auf die Frage der Aalener Ratsmitglieder, wen sie denn nun als württembergischen Kommissär anzusehen hätten – ihn oder seinen Vorgesetzten von Reischach – konnte Bernritter keine Auskunft geben. Diese Detailfrage änderte freilich nichts an der Tatsache, dass Aalen fortan eine württembergische Stadt war. Die Ratlosigkeit des württembergischen Beamten und seine Bemühungen um weitere Anweisungen aus der Zentrale sind jedoch bemerkenswert. „Werde in Gmünd, wenn ich nicht noch zuvor von Euch Hochwohlgebohren Nachricht erhalte, wohl ein gleiches tun müssen“.

1802

# Herzog Friedrich von Württemberg und Teck, etc. etc. Beamten und Dienern, sowie den sämtlichen Bürgern Einwohnern und Anwohner und alles Hierte.

Hier traf Bernritter am Nachmittag des 26. November 1802 ein. Sofort benachrichtigte er den Bürgermeister Alois Beiswinger und forderte ihn auf, mit einigen Magistratspersonen in sein Quartier zu kommen, um die anstehende Zivilbesitznahme durchsprechen zu können. Beiswinger erschien mit Oberstättmeister Doll und Ratssyndikus Roell. Bernritter gab sofort Befehle: Es wurden zwei Amtspersonen abgeordnet, die an allen von ihm bestimmten öffentlichen Gebäuden

das herzogliche Wappen anzuschlagen hatten. Mit dem in der Stadt anwesenden württembergischen Militär unter Hauptmann von Nettelhorst nahm Bernritter ebenfalls Kontakt auf um sicher zu stellen, dass das Anschlagen der neuen Wappen problemlos vor sich gehen konnte.

Am folgenden Tag, morgens 9 Uhr, versammelte sich der gesamte noch reichsstädtische Magistrat auf dem Rathaus, vor dem sich das württembergische Militär

älteren Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich entlassen worden wäre. Bernritter beruhigte sie und antwortete „daß in Absicht dieser aelteren Pflichten nie eine Kollision eintreten und er deren in kurzer Zeit vollkommen werde entlassen werden“ Daraufhin schworen alle Magistratspersonen – wie es in den Akten heißt „ohn weiter Bedencken“. Die Geistlichen konnten vorerst noch nicht unter Eid genommen werden, da der Magistrat – so Bernritter – glaubwürdig versicherte, niemals habe

die Geistlichkeit gegen die Stadt geschworen und sei nur dem Bischof von Augsburg untertan. Da es – so berichtet Bernritter „leicht eine üble Sensation bey ihnen verursachen dürfte, wenn ich den Verpflichtungsakt auch an ihnen zu exequieren versuchen würde“ ließ er es vorerst sein und meldete dies nur seiner vorgesetzten Stelle zur Entscheidung. Die hat dann aber auf der Beedigung der Geistlichkeit aller Geistlichen und auch der Klosterinsassen bestanden.

**Besitzergreifungspatent**  
Wie in den Reichsstädten Aalen und Schwäbisch Gmünd ließ Herzog Friedrich II. auch bei der Zivilinbesitznahme Ellwangens ein Patent übergeben, aus dem hervorging, daß die fürstliche Propstei, die Stadt und das gesamte Gebiet mit allen Regalien, Rechten und Zuständigkeiten von ihm in Besitz genommen wurde. Der Herzog gab außerdem bekannt, dass sämtliche Diener und Beamte vorläufig an ihren Arbeitsplätzen bleiben sollten. Das Patent war auch für die Öffentlichkeit bestimmt und wurde an verschiedenen Stellen in der Stadt Ellwangen und im Gebiet der Fürstpropstei ausgehängt.



mit aufgepflanztem Gewehr aufgestellt hatte. Bernritter eröffnete den versammelten Magistratsmitgliedern den ihnen bekannten Grund seines Hierseins und nachdem er das Besitzergreifungspatent des Herzogs vorgelesen hatte, forderte er alle Magistratspersonen auf, ihrem neuen Herren, dem Herzog von Württemberg, zu huldigen.

Wie schon Tags zuvor in Aalen antwortete der Magistrat hinhaltend, er könne diesen Eid nur dann ablegen, wenn er aus seinen

Ab dem 27. November 1802 wurden an allen städtischen Gebäuden das Reichswappen – Doppeladler und zugleich das Stadtwappen, das Einhorn – abgeschlagen und durch das württembergische Wappen und das Inbesitznahmepatent ersetzt. Schon in Aalen hatte Bernritter wie er von Reischach schrieb heftig zu kämpfen gehabt „bis alle steinernen, hölzernen und gemahlten Adler an den öffentlichen Gebäuden besonders am den Rathause und der Kirche abgenommen waren.

Einen, der über der Orgel in der Kirche angebracht und mit der Dekoration derselben so verbunden ist, dass diese Schaden genommen hätte, wenn er abgenommen worden wäre, habe ich verschont und seine fernere Existenz der Entscheidung Euer Hochwohlgeborenen überlassen“.

In Schwäbisch Gmünd erregte das Abschlagen des Einhorn den Unmut des Chronisten Dominikus Debler. Er witterte hinter dieser Aktion das Wirken des städtischen Magistrats, der sich bei den Württemberger einschmeicheln wollte: „So hat man aus übertriebener Schmeichelei oder vielmehr Unverstands oder Bosheit an den Kirchen-Tor und allenthalben das Einhorn weggerissen, geschlagen, gehauen, als wenn jetzt nicht die Stadt ihr altes Stadtzeichen mehr führen dürfte.

Ähnlich wie in Aalen kam Bernritter dann sehr schnell zu dem für ihn Wesentlichen – schließlich war er Steuerfachmann – und ließ sich den schon von Reischach geforderten Kassensturz bei sämtlich existierenden Kassen vorlegen.

Allerdings war seine Überraschung groß, als er im Gegensatz zum kleinen aber soliden Etat der Kocherstadt feststellen musste, dass einem Kassenbestand von rund 5500 Gulden an barem Geld allein Besoldungsforderungen des städtischen Personals in Höhe von ca. 13.203 Gulden gegenüberstanden. Weitere Forderungen bezifferten sich zusätzlich auf eine Summe von 5900 Gulden. Zudem stellte sich auch schnell heraus, dass stellenweise schon über zwanzig Jahre keine richtige Rechnung bei den Kassen mehr gestellt worden war.

Mit den Maßnahmen Bernritters war das Ende der Reichsstadtherrlichkeit in Schwäbisch Gmünd wie in Aalen besiegelt. Beide Städte waren von nun ab Bestandteil Neuwürttembergs. Das Wirken der Magistrate beschränkte sich ab sofort auf Geschäfte der inneren Stadtverwaltung, die bisherige Landeshoheit war auf Württemberg übergegangen. Aber auch bei Entscheidungen, die in erster Linie die Stadt betrafen, blieb



der Hofkommissär die letzte Instanz. Er allein entschied in enger Rücksprache mit seiner vorgesetzten Behörde. Während in Aalen der bereits erwähnte Heuchelin diese Funktion übernahm, leitete in Schwäbisch Gmünd Hofkommissär Sattler erstmals am 4. Dezember 1802 die Magistrats-sitzung.

Besonders die Gmünder Ratsmitglieder, die bislang frei walten und schalten konnten, haben dies als Schmach empfunden. Es begann so etwas wie ein leiser Kleinkrieg zwischen den alten Eliten – allen voran dem ehemaligen Bürgermeister Alois Beiswinger – und dem neuen starken Mann in der Stadt. In Schwäbisch Gmünd wie in Aalen sorgten die Hofkommissäre für

*„So hat man aus übertriebener Schmeichelei oder vielmehr Unverstands oder Bosheit an den Kirchen-Tor und allenthalben das Einhorn weggerissen, geschlagen, gehauen, als wenn jetzt nicht die Stadt ihr altes Stadtzeichen mehr führen dürfte.“*

einen ungewohnten Zug bei den Verwaltungsgeschäften. Wie die in Gmünd herausgegebene „Nationalchronik der Deutschen“ im Juli 1803 rückblickend schrieb, wurde „alles umgestürzt, umgemodelt und umgeformt, aus den Trümmern des alten bequemen Gebäudes errichtet man ein neues ohne Bequemlichkeit und Symmetrie“.

## Beseitigung der alten Wappen

Noch am Tag der Zivilinbesitznahme wurden in Ellwangen, Aalen und Schwäbisch Gmünd die alten Hoheitszeichen abgenommen und durch die des württembergischen Landesherrn ersetzt. Es war verhältnismäßig einfach, an den veränderten Landesgrenzen neue

Tafeln aufzustellen. An den Verwaltungsgebäuden und Kirchen mussten die Wappen jedoch meist abgeschlagen werden. Auf dem Wappenstein aus Schwäbisch Gmünd sind die Umrisse des (beseitigten) Einhorns noch deutlich zu erkennen.

In der Tat war manche Neuerung nur schwer nachvollziehbar. Als besonders kleinkariert empfanden die Gmünder Ratsmitglieder das Verbot Sattlers „in hiesiger Stadt die bisherigen Zeitungen noch weiter zu halten, da es nicht nothwendig seyn werde“ – ein Schlag in das Gesicht

einer Handelsstadt, die bisher gewohnt war, sich ihre Informationen aus unabhängigen, verschiedenen Quellen selbst zu beschaffen. Durch das Generalreskript Herzog Friedrich II. vom 1. Januar 1803, wurden die Verwaltungsbezirke in Neuwürttemberg festgelegt.

Schwäbisch Gmünd und Aalen kam dabei jeweils die Funktion einer Oberamtsstadt zu. Die Leitung der hier angesiedelten staatlichen Verwaltungsstellen übernahmen Anfang März 1803 Oberamtmann Mieg für Aalen und Oberamtmann Potschka für Schwäbisch Gmünd. Zwei Monate später griff die in Gmünd verlegte „Nationalchronik der Deutschen“ in ihrem 29. Stück die Verwaltungsarbeit der neuen

Dienststellen satirisch auf. Unter dem Titel „Schreiben eines alten Beamten an seinen in Landshut studierenden Sohn“ schilderte der Herausgeber des Blattes, Pfarrer Johann Gottfried Pfahl aus Neubronn, treffend die „Nöte und Sorgen“ der altgedienten reichsstädtischen und ellwangischen Verwaltungsfachleute mit der neuen württembergischen Bürokratie. „Solange ich noch das Glück hatte, meiner alten Herrschaft zu dienen, schlief ich gewöhnlich bis Morgens um 9 Uhr. [...] Die Prozesse wurden ohne Schreiberey abgethan, die Berichte wurden mündlich erstattet, alles Neue sorgfältig verhütet, und was ich nicht thun wollte, oder thun konnte, geschah durch den Schulzen oder durch den

Amtsknecht, eben so gut als durch mich selbst. So gieng es dreyßig Jahre fort. [...] Mit klopfendem Herzen sehe ich [heute] jedem Botentage entgegen, weil mir jeder derselben ein Heer von Befehlen bringt, die immer ein gleich grosses Heer von Berichten zur Folge haben.

Und über welche sonderbare Dinge ich berichten muß? – Wie viel Stücke Vieh in meinem Oberamte seyen? Wie viel Morgen Landes jeder Unterthan besitze? Wie sich die Aussaat der Fruchtarten zur Erndte verhalte? Wie viel jeder Revenuenzweig in 20 Jahren ertrage? usw. Wozu braucht, ums Himmel willen! die Regierung solche Dinge zu wissen, nach denen ich in meiner

dreysigjährigen Dienstzeit nie gefragt habe? [...]

Nun muß aus dem Journal ausgehoben, unter gewisse Rubriken gestellt, jede derselben besonders berechnet, dann das Ganze wieder unter eine Summe gebracht, und am Ende Einnahmen und Ausgaben verglichen werden. [...] Obendrein fordern sie noch für alle Kleinigkeiten Legitimationen, Belege und Beurkundungen, mit einer solche Strenge, daß man nun in der That mit der größten Kasse ganz umsonst umgehen muß, und dass jeder Rechnungsbeamte als ein Spitzbube erscheint, dem man auf sein ehrliches Gesicht nicht einen Heller anvertraut.“



# Zur Disposition der Landesherren

Besondere Aufmerksamkeit schenken die württembergischen Beamten den zahlreichen und bedeutenden kirchlichen Einrichtungen und milden Stiftungen Neuwürttembergs. Nach den Überlegungen der Reichskommission sollten sie den neuen Landesherren „zu Erleichterung ihrer Finanzen“ überlassen werden. Der erzielte Erlös für die klösterlichen Werte stand allerdings in keinem Verhältnis zu den überzogenen Erwartungen. Vielmehr wurde eine 500 jährige gewachsene Klosterkultur rücksichtslos zerstört.

**D**er letzte Chordienst wurde vom Ellwanger Stiftskapitel am 30. Dezember 1802 gehalten. Für die Folgezeit war jedes weitere Chorgebet von den württembergischen Behörden untersagt. Die Verwaltungsstellen des neuen Landesherren hatten bereits im September 1802 zahlreiche Gebäude der Fürstpropstei bezogen. Am 19. Januar 1803 teilte Herzog Friedrich II. der Reichsdeputation in Regensburg das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Fürstpropst und Kurfürst Clemens Wenzeslaus mit. Dieser erhielt eine jährliche Pension von 20.000 Gulden. Von den Chorherren erhielt Fürst Hohenlohe 2837 Gulden Pension, die übrigen zwischen 700-1680 Gulden, dazu noch das Einkommen je einer Kaplanei.

Die Zahl der Pensionäre wurde durch Übertragung von Ämtern verkleinert, so wurde

der Stiftsdekan Generalvikar in Ellwangen und später Bischof von Augsburg, ehemalige Chorherren berief man ins dortige Domkapitel.

Bereits am 22. Dezember 1802 hatte Fürst Karl Anselm von Thurn und Taxis die Abtei Neresheim in Besitz genommen. Er wollte die klösterliche Kommunität von 26 Patres und 5 Laienbrüdern zunächst zur Besorgung des Gottesdienstes, des Unterrichts der Jugend in Religion und Wissenschaft und zur Ausbildung von Schullehrern bestehen lassen. Daher wurde aus der bisherigen Klosterschule das „Lyceum Carolinum“ zum Unterricht der Landjugend im weiteren Umkreis gebildet.

Der Neresheimer Abt Michael Dobler zog sich in das Schloss zu Ziertheim zurück. Er verstarb 1815 in Dillingen.

Nach Abschluss der Rheinbundakte 1806 wurde die Herrschaft des Fürsten von Thurn und Taxis von Bayern mediatisiert,



das „Lyceum Carolinum“ sofort aufgelöst. Der Fürst blieb aber im Besitz der Abteigebäude und der Ländereien.



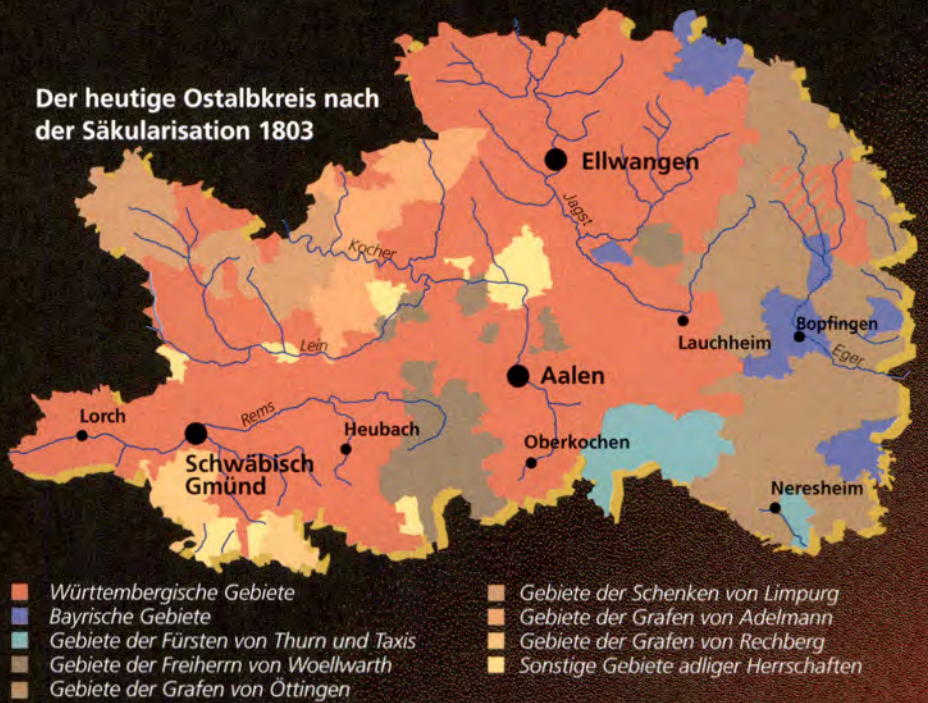


Kloster Kirchheim fiel nach dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 an seinen Landesherrn, den Fürsten v. Oettingen-Wallerstein. Die Nonnen wurden pensioniert, wobei die Äbtissin 2000 Gulden erhielt. Die übrigen Nonnen blieben weitgehend zusammen im Kloster wohnen, wo die letzte erst 1858 verstarb. Das Kloster wurde oettingischer Besitz, und blieb es auch nach der Mediatisierung Oettingens durch Bayern im Jahr 1806.



Bereits am 19. November 1805 hatte Friedrich II. die Kommende Kapfenburg wie auch das Vogteiamt Schneidheim beansprucht. Die Inbesitznahme, die auch auf die ritterschaftlichen Güter und die noch nicht säkularisierten geistlichen Korporationen gerichtet war, scheiterte jedoch zunächst am Widerstand Badens und Bayerns. Erst nach der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 und den ihr folgenden Verträgen zwischen den Rheinbundstaaten konnte Württemberg wenigstens von einem Teil der Gebiete Besitz ergreifen, die Napoleon Württemberg am 5. Oktober 1805 zugesagt hatte. Hierzu zählten auch die Kommende Kapfenburg und das Vogteiamt Schneidheim.

Der heutige Ostalbkreis nach der Säkularisation 1803



## Das Sterben der Klöster in Schwäbisch Gmünd

### Kapuziner

Ende 1802 besaß das Kloster lediglich 478 Gulden feste jährliche Einkommen und 206 Gulden an Stiftungsgeldern, im Konvent wohnten 13 Patres und vier Laienbrüder. Da die Auflösung des Konvents und die Versorgung der Mönche den Staat mangels vorhandener Masse vermutlich zu teuer geworden wäre, durfte das Kapuzinerkloster in Schwäbisch Gmünd weiter bestehen bleiben, alle Silbergeräte aber – Kelche und Monstranzen von 8 kg Gewicht – sowie eine Fülle von Reliquien, Figuren, Bildern, Wandleuchten aus Holz, Messing und Eisen mußten abgegeben werden.

Die Bibliothek, die ebenfalls abgeliefert werden mußte, ist außer einigen Stücken heute als verschollen anzusehen.

Am 24. Mai 1810 wurde das Schwäbisch Gmünder Kapuzinerkloster ohne Vorwarnung geschlossen und den Mönchen anheimgestellt, sich innerhalb dreier Tage im Zentralkloster Ellwangen zu melden oder sich mit 50 Gulden Kleidergeld abfinden zu lassen. Zwei Kapuzinermönche blieben als Weltgeistliche zurück, die übrigen zogen nach Ellwangen, wo das Zentralkloster auf den Aussterbeetat gesetzt wurde.

Am 17. Oktober 1810 kündigte der Fiskus die öffentliche Versteigerung der Klosteranlage samt Kirche, Scheuer und Garten

an und führte sie am 26. Oktober durch. Den Zuschlag erhielt Regierungsadvokat Herlikofer für insgesamt 3000 Gulden. Beim Abbruch der gesamten Anlage kam das Altarbild aus der Kapuzinerkirche zuerst in die Stadtpfarrkirche, später in die Kirche nach Oberbettringen.

### Augustinereremiten

Am 3. Januar 1803 teilte man von württembergischer Seite den Augustinern die Auflösung ihres Klosters mit. Am 10. Januar 1803 mußten sie ihr Kloster verlassen. Das Silbergerät wurde später nach Ludwigsburg gebracht und dort eingeschmolzen. Der Erlös betrug ganze 764 Gulden. Teile der Bibliothek der Augustiner, die augenscheinlich 1700 Bücher umfaßte, gingen 1803 – vorwiegend Handschriften und alte Drucke – an die neue Zentralbibliothek in Ellwangen. Wiederholte Kaufgesuche des Schwäbisch Gmünder Advokaten Dr. Mühleisen, den Rest der Bibliothek für 100-110 Gulden aufzukaufen, wurden vom württembergischen Fiskus abgelehnt und eine Neuverzeichnung angeordnet. In einer weiteren Ablieferung kamen 1807 die restlichen Handschriften und weitere alte Drucke in die Öffentliche Bibliothek Stuttgart, 1817 die noch „brauchbaren“ Bücher in die Seminar – und Universitätsbibliothek Ellwangen, der Rest in die Taubstummenschule Gmünd.

Die aus ihrem Kloster vertriebenen 10 Mönche sollten zuerst bei den Gmünder Kapuzinern untergebracht werden, weigerten sich aber dort einzuziehen. Hierauf erhielten sie die Erlaubnis bei ihren Verwandten zu wohnen. Sie mußten sich aber bürgerlich kleiden. Als Pension setzte die Regierung für einen Pater 100 Gulden fest. Der letzte Pater der Augustiner starb

### Franziskanereremiten

Das Ende der Reichsstadtzeit, der Übergang Schwäbisch Gmünds an Württemberg und die damit verbundene Säkularisierung traf die 13 Franziskaner im Kloster vorerst weniger hart als die anderen Klöster. Der wenige Grundbesitz wurde der neugeschaffenen Schulpflege unterstellt, Prior Pius Lang als Schulvorstand

bestellt und zusammen mit zwei weiteren Patres als Professoren durften sie den Unterricht am Gymnasium in ihrem Kloster weiterführen. Am 6. Oktober 1809 wurde Lang von württembergischer Seite ohne Begründung als Leiter der Schule abberufen,

eine Woche später das Franziskanerkloster geschlossen, lediglich die zwei Professoren in den Staatsdienst übernommen. Bis 1822 lebten die restlichen Franziskaner als Genossenschaft noch in der Stadt. Alle Prozessionen, außer der Fronleichnamprozession, wurde ihnen verboten, ebenso das Messelesen und andere karitative Aufgaben wie Almosengeben und Pflege von alten und kranken Menschen. Der letzte Schwäbisch Gmünder Franziskaner starb 1858 als Pensionär in Ellwangen.

### Franziskanerinnenkloster

Am 17. Januar 1803 wurde das Franziskanerinnenkloster und die dazu gehörige Kirche geschlossen, am 18. Januar alles Gold und Silber nach Ludwigsburg verfrachtet. Zur Zeit der Auflösung befanden sich 12 Frauen im Konvent, die sich im wesentlichen durch Handarbeit und aus dem Verkauf aus ihrem großen Klostergarten ernährten. Die Nonnen selbst sollten zu den Dominikanerinnen nach Gotteszell ziehen, was sie aber ablehnten.

Ins Klostergebäude zogen nun der Oberamtmann und die Steuereinnahmerei, nachdem das ganze Inventar für 297 Gulden verkauft worden war.

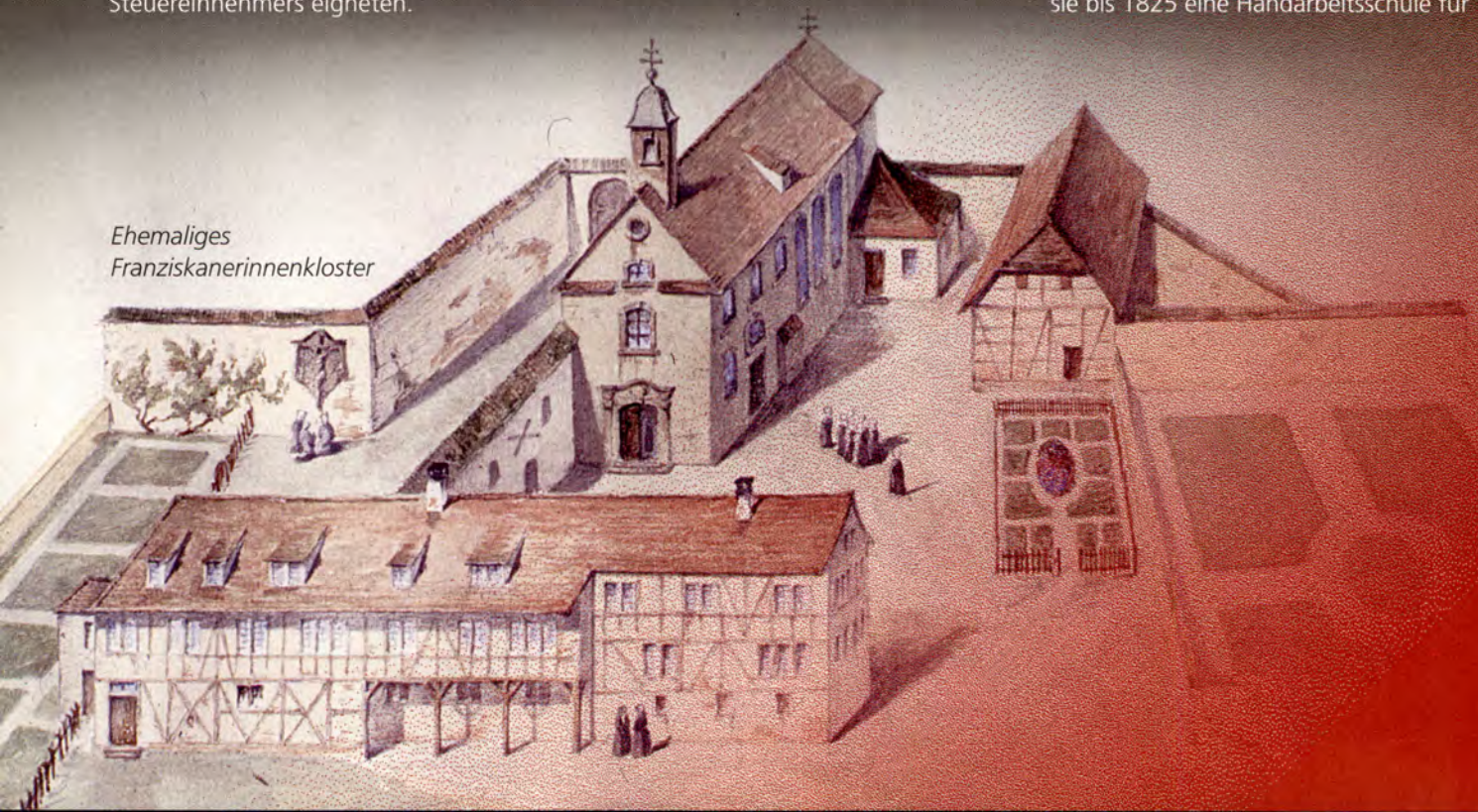
Am 25. April 1803 erhielt der Steuereinnahmer Speidel den kurfürstlichen Auftrag, mit den Franziskanerinnen zu verhandeln. Er sollte sie bewegen, freiwillig das ganze Kloster zu räumen und ihnen dafür Geld in Aussicht stellen. Wenn ihm das aber nicht gelänge, solle er den Frauen das Kloster wieder zurückgeben. Natürlich bestanden die Franziskanerinnen auf der Rückgabe und nun mußte die Frage geklärt werden, wer für das schon verkaufte Inventar aufzukommen hatte. Eine vorsichtige Schätzung ergab, daß die Wiederbeschaffung des einfachsten Mobiliars und der Einrichtungsgegenstände den Staat rund 3200 Gulden kosten würde. Man einigte sich schließlich auf 850 Gulden Schadensersatz. Am 30. Juli 1803 kehrten die Nonnen wieder in ihr Kloster zurück, wo sie bis 1825 eine Handarbeitsschule für



*Ehemaliges Augustinerkloster*

im Jahr 1816. Die Kirche der Augustiner war zuerst geschlossen worden und seit dem Jahr 1806 als protestantische Garnisonskirche genutzt. Im Jahr 1817 wurde sie evangelische Stadtpfarrkirche, 1934 ersetzte man den Namen „Evangelische Stadtkirche“ durch „Augustinuskirche“. 1803 wurde das Klostergebäude zum Oberamt und Kameralamt umfunktioniert, da sich die Klosterzellen und größeren Konventsräume gut für Amtsstuben und Wohnungen des Oberamtmanns und Steuereinnahmers eigneten.

*Ehemaliges Franziskanerinnenkloster*





Mädchen unterhielten. Ihre Kirche blieb geschlossen und wurde seit 1838 als Turnhalle, die Konventsgebäude später als Schule genutzt.

### Dominikaner

Bereits am 29. November 1802 erging an die zehn Patres und drei Laienbrüder die Aufforderung, ihr Kloster zu verlassen und zu den Franziskanern zu ziehen. Das Kloster gehörte zu den reichen Landbesitzern: 31 Höfe und beinahe 100 Morgen Waldungen, der Frucht – und Weinzehnt in Hegnach, Einkünfte in den Orten Hoheneck, Neckarweihingen, Poppenweiler, Bieneningen am Neckar und ein Teil des Zehnten in Herlikofen und Hussenhofen wurden sofort säkularisiert. Die ungefähr 3000 Bände umfassende, teilweise sehr wertvolle Bibliothek wurde vorerst in das Augustinerkloster verbracht und dort verwahrt; kurz nach 1803 kamen Handschriften und alte Drucke in die neue Zentralbibliothek in Ellwangen, im Jahr 1807 die restlichen Handschriften und weitere alte Drucke in die Öffentliche Bibliothek in Stuttgart, 1817 weitere Bücher in die Universitätsbibliothek Ellwangen und der verbliebene Rest in die Taubstummschule Schwäbisch Gmünd.

Das Kirchensilber mußte nach Ludwigsburg abgeliefert werden und wurde dort eingeschmolzen. Es wog über einen Zentner und brachte dem Staat 200 Gulden ein. Vom 9. -12. Mai 1803 wurden alle Einrichtungsgegenstände des Klosters um jeden Preis verramscht. Die Aktion brachte dem Staat 843 Gulden ein: Eine Klosterkultur von über 500 Jahren wurde mit einem Schlag völlig ausgelöscht.

Als die Mönche am 29. Dezember 1802 unter größter Anteilnahme der Bevölkerung ihren Konvent verlassen mußten, kam es beinahe zu einem Volksaufstand im katholischen Schwäbisch Gmünd, als die neuen Herren die bisher bei den Dominikanern jeden Morgen abgehaltene Rosenkranzgottesdienst ersatzlos aufheben wollten. Um die Bevölkerung zu beruhigen, mußte der Gottesdienst in die Stadtpfarrkirche verlegt werden.

Württemberg benutzte das Kloster als Kaserne und richtete in der Klosterkirche zunächst ein Holzmagazin, ab 1821 einen Pferdestall ein. Das große Deckenbild von Johann Anwander in der Klosterkirche wurde in Jahrzehnten zerstört. Der ehemalige Mönchsfriedhof an der Südseite



*Ehemaliges Dominikanerkloster*

mutierte zur Dungelege, später zum Exerzierplatz für die Soldaten. Nach langen und zähen Verhandlungen gewährte man den bei den Franziskanern untergekommenen Dominikanern ein wöchentliches Kostgeld von 52 Gulden. Als die Lage bei den Franziskanern unhaltbar geworden wurde, gewährte ihnen der Staat eine Pension von 200 Gulden, sie mußten als Privatiers in der Stadt Wohnung nehmen und sich weltlich kleiden.

### Dominikanerinnenkloster Gotteszell

Anfang 1803 teilte man auch den Dominikanerinnen von Gotteszell mit, daß ihr Kloster aufgehoben wird. Gotteszell war das reichste Kloster außerhalb der Ringmauern im Osten der Stadt gelegen. Die große Klosteranlage beherbergte den Konvent, die Klosterkirche, ein großes Rasthaus, ein Bauhaus, eine Mühle, eine Wirkerei, ein Brauhaus, drei große Stallungen und zwei Landwohnungen. Das Kloster verfügte über Besitz in mehr als 45 Ortschaften mit über 1800 ha. Der württembergische Regierungsbeamte veranschlagte die jährlichen Einkünfte viel zu niedrig auf 10.500 Gulden. Darüber hinaus bezogen die Nonnen aus verschiedenen Orten jährlich 4000 Malter Früchte und Getreide und von den verpachteten Klosterhöfen nochmals jährlich 4331 Gulden. Zum Zeitpunkt der Aufhebung ihres Klosters befanden sich in Gotteszell noch 14 Dominikanerinnen, acht Laienschwestern, eine Magd und ein

Torwart. Dazu kamen noch einige Handwerker, die die weitläufigen Klostergebäude unterhielten, sechs Knechte und vier Mägde für die Arbeit auf den Feldern und ein Klosterhofmeister, der für die Verwaltung zuständig war. Sofort wurde von den württembergischen Beamten die Klosterkasse mit gerade einmal 200 Gulden Bargeld beschlagnahmt, das Klostersilber, Gold und wertvolle Kirchengüter wanderten nach Ludwigsburg, wo sie eingeschmolzen wurden. Der Gesamterlös für alle diese wertvollen Geräte betrug lediglich 1000 Gulden. Am 27. März 1803 verhandelte der württembergische Hofrat Süsskind mit den Klosterfrauen über die Höhe ihrer zu erwartenden Pension. Nach überaus zähen Verhandlungen entfielen auf jede Schwester jährlich 149 Gulden und 27 Kreuzer Pension, die Hälfte dessen, was in der damaligen Zeit als Existenzminimum galt. Immerhin erhielten sie die Zusicherung, bis an ihr Lebensende im Kloster Gotteszell verbleiben zu dürfen. Die Zusicherung galt gerade einmal knapp fünf Jahre. Als 1808 Württemberg beschloß, das Kloster in ein Männerzuchthaus umzuwandeln, mußten die noch verbliebenen achtzehn Frauen weichen. Da sie nicht – wie vorgeschlagen – zu den Franziskanerinnen in die Stadt ziehen wollten, wurden sie am 26. Mai 1808 pensioniert.

# Ein dreifaches Vivat

Kurfürstenfest zur Erhebung Friedrichs II.

# 1803

Mit der Verabschiedung des Entschädigungsplans durch die Reichsdeputation in Regensburg wurde das Haus Württemberg in den Kurfürstenstand erhoben. In Alt- wie Neuwürttemberg fanden die schon lange zuvor geplanten Feierlichkeiten zur Standeserhöhung am 6. Mai 1803 mit großem Pomp statt. Am 22. Juli 1803 ließ sich Kurfürst Friedrich II. in Ellwangen von seinen neuen Untertanen feierlich huldigen.

In Schwäbisch Gmünd begann das Kurfürstenfest am frühen Morgen des 6. Mai 1803 mit andauernden Böllerschüssen. Von 7 bis 8 Uhr wurden alle Glocken in der Stadt geläutet. Um 8 versammelten sich alle Männer auf ihren jeweiligen Zunfthäusern in der Stadt und marschierten

festtäglich gekleidet – also mit schwarzen Mänteln – auf das Rathaus, wo sich bereits der Oberamtmann und der Steuereinnehmer sowie der städtische Magistrat, die gesamte Geistlichkeit und alle Honoratioren versammelt hatten.

Unter dem Rathaus paradierte die noch existierende Bürgergarde und die Gesellenkompanie unter „türkischer Musik“. Dann trat der Oberamtmann auf den Balkon des Rathauses und verlas das Dekret über die Erhebung des Herzogs zum Kurfürsten unter Pauken- und Trompetenschall. Das anschließende dreifache Vivat wollte nicht so recht klappen – besonders was die gewünschte Lautstärke anging – und musste unter Regieanweisung des Oberamtmanns noch einmal wiederholt werden.

Nach diesem Akt zogen alle Honoratioren in die stark geschmückte Stadtpfarrkirche, wo weißgekleidete junge Mädchen an den Türen Almosen für die Armen sammelten und Pfarrer Thomas Kratzer, wie von württembergischer Seite vorbestellt, eine Predigt nach Psalm 21 Vers 7 und 8

hielt. Nach der Messe wurde wieder von den die Stadt umgebenden Bergen geböllert. Der Honoratiorenzug wechselte ins Gymnasium zu den Franziskanern, wo einer der Professoren eine dem historischen Ereignis würdige Rede hielt. Das Mittagessen wurde gegen 13 Uhr im Gasthaus „Goldene Kanne“ auf dem Marktplatz eingenommen. Rund 120

**Stadtchronik des Dominikus Debler**

In seiner 17 Bände umfassenden Chronik berichtet Debler ausführlich über das Kurfürstenfest und den Besuch Friedrichs II. am 20. Juli 1803. Im sechsten Band beschreibt er detailliert die Fassade des Gmünder Rathauses, das wie alle Häuser am Marktplatz, für den Empfang des Kurfürsten besonders geschmückt war.

Personen nahmen daran teil. Den Nachmittag beendete ein Freischießen auf dem Platz vor dem Waldstettertor. Den Hauptpreis von 15 Gulden gewann ausgerechnet der Chef der abgemusterten reichsstädtisch-Gmünder Truppe Hauptmann von Storr.

Am Abend spielten die Bürgergarde abwechselnd mit der Gesellenkompanie auf dem großen Marktplatz türkische Musik und Blasmusik. Die Bürger bestaunten das festlich illuminierte Rathaus und am Unteren Marktplatz die ebenfalls geschmückte Spitalkirche sowie viele auch an der Stadtpfarrkirche und an Privathäusern angebrachte Triumphbögen mit höchst schmeichlerischen Inschriften zur Erhebung Friedrichs zum Kurfürsten.

Am 20. Juli 1803 besuchte der Kurfürst in eigener Person Schwäbisch Gmünd und es wurde ihm bei seinem Eintreffen „offizieller“ Jubel gependet.



Eine Delegation überreichte Friedrich bei seinem Eintreffen die Stadttorschlüssel auf rosarotem Kissen, die der Monarch huldvoll zurückgab. Nachdem er wohl in der Post auf dem Marktplatz Quartier bezogen hatte, empfing er Delegationen der Stadt, der Geistlichkeit und des Handelstandes. Danach begab Friedrich sich auf das Rathaus, das man mit Blumen und Orangenbäumen geschmückt hatte und über dessen Eingang der Spruch angebracht prangte: **„Heute ist diesem Haus Heil wiederfahren“**, um dort dann in einer kleinen Kunstaussstellung Arbeiten von Schwäbisch Gmünder Künstler zu besichtigen. Bei dieser Ausstellung waren namentlich auch viele ansehnliche Spiegel und Stockuhren sowie Kunstgemälde zu sehen. Der Kurfürst verließ anscheinend höchst vergnügt das Rathaus und zog in die Stadtpfarrkirche, wo ein feierliches Te Deum gesungen wurde. Anschließend besuchte Friedrich das von ihm aufgelöste Kloster Gotteszell und besichtigte dort Konvent und die Klosterkirche. Zum Abschluß seines Aufenthaltes gab es zum abendlichen Souper noch ein Flötenkonzert und vom Rathaus schoß man ein prächtiges Feuerwerk ab. Danach sperrte der Magistrat den ganzen Marktplatz ab, damit seine Gnaden ohne Straßenlärm die Nacht verbringen konnten, ehe er am nächsten Tag nach Aalen aufbrach. Am Vormittag des 21. Juli wurde der Kurfürst mit einer Ehrenpforte und einer Delegation an der Oberamtsgrenze Schwäbisch Gmünd/Aalen empfangen.

### Ellwanger Triumphbogen

Der Entwurf zu dem Triumphbogen für den Empfang Friedrichs II. in Ellwangen 1803 wurde von Joseph Wintergerst gezeichnet und sollte beim Rathaus aufgestellt werden. Oberhalb der Säulen auf der rechten Seite ist das württembergische Wappen angebracht, oben links ist die Ehrenkartusche für Friedrich II. mit dem Datum der Inbesitznahme Ellwangens durch Württemberg (1802) zu sehen. Rechts steht ein Engel mit Schwert in der rechten Hand und mit einem Szepter in der linken. Darunter ist zu lesen: „Nun sei hinieden das Schwert vom Stab geschieden“.



Oberamtmann Dr. Walther hielt eine kurze Anrede, worauf ein Böller abgeschossen wurde und alle Kichenglocken im Oberamt zu läuten begannen. Der Einzug nach Aalen war von Musik begleitet. Auf der Höhe des Gasthauses zum Adler empfingen Magistrat und Geistlichkeit mit den übrigen Honoratioren den Landesfürsten. Ihre Anreden nahm Friedrich II. in einem eigens hierfür aufgestellten Zelt entgegen. Vor dem Zelt stand die Schuljugend mit ihren Lehrern in 2er Reihen. 12 weisgekleidete Mädchen überreichten dem Kurfürsten auf einem rot drappierten Kissen ein Gedicht. Die größeren Töchter streuten unterdessen ihrem Landesvater Blumen auf den Weg. Nach dem Empfang fuhr Friedrich durch das Spalier der Vivat rufenden Bürger und erfreute sich an dem frisch gemalten kurfürstlichen Wappen über dem Stadttor. Die Delegation, die den Landesherrn empfangen hatte, geleitete ihn auch bis zur Grenze zum Oberamt Ellwangen. Im Schloss ob Ellwangen nahm Friedrich tags drauf die Huldigung seiner neuen Untertanen entgegen. Die Ellwanger trugen dabei die Kantate „Die Hariolphiden“ vor, während die Neuwürttemberger ein Preisgedicht auf Kurfürst Friedrich anstimmten.

Mit der Kantate sollte Friedrich II. gnädig gestimmt werden: „Sey meinem Vaterland gewogen, / sey uns gewogen, Friedrich / Als Vater bist du eingezogen, / und jedes Herz schlägt nur für dich“.

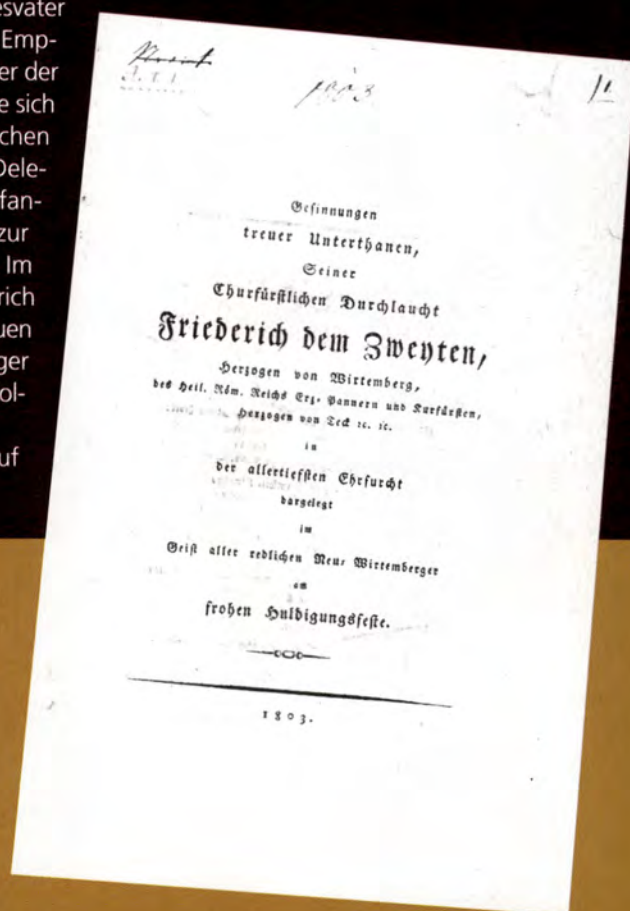
*„Nach dem Empfang fuhr Friedrich durch das Spalier der Vivat rufenden Bürger und erfreute sich an dem frisch gemalten kurfürstlichen Wappen über dem Stadttor.“*

Das in den „Hariolphiden“ abgelegte Bekenntnis der Ellwanger als Württemberger war zu diesem Zeitpunkt wohl noch etwas weit hergeholt. Allerdings muss festgestellt werden, dass sich Kurfürst Friedrich seit seinem fünftägigem Besuch in Ellwangen von der Stadt und ihren Bürgern sehr angetan zeigte.



### Aus der Ode der Neuwürttemberger an Kurfürst Friedrich II.

O kommt! O Brüder kommt!  
und huldigt Ihm, dem Guten!  
Der wahrlich würdig ist, daß wir  
für ihn auch bluten.  
Kommt! Schwöhr't mit Heiligkeit  
Ihm jetzt den Eid der Treue!  
Und nie belaste euch des Meineids  
Fluch und Reue!  
Ruft froh exstatisch aus: O lange, lange  
lebe Der Churfürst Friederich!  
Ihm, unserm Vater gebe die Vorsicht  
alles das, was Seinem Geist entzückt!  
Und lange leb' mit Ihm, was Ihm so  
sehr beglückt!



# Anmerkungen zum Zeitgeschehen

Der im ritterschaftlichen Ort Neubronn tätige Pfarrer, Verwalter und Publizist Johann Gottfried Pahl beobachtete aus unmittelbarer Nähe die Auswirkungen der württembergischen Inbesitznahme in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen. Eindringlich schildert er in seinen Memoiren die Gefühle und Stimmungen der Bevölkerung, die aus den nüchternen Verwaltungsakten nicht herauszulesen sind. Am Weihnachtsabend des Jahres 1805 wurde Pahl selbst württembergischer Untertan. Wenige Tage zuvor hatte Napoleon Kurfürst Friedrich II. ermächtigt, die Gebiete der Reichsritter in Besitz zu nehmen. Damit waren auch die letzten Überreste ehemals selbständiger Herrschaften im heutigen Ostalbkreis beseitigt. Am 30. Dezember 1805 nahm Friedrich II. die Königswürde an und vereinigte am 1. Januar 1806 Neuwürttemberg mit seinem Stammland zu einem einheitlichen Staat.

# 1805

## Napoleon und Kurfürst Friedrich II. von Württemberg

Das Gemälde von Charles Watelet zeigt die Begegnung der beiden Männer am 2. Oktober 1805 in der Nähe des Ludwigsburger Schlosses. Ziel des Besuches war, den württembergischen Kurfürsten in eine Militärallianz gegen Österreich zu zwingen. Friedrich fügte sich der Forderung Napoleons, nachdem ihm dieser beträchtliche Landgewinne in Aussicht gestellt hatte. Nach dem Sieg bei Austerlitz (2. Dezember 1805) gewann der französische Kaiser neuen Handlungsspielraum. Er erhob Bayern und Württemberg zu Königreichen und vergrößerte ihre Gebiete auf Kosten von Österreich.



**Wir Friederich,**  
**von Gottes Gnaden**  
**König von Württemberg,**  
des heil. Römischen Reichs Erz-Banner  
und Churfürst, Herzog von Teck, Fürst zu Schwaben,  
Landgraf zu Tübingen und Nellenburg, Fürst  
zu Ellwangen und Zwißalten, Graf zu Limpurg,  
Schmiedefeld, Sonthem, Hohenberg und Bondorf,  
Herr zu Heidenheim, Jüstingen, Rottweil, Heilbrom,  
Hall, Altdorf und Adelmansfelden etc. etc.

entbieten allen Unseren lieben und getreuen Dienern und Untertanen  
Unsere Königliche Gnade.

Nachdem Wir zu Folge eines mit Sr. Majestät dem Kaiser  
von Frankreich und König von Italien unter dem 12. Decbr.  
1805. errichteten Staats-Vertrags, der einen integrierenden Haupttheil  
des, zwischen gedachter Kaiserl. Königl. Majestät und Sr.  
Majestät dem Kaiser von Teutschland und Oesterreich  
abgeschlossenen Friedens-Tractats ausmacht, die Königliche Würde für  
Uns und Unsere Nachkommen an der Regierung angenommen  
haben, so wird solches anmit von Uns Kraft dieses öffentlich und zur  
allgemeinen Nachachtung bekannt gemacht.

## Proklamation König Friedrich I. von Württemberg

Im Frieden von Preßburg (26. Dezember 1805) stimmte Kaiser Franz II. auf Druck Napoleons zu, dass die Kurfürsten von Württemberg und Bayern die Königswürde annehmen konnten. Bereits am 1. Januar 1806 erließ König Friedrich I. die erste Proklamation, mit der er seine Standeserhöhung öffentlich bekannt gab.



### Bestätigung des Rheinbundes durch Napoleon 1806

Der Sieg über Österreich im Herbst 1805 ermöglichte Napoleon eine weitere Ausdehnung seines Machtbereichs. Er legte Anfang 1806 seinen Plan über einen neuen Rheinbund vor. Die Verhandlungen gestalteten sich jedoch schwierig. Insbesondere die neuen Königreiche Bayern und Württemberg brachten gegen eine solche Konföderation Einwände vor, da diese ihre Souveränität weit mehr beschnitt als die bisherige Reichsverfassung. In den Verhandlungen konnten sie immerhin erreichen, dass sich Napoleon auf die Festlegung der

militärischen Gefolgschaft beschränkte. Am 12. und 16. Juli 1806 unterzeichneten die Vertreter von 16 deutschen Fürsten in Paris die Akte eines Rheinbundes. Hierdurch sagten sie sich vom Deutschen Reich los und unterstellten sich dem Protektorat des französischen Kaisers. Franz II. beantwortete die Gründung des Rheinbundes mit der Niederlegung der Kaiserkrone. Damit hörte das Heilige Römische Reich Deutscher Nation auf zu bestehen.



Die Ängstlichkeit, mit der wir diesen Sturm heranziehen sahen, ward hauptsächlich durch den Anblick der Erscheinungen erregt, welche der Regierungswechsel rings um uns her hervorgerufen, seit dem das Stift Ellwangen und die Reichsstädte Aalen und Gmünd infolge des Reichsdeputationsschlusses (1802) an Württemberg gefallen waren. Denn die neue Herrschaft brachte in diese uns benachbarten Gebiete keinen Segen. Aus allen Punkten derselben vernahmen wir die Töne der getäuschten Hoffnung und des Missvergnügens. Allerdings waren die erhobenen Klagen zum Teil ungerecht; denn es war unvermeidlich, dass die plötzliche Veränderung aller bürgerlichen Verhältnisse denen, die von ihr ergriffen wurden, unbequem und drückend sein mussten; vieles Hergebrachte wurde zerstört, was nur die gedankenlose Angewöhnung und das Vorurteil schmerzhaft vermissen, während der aufgeklärte Verstand in der Zerstörung die Erfüllung lange unbefriedigter Ansprüche sah; auch musste, nachdem die kleineren Gebiete, die Württemberg erworben hatte, in ein großes Ganzes vereinigt worden, das bisherige sanfte Regiment des Krummstabs und die der freien Bewegung des Lebens einen offenen Spielraum gestattende reichsstädtische Verwaltung notwendig durch ein nach allgemeinen Gesetzen und festen Normen

verfahrendes Regierungssystem ersetzt werden, das die Persönlichkeiten und die einzelnen Verhältnisse nicht so, wie man es bisher gewohnt war, berücksichtigte, in dem unvermeidlich gewordenen Nivellierungs- und Konzentrationsprozesse viele bequeme oder lieb gewordene Herkömmlichkeiten teils umstürzte, teils schmerzhaft berührte, in Aufrechthaltung der Gesetze und der polizeilichen Ordnungen mit befremdender Strenge zu Werke ging, und bei den größeren Be-

dürfnissen auch größere Ansprüche an die Kräfte der Untertanen machte. Indessen blieb, wenn nichts weiter als dass geschah, noch immer Trost und Hoffnung übrig.

Aber die Württembergische Regierung kam in die neuen Lande mit Grundsätzen und Maximen und in der Anwendung derselben mit einem Verfahren, wodurch die notwendigen Übel, die die Staatsveränderung herbeigeführt, nicht nur nicht erleichtert und gemildert, sondern mit so vielen neuen vermehrt worden sind, dass die wohlbegründete Rede durch ganz Teutschland lief, dass unter allen Ländern, denen der Regensburger Kongress neue Herren gegeben, keinem das Los so sehr aufs unliebliche gefallen sei, als denen, welche Württemberg zuteil geworden. Man wies jede Maßregel mit Hohn zurück, die dazu hätte dienen können, den Untertanen die Bitterkeiten der neuen Ordnung der Dinge zu versüßen, da man, um sie in Unterwürfigkeit und Gehorsam zu erhalten, ein kräftigeres Mittel in der strengen Übung der erlangten Herrschaft sah. Unbekümmert um die Vorschriften, durch welche der Reichsdeputationsrath die Willkür der neuen Erwerber zu lähmen gesucht hatte, wurden die Pensionen der Geistlichen in den aufgelösten Stiftern mit Kargheit bestimmt, die manchen kaum das tägliche Brot gewährte, die Besoldung der alten Diener rücksichtslos vermindert, die der neuen kaum auf das Notdürftigste gesetzt, bei allen

die Aufkündigungsklausel vorbehalten und das Netz der Incameration auch über solches Eigentum der Kirche und der Wohlthätigkeitsanstalten geworfen, das es nach den Verträgen nicht hätte berühren sollen. [...]

*„Man wies jede Maßregel mit Hohn zurück, die dazu hätte dienen können, den Untertanen die Bitterkeiten der neuen Ordnung der Dinge zu versüßen.“*

Vermittelst eines Heers altwürttembergischer Schreiber, die im Lande sich einlagerten, größtenteils Menschen von plumpen Sitten und insolentem Benehmen im Geschäft und im Leben, wurden in der Stiftungs- und Gemeindeadministration, in den Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in dem Teilungs- und Konkursverfahren die unbehilflichen und kostbaren Formen, die dem alten Lande längst zu einem an dem Vermögen der Bürger fressenden Krebs geworden waren, eingeführt, und überhaupt in der Weise der Verwaltung und in ihren Entscheidungen, unverhüllt kundgegeben, was eine über jedem Gesetze und jeder Verantwortlichkeit stehende Herrschaft sich gestatten dürfe. So konnte der Regierung auch das Gute und Lößliche, was sie beabsichtigte oder leistete, nicht verdankt werden, und mit verbissenem Schmerze gedachte das durch den Schrecken eingeschüchterte Volk seiner glücklicheren Vergangenheit, die in der drückenden Gegenwart unwiederbringlich untergegangen war.

Da den Kollegien, welche die Verwaltung des neuen Württembergischen Staates führten, ihr Sitz in Ellwangen angewiesen wurde, so hatte ich häufig Gelegenheit, das Unwesen an seiner Quelle zu beobachten. Das zahlreiche Personal von Räten und Kanzleibeamten, das sich hier

versammelte, und die Garnison, die sich durch Rekruten aus den neuen Landen bildete und fortdauernd verstärkte, gaben der Bevölkerung der Stadt einen großen Zuwachs, so dass es den Neuankömmlingen

bald an Unterkommen fehlte. Es bildete sich die Gesellschaft in zwei Parteien, die in schroffen Gegensätzen einander gegenüberstanden, in Alt- und Neu-Württemberger. Diese betrachteten

sich als die Vernachlässigten und die Unterdrückten, jene als die Eroberer und Beherrscher des Landes, durch die Priorität des Besitzes in ihren Ansprüchen befestigt, und ihr eingebildestes Vorrecht oft mit lächerlicher Anmaßung übend oder mit roher Indiskretion aussprechend. Dadurch kam Misstrauen und Spannung in alle öffentlichen Zirkel; in vertrauten Kreisen aber trat auf der einen Seite der Hass und auf der anderen die Verachtung unverhüllt hervor; überdies gewann der Geist des gesellschaftlichen Lebens durch den steifen und feierlichen Stuttgarter Kanzleiton und das breite Alt-Württembergische Deutsch, das damals noch selbst Männer des ersten Rangs, mit absichtlich scheinender Vernachlässigung des Besseren, zu sprechen gewohnt waren, nicht an Veredelung.

Ein neuer Keim der Zwietracht lag in den finsternen, unduldsamen Begriffen, welche die Ankömmlinge von der katholischen Religion und ihren Bekennern aus dem alten Lande mitgebracht hatten, und die sie nicht nur durch leicht bemerkbare Abneigung, sondern oft auch auf die kränkendste Weise durch Spott und Entweihung des Heiligen kundgaben. Doch fanden sich beide Parteien wieder in einem Punkte zusammen, nämlich im Missvergnügen mit der Regierung, was aber nicht durch die Härte derselben gegen die Untertanen, um deren Wohl sich der große Haufen der staatsdienstbaren Klasse gewöhnlich wenig bekümmert, sondern durch die Kargheit, womit sich die einen und die anderen ihre Besoldungen zugemessen sahen, und durch den Stand der Rechtlosigkeit, in dem sich die Beamten befanden, hervorgerufen war. Man hütete sich aber wohl, dieses Missvergnügen, das unter den alten Dienern, die sich bisher meistens einer recht behaglichen Existenz erfreut hatten, am tiefsten empfunden ward, laut werden





zu lassen; desto schmerzlichere Klagen vernahmen dagegen diejenigen, auf deren Teilnahme und Treue die Bedrückten rechnen zu dürfen glaubten. Man würde sich indessen sehr in der Voraussetzung irren, dass die beschränkte und herabwürdigende Lage, in die der Beamtenstand versetzt wurde, den Dienstfeier derselben und seine Bereitwilligkeit, im Geiste der Regierung zu wirken, gelähmt hätte.

[...]  
Mittlerweile wurden die vormaligen reichsritterschaftlichen Untertanen durch tägliche, nicht erfreuliche Erfahrungen inne, wie es in dem Rheinbündischen Württemberg zu leben sei, und es blieb ihnen in dem ungemächlichen, heftig bewegten Elemente, in dass sie sich aus der langen Gewohnheit eines harmlosen Daseins verschlagen sahen, nur der dürftige Trost, den ihnen der Anblick ihrer zahlreichen Schicksalsgenossen im Süden und Norden des Landes, welche durch das Feuer der Mediatisierung gegangen waren, gewährte. Ehe aber das Ärgste erfolgte, was sie fürchteten, nämlich die Aushebung ihrer Söhne zum Kriegsdienste, gingen einige Monate dahin. In den meisten anderen Bundesstaaten wurde sogleich nach der Besitznahme zu dieser Maßregel geschritten, weil man mit der Herrschaft über das Land auch das Recht der Verfügung über die Persönlichkeit der Bewohner erworben zu haben glaubte. Die Württembergische Regierung dagegen war der Ansicht, dass der Waffendienst von dem Untertanen konsequenterweise erst gefordert werden könnte, nachdem er dem neuen Regenten den Eid der Treue abgelegt habe; dieselbe Ansicht teilte sich auch das Volk; es betrachtete diesen Eid als eine Ergebung in das harte Gebot der Konscription.

Bis zur Huldigung hatten wir die neue Regierung beinahe bloß aus den Ansprüchen kennengelernt, die sie an die Beutel der Untertanen machte; sonst ging alles, ohne bedeutende Abänderungen, in der alter Weise fort. Aber von dem Tage der Huldigung an begann das Umreißen, das Abschneiden und Dehnen, der Schwung des Hammers und der Axt, die Arbeit der Druck- und Saugmaschinen und das Verkleistern der erschütterten Mauern mit raschem Eifer, der sich nichts darum

bekümmerte, wenn auch der Schutt und die Steine den Leuten auf die Köpfe fielen, und jeder Tag brachte seine eigene Plage. Die erste derselben, nämlich die Militärkonzreption, war die empfindlichste

*„So konnte der Regierung auch das Gute und Löbliche, was sie beabsichtigte oder leistete, nicht verdankt werden.“*

für diejenigen, welche sie traf, und das Klagegeschrei erhob sich umso lauter, da die Truppen sogleich nach ihrer Aushebung den Marsch antraten, um vor den Wällen der Schlesischen Festungen den jungen Heldenmut zu bewähren. Der Krieg musste die Steigerung der alten Abgaben und die Erhebung neuer, die aber zugleich als permanent angekündigt wurden, rechtfertigen. Dass alle bisherigen Steuerbefreiungen aufhörten, war nicht unerwartet und erregte bloß die Klagen der Exemten, die wenig Mitleid fanden; aber als auch die Kirchen- und Armenstiftungen und die Kapitalien in die Besteuerung gezogen wurden, und zu den Grund- und Gewerbeabgaben eine schwere Last von indirekten Steuern, Taxen und Sporteln hinzukamen, die man unter den vorigen Regierungen nicht einmal dem Namen nach kannte, fand sich bald, dass kein Stand Ursache hatte, den anderen weder zu bemitleiden, noch zu beneiden, und dass die neuen Zuflüsse, welche durch die Kastrierung der standes- und gutsherrlichen Besitzungen und Gefälle in die Staatskasse geleitet wurden, den alten Kontribuenten keine Erleichterung verschafften. Dazu sollte in der Verwaltung und in der Gesetzgebung alles, so schnell als möglich, über den Württembergischen Kamm geschoren werden. Täglich erschienen neue Verordnungen; strenge Instruktionen verpflichteten die Gemeindevorsteher zu ihrer ungesäumten Vollziehung; in den

Amtsstuben blieb man unaufhörlich beschäftigt mit Anfertigung von Berichten und Tabellen; alles musste in der handwerksmäßigen Weise und in der steifen Form des erbländischen Schreibertums gefasst werden. Zugleich saß seine Kommission in Gaildorf, welche beauftragt war, das Verwaltungswesen in der Grafschaft Limpurg und in den umliegenden ritterschaftlichen Orten zu organisieren, die zwar, ob sie gleich ihr Geschäft ein

Jahr lang fortsetzte, mit nichts zustande kam, aber durch ihr ewiges Anfragen und Sammeln von Notizen den Beamten unsägliche Arbeit machte. Übrigens war durch die täglichen Reformen nichts gebaut, aber viel zerstört und zerrüttet; alles Alte, es mochte so gut und so haltbar sein, als es wollte, musste fallen, sobald es sich nicht über den neuen Leisten ziehen ließ; die bescheidensten Vorstellungen wurden mit Derbheit zurückgewiesen; die gesamte Bürgermoral für alle Klassen der Untertanen, die sich durch Aufhebung aller Standesrechte vollkommen assimiliert sahen, sprach sich in der Maxime aus: „... schweigen, gehorchen und bezahlen!“



# Auf der Suche nach neuen Aufgaben

Auch wenn Ellwangen im Königreich Württemberg seine Funktion als Residenzstadt wieder verlor, behielt es seine Rolle als zentraler Verwaltungsort. Das ehemalige Zentrum der Fürstpropstei wandelte sich in eine Beamtenstadt. Von 1812 bis 1817 war Ellwangen auch Sitz der katholischen Landesuniversität.

**K**önig Friedrich I. gab seinem Land im Februar 1806 mit der Errichtung der sechs Departements (Ministerien) der Auswärtigen Angelegenheiten, des Innern, der Justiz, des Krieges, der Finanzen und der Geistlichen Angelegenheiten eine einheitliche Verwaltungsorganisation. In dem darauf folgenden Organisationsmanifest vom 18. März 1806 wurde die Form der in Neuwürttemberg entstandenen Provinzialbehörden auf das gesamte Königreich übertragen. Jeder der 12 Kreise

unterstand einem sogenannten Kreishauptmann. Die Landvogtei, die am 1. Januar 1803 errichtet worden war, hatte aus dem Oberamt Ellwangen, dem Stabsamt Rötlen, dem Stabsamt Nördlingen und dem Oberamt Aalen bestanden. Bis 1806 wurden ihm noch die Oberämter Gmünd, Giengen, Hall und die Stabsämter Rosengarten, Comburg, Vellberg, Honhardt, Stimpfach und Adelmansfelden unterstellt. Durch das Organisationsmanifest von 1806 wurde schließlich aus der Landvogtei Ellwangen der Kreis Ellwangen. Bis 1808 belief

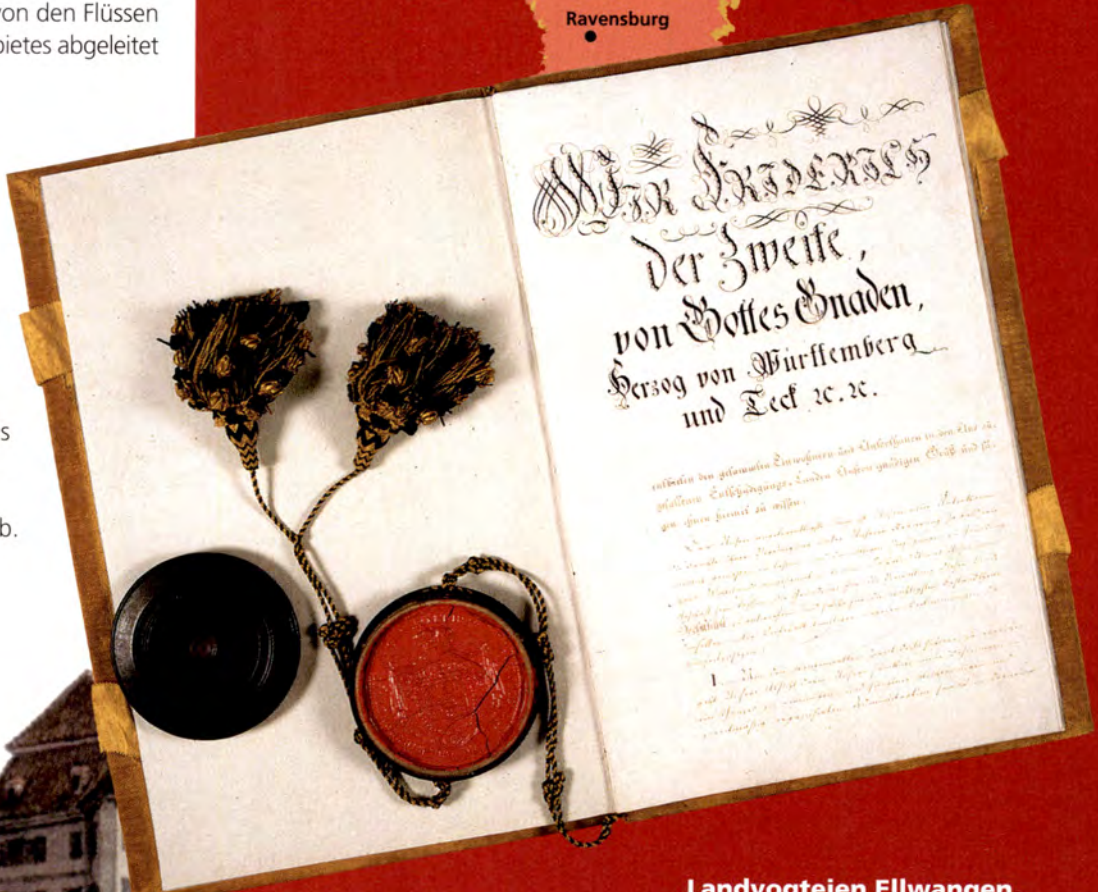
sich die Zahl der Ober- und Stabsämter im ganzen Königreich auf 65 – alle in etwa gleich groß, mit jeweils ca. 20.000 Einwohnern. Aufsichtsbehörde war die Kreisverwaltung. Dem sogenannten Kreis Ellwangen unterstanden die Oberämter Aalen, Gaildorf, Heidenheim, Honhardt und Stimpfach, Weitingen (heute Bayern),



Ellwangen mit dem Unteramt Lauchheim und Kapfenburg, Hall mit dem Unteramt Gebsattel und dem Stabsamt Nördlingen (heute Bayern). Das Kreisamt in Ellwangen war jedoch nach 1806 gegenüber dem früheren Amt der Landvogtei personell erheblich verkleinert worden.

Im Vertrag mit Bayern vom 18. Mai 1810 wurde die heutige bayerisch-württembergische Grenze östlich von Ellwangen endgültig gebildet. Da zeitgleich auch mit Baden ein Grenzbereinigungsvertrag abgeschlossen worden war, folgte am 27. Oktober 1810 ein neues Organisationsmanifest für das Königreich. Aus den bisherigen 12 Kreisen wurden dabei 12 Landvogteien, deren Namen nicht mehr von den Städten des Hauptsitzes, sondern von den Flüssen und Landschaften ihres Gebietes abgeleitet wurden.

Aus dem Kreis Ellwangen wurde dabei die Landvogtei am Kocher mit den Oberämtern Aalen, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Heidenheim und Neresheim. Auch zwischen den Oberämtern wurden zahlreiche Grenzbereinigungen vorgenommen, was diesen eine geschlossene, zusammenhängende und damit endgültige Form gab.



**Fronleichnamsprozession vor der Ellwanger Stiftskirche**

Die Säkularisation hatte, von einschränkenden Verwaltungsbestimmungen abgesehen, in der ehemaligen Fürstpropstei keinen Einfluss auf die religiöse Haltung der Bevölkerung. Gerade die Prozessionen zu Fronleichnam waren ein Höhepunkt der öffentlichen Demonstration des katholischen Bekenntnisses.

**Landvogteien Ellwangen, Rottweil und Heilbronn**

Der zum Kurfürst aufgestiegene Herzog Friedrich II. gliederte das Gebiet von Neuwürttemberg nach dem Vorbild der französischen Verwaltungsstrukturen in die Landvogteien Ellwangen, Rottweil und Heilbronn. Damit erhielt das von Württemberg beanspruchte Gebiet erste Verwaltungsstrukturen, obwohl die Inbesitznahme noch keineswegs rechtmäßig bestätigt war.

## Vertrag zwischen den Königreichen Bayern und Württemberg

Friedrich I. von Württemberg hatte Napoleon auf seinen Feldzügen gegen Preußen 1806/1807 und vor allem auch im Krieg gegen Österreich 1809 militärisch unterstützt. Hierfür erwartete er großzügige territoriale Entschädigungen, musste sich allerdings mit seinen Mindestforderungen begnügen. Dabei kam es zu einem Gebietsausgleich zwischen Württemberg und Baden sowie in gleicher Weise zwischen Bayern und Württemberg. Die württembergische Grenze wurde dabei auf Kosten Bayerns nach Osten vorgeschoben. Württemberg erhielt im Rahmen des Vertrages u.a. die Landgrafschaft Tettwang, die früheren Reichsstädte Bopfingen, Buchhorn (Friedrichshafen), Leutkirch, Ravensburg, Ulm und Wangen sowie Teile der früheren Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach mit den Städten Crailsheim und Creglingen. Zwar wuchs das württembergische Staatsgebiet auf 19.503 km<sup>2</sup> und 1.340.000 Einwohner, König Friedrich hatte jedoch sein gewünschtes Ziel nicht erreicht. Insbesondere durch das Abtreten der ehemals österreichischen Landgrafschaft Nellenburg, der Landbrücke Württembergs zur Schweiz, an Baden, waren seine Bemühungen auf einen großen württembergisch geprägten Südweststaat gescheitert.

In den Jahren zwischen 1806 und 1810 hatte sich somit die Struktur des Landes, aber auch des Raumes Ellwangen herausgebildet. Ellwangen blieb 1810 Sitz der neuen Landvogtei. Die Einteilung der Oberämter hatte bis zur nächsten großen Verwaltungsreform in Württemberg 1938 Bestand.

Die neue württembergische Verwaltungsgliederung nahm keine Rücksicht mehr auf die ehemaligen historischen Verbindungen, sondern legte vor allem Wert auf eine möglichst zentrale Lage des Oberamtssitzes. Die Reformmaßnahmen König Friedrichs nahmen auch allen Städten und Gemeinden ihre bisherige Selbstständigkeit und übertrugen die Ernennung der Stadt- und Stabsschultheiße auf die staatlichen Behörden. Die überwiegende Zahl der zum Oberamt Ellwangen zählenden Gemeinden hatten zur Fürstpropstei Ellwangen gehört und damit immer schon in Ellwangen ihren Amtssitz gesehen. Auch in dem neugebildeten Unteramt Zöbingen hatten Westhausen und Teile der Gemeinde Lippach schon vor der Säkularisation zur Fürstpropstei Ellwangen gehört.

König Friedrich verlieh am 26. Januar 1811 Ellwangen neben Stuttgart, Ludwigsburg, Tübingen, Heilbronn, Reutlingen und Ulm den Titel einer „guten Stadt“.

Dieser nach französischem Vorbild geschaffene Ehrentitel erhielt erst durch die Einberufung zu den Ständeversammlungen von 1815 und 1819 und die Verfassung vom 25. September 1819 seine herausgehobene Bedeutung, da künftig diese Städte neben den Abgeordneten des Oberamtes einen eigenen Abgeordneten in den Landtag entsandten.

Die nach dem Tode König Friedrichs I. (1816) unter seinem Nachfolger Wilhelm I. (1816-1864) rasch voranschreitenden Verhandlungen zur Verfassung von 1819 führten zu einer erneuten Verwaltungsorganisation des gesamten Landes. Durch die elf Edikte vom 18. November 1817 und die fünf Edikte vom 31. Dezember 1818, wurden die Strukturen geschaffen, die bis in die Gegenwart nachwirken. König Wilhelm hat die Bezirksverwaltung durch das IV. Edikt vom 18. November 1817 endgültig festgelegt. Dabei trat ab 1. Januar 1818 an die Stelle der 12 Landvogteien nach dem Beispiel anderer deutscher Bundesstaaten eine leistungsfähige Mittelinstanz mit vier Kreisregierungen. Von den vier Kreisen: Donaukreis (Sitz Ulm), Neckarkreis (Sitz Ludwigsburg), Schwarzwaldkreis (Sitz Reutlingen) und Jagstkreis erhielt der letztere seinen Sitz in Ellwangen. Damit hatte die Stadt ihre Mittelpunktfunktion erneut erfolgreich verteidigt.

Der Jagstkreis umfasste mit den Oberämtern Aalen, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Gmünd, Hall, Heidenheim, Künzelsau, Mergentheim, Neresheim, Oehringen, Schorndorf und Welzheim den nordöstlichen Teil des Königreichs Württemberg. Der Landtag hat ab 1821 wiederholt Vorstöße unternommen, um diese nach seiner Meinung überflüssige Zwischeninstanz aufzuheben, was jedoch erst 1924 gelang.

Die Kreisregierung in Ellwangen stand unter der Leitung eines Direktors, später Präsidenten, unterstand dem Departement (Ministerium) des Innern und war die vorgesetzte Behörde der zum Kreis gehörigen Oberämter. Sie war eine Behörde mit drei Regierungsräten und drei Assessoren sowie einer großen Kanzlei. Neben ihr bestand in Ellwangen seit 1818 bis zur Aufhebung 1849 die Finanzkammer des Jagstkreises sowie durch die Trennung von Verwaltung und Justiz ab 1819 der Gerichtshof für



den Jagdkreis mit einem Präsidenten an der Spitze, fünf Oberjustizräten und vier Assessoren sowie einer größeren Kanzlei. Damit bestand in Ellwangen wie im übrigen Königreich erstmals ein von der Verwaltung unabhängiges Gerichtswesen.

Der Gerichtshof in Ellwangen hatte als Vorläufer des heutigen Landgerichts einen über den gesamten Jagdkreis reichenden Einzugsbereich.

Ellwangen, das bis zur Säkularisation Wohn- und Wirkungsort zahlreicher Adelliger und Geistlicher gewesen war, veränderte sich in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zur württembergischen Beamtenstadt. Die im gesamten 19. Jahrhundert fast ausschließlich evangelischen Verwaltungs- und Justizbeamten haben in ihrem Wohn- und Wirkungskreis kaum Verbindungen zur katholischen Bevölkerung aufgebaut. Dieses Verhalten hat neben den Vorgängen der Säkularisation bei der Ellwanger Bevölkerung zu der aus vielen Nachrichten seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bekannten Ablehnung der Beamten geführt.

Bereits am 14. Februar 1803 hatte Kurfürst Friedrich II. für Neuwürttemberg ein Toleranzedikt erlassen, das neue Grundsätze für die Behandlung der Angehörigen der christlichen Konfessionen aufstellte. Zuzugs- und Arbeitsmöglichkeiten sollten hierdurch von der Konfessionszugehörigkeit unabhängig gemacht werden. Dennoch blieb die Zahl der evangelischen Neubürger

eher gering und beschränkte sich in der Regel auf württembergische Beamte und Garnisonangehörige. 1817 umfasste die evangelische Zivilgemeinde 70 Personen, darunter 26 Kinder. Trotz dieser im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Stadt (1812: 2436 Einwohner) geringen Zahl wurde im Herbst 1817 ein evangelisches Pfarramt begründet, nachdem zuvor der evangelische Gottesdienst durch Garnisonpfarrer versehen worden war.

Das am 1. Januar 1803 entstandene Oberamt Ellwangen wurde vom Oberamtmann geleitet. Dieser war in den ersten Jahren seiner Tätigkeit mit einer umfassenden Machtfülle ausgestattet. Sie wurde 1806 durch die Übertragung der Finanzverwaltung an das Kameralamt sowie durch die Trennung der Gerichtsbarkeit von der



Ehemaliges Verwaltungsgebäude des Oberamtes Ellwangen

Verwaltung und deren Verlagerung an die selbständig werdenden Oberamtsgerichte und die Gerichtshöfe im Jahr 1819 erheblich beschnitten. Zudem ging die Leitung der Amtsstadt an den neu eingesetzten Stadtschultheiß über. Der Oberamtmann blieb aber für alles zuständig, was weder den Gerichts- noch den Finanzbehörden zugeteilt war. Dazu übte er die Polizeigewalt aus und hatte die Aufsicht über die Gemeinde- und Stadtverwaltungen. Die

*„Die Zahl der evangelischen Neubürger blieb eher gering und beschränkte sich in der Regel auf württembergische Beamte und Garnisonangehörige.“*

beiden ersten Ellwanger Oberamtmänner Dobler und Roell wurden von der württembergischen Regierung aus der Verwaltung vor 1802 übernommen. Johann Baptist Dobler trat schon 1804 in oettingische Dienste über, während Johann Georg Roell nach Weil der Stadt wechselte. Ihre Nachfolger waren altwürttembergische Beamte, die nach ihren schriftlichen Berichten auf die Ellwanger Bevölkerung herabsahen. Die beiden Oberamtmänner Hüttenschmid und Hartmann mussten sogar wegen tätlicher Übergriffe gegen Ellwanger Bürger aus dem Dienst entfernt werden. Zwischen 1803 und 1819 amtierten in raschem Wechsel insgesamt sieben Oberamtmänner in Ellwangen. Erst danach sind längere Amtszeiten und eine gewisse Kontinuität festzustellen.

Ellwangen hatte 1802 zwei Pfarreien: die Stiftspfarrrei und die an der Marienkirche als Bürgerkirche angesiedelte Stadtpfarrei. 1818 wurden die beiden Pfarreien vereinigt und die Stiftskirche als Pfarrkirche bestimmt. Damit war es dem Staat gelungen, erneut seiner Ansicht nach überflüssige Ausgaben zu sparen. Die Ellwanger Bürger verhinderten aber den geplanten Abbruch der Marienkirche. Auch die Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg sollte abgebrochen

werden, was die Ellwanger im Herbst 1818 verhinderten, indem sie Königin Katharina von Württemberg bei ihrem Besuch in Ellwangen im August 1818 unter Leitung des ehemaligen Stiftsherrn Nikolaus Graf Adelman

da für gewannen, gegen den Abbruch Stellung zu nehmen. Nachdem sich die Königin und Wilhelm I. im Oktober 1818 vom Bauzustand der Schönenbergkirche überzeugt hatten, unterblieb der Abbruch.

Die noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts für Ellwangen nachgewiesene große Anzahl von Geistlichen ging in kurzer Zeit stark zurück. Während sich im kirchlichen Bereich die alten Traditionen im zweiten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts weiter auflösten, blieben sie im kulturellen Bereich erhalten.

Das Gymnasium wurde durch die Säkularisation aus der bisher kirchlichen Verwaltung gelöst und wurde 1817 zum allgemeinen Gymnasium der Stadt.



## Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg

Die Ellwanger verhinderten im Herbst 1818 den Abriss der Kirche, indem sie Königin Katharina von Württemberg bei ihrem Besuch in Ellwangen dafür gewannen, gegen den Abbruch Stellung zu nehmen.

Es hat in seinem Unterricht die Reste der fürstpropstlichen Sammlungen (Naturalien sowie astronomische und mathematische Geräte) und Bibliothek verwandt, die ihm überlassen worden waren. Es hat auch die Tradition der staatsrechtlichen Stellung der Fürstpropstei Ellwangen zumindest in seinem Gedankengut behalten und sicher auch im Unterricht vermittelt. Denn seit 1826 kaufte es die in den Ausgaben der Monumenta Germaniae historica erscheinenden Werke der mittelalterlichen Geschichtsschreiber.

Während der Versuch, in Ellwangen einen Geschichts- und Altertumsverein zu gründen, Anfang der 20er Jahre scheiterte, gelang die Gründung des Sängerbundes Ellwangen 1824 als einem der ältesten des Landes, der an die musikalischen Traditionen der Stadt anknüpfte und rasch zu einem kulturellen Mittelpunkt der Stadt wurde. Wichtig für das kulturelle und wirtschaftliche Leben war auch die Gründung des „Allgemeinen Amts- und Intelligenzblattes für den Jaxtkreis“ 1819.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits der sogenannte Kalte Markt zu einem starken Wirtschaftsfaktor entwickelt. Die Märkte Um 1790 hatte man bei den Ellwanger Märkten einen Gesamtumsatz von durchschnittlich 40.000 Gulden erzielt. Bei den Kalten Märkten von 1805, 1807, 1811 und in den Jahren 1822-1825 lag der durchschnittliche Gesamtumsatz bei 50.000 Gulden, was ohne Beachtung inflationärer Tendenzen eine Steigerung um ca. 25% bedeutete. Auch die Zahlen der Marktbesucher hatten zugenommen. Der Wegfall der Grenzen konnte hier fördernd gewirkt haben. Dagegen zeigte sich ein deutlicher Rückgang im Handwerk. 1798 hatten 305 Bürger und Hausgenossen ein Gewerbe in der Stadt betrieben. 1886 waren es noch 265 Meister, die in 74 Sparten 208 Gehilfen beschäftigten.

Der frühere Ellwanger Stiftsdekan Franz Karl Fürst von Hohenlohe erhielt am 28. September 1812 bis zur endgültigen Regelung der Organisation der katholischen Kirche im Königreich Württemberg die Geschäfte eines Generalvikars übertragen. Er übte damit die bischöflichen Funktionen für den exemten Sprengel in Ellwangen aus, der bislang einem Generalkommissär unterstanden hatte. Zudem war er für den württembergischen Teil des Bistums Augsburg zuständig, das seit dem Tode von Bischof Clemens Wenzeslaus vakant war. Ihm wurde am 23. Januar 1814 auch die geistliche Verwaltung des zur Diözese Würzburg gehörigen Landesteils unterstellt. 1817 folgten auch die zu den Diözesen Konstanz, Worms und Speyer gehörigen Landesteile. Noch im selben Jahr verlegte König Wilhelm I. das Generalvikariat nach Rottenburg. Das in Ellwangen als Ersatz eingerichtete Bischöfliche Kommissariat bestand nur bis 1819. Die am 6. Oktober 1812 errichtete katholische Landesuniversität, die Friedrichsuniversität, für die Ausbildung der Geistlichen wurde 1817 ebenfalls als katholisch-theologische Fakultät an die Landesuniversität Tübingen verlegt. Das Ellwanger Kapuzinerkloster wurde bis 1830 Zentralkloster für alle württembergischen Kapuziner.

Durch die Säkularisation trat Württemberg in die Rechte der Fürstpropstei gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung ein. Die Belehnungsakten wurden in alter Form weitergeführt. Erst nach dem Wiener Kongress begann die Entwicklung eine neue Richtung zu nehmen, wobei der Staat seine Rechte an bäuerlichem Grundbesitz mehr und mehr verkaufte. Erst jetzt war sich Württemberg scheinbar sicher, Herr in den neugewonnenen Gebieten zu sein. Allerdings verlor sich bis 1918 das Misstrauen der evangelischen Monarchie gegenüber den katholischen Untertanen nicht vollständig.

## Rektorstab der Uni- versität Ellwangen

Der bekannte Stuttgarter Goldschmied und Silberarbeiter Joseph Hirschvogel fertigte den Rektorstab für die im Oktober 1812 gegründete katholische „Friedrichsuniversität“. Der schlanke Silberstab ist durch vier Wülste gegliedert und trägt an seinem oberen Ende eine vergoldete Krone, die auf Württemberg hinweist. Unterhalb der Krone sind zwei vergoldete Schilde auf dem Stab befestigt. Der eine weist mit dem Königsmonogramm FR auf den Universitätsgründer König Friedrich I. von Württemberg hin.

**Schauplatz Schloss**

Das Schloss ob Ellwangen war die Residenz der Fürstpröpste, war repräsentativer Wohnsitz und Wahrzeichen der Macht. Mit der Säkularisation ergab sich für das Gebäude eine Änderung seiner Funktion: nachdem es zunächst noch Apanage-Schloss für die württembergische Königstochter Katharina, vermählt mit Napoleons Bruder Jérôme, und ihre Familie war, wurde es 1849 zum Behördensitz umgestaltet; ab 1908 teilweise als Museum genutzt. Diese Transformation spiegelt sich in den Quellen im Inventarium über die Meubles und Effecten in dem Königlichen Schloss zu Ellwangen von 1804 und 1848 sowie der Versteigerungsliste von 1849 wider. Die Rekonstruktion des Inventars gibt Einblick in die Inneneinrichtung und Nutzung der Schlossräumlichkeiten.

Die Stuckierung der Innenräume datiert überwiegend aus dem Hochbarock; Teile der Bel-Etage sind im Stil der Régence



Deckenfresko im Thronsaal: Allegorie über die Herrschaft der Fürstpröpste von Christoph Thomas Scheffler (1700-1756).



**Fürstenthron**

Der Entwurf von Anton Wintergerst (1737-1805) könnte den Baldachin zeigen, der 1803 bei der Inventarisierung durch königliche Beamte in der Vorratskammer des Schlosses entdeckt worden war.

Thronensemble König Friedrichs I. von Württemberg, Initialen auf Rückenlehne: FR (Fridericus Rex).

gehalten. Die Residenz wurde im 17. Jahrhundert angelegt und, nachdem sie ihre fortifikatorische Funktion verloren hatte, zu einem repräsentativen Schloss umgebaut. Bis zur Säkularisation sind drei große Bauphasen festzuhalten:

1. 1603 - 1608 Bau der vierflügeligen Anlage, Hof mit Arkaden im Stil der Renaissance
2. 1687 - 1689 Ausgestaltung des Südflügels über der Kapelle
3. 1720 - 1727 Barockisierung

Das Schloss umfasst insgesamt 83 Räume zuzüglich der im 17. Jahrhundert neu eingerichteten Zimmer im Verbindungsbau zwischen Südflügel und Remise oberhalb der Kapelle. Hier befanden sich ein „Rondell, Bibliothekszimmer, Kabinettzimmer und Hofkapelle“. Das dritte Obergeschoss, die sog. Bel-Etage des Residenzbaus diente der Repräsentation. Die fürstpropstlichen Haupträume befanden sich im Süd- und Ostflügel. Das Paradeschlafzimmer lag mit einem Vorzimmer und einem Kabinett, dem Arbeits- und Beratungszimmer des Fürstpropsts, im Ostflügel.



Der Südflügel stand im Zeichen der Repräsentation. Das Audienzzimmer (Museum) wurde von zwei Vorzimmern umrahmt. Die Stuckaturen stammen von Melchior Paulus. Ein Vorzimmer diente als Verbindungsraum zwischen Kabinett und der Bibliothek des Fürstpropsts. Es ist mit Ornamenten der Herrschaftssymbolik, wie Löwen und Adlern, versehen. Das andere Vorzimmer diente als Verbindungsraum zum Festsaal. Seine, ebenfalls von Melchior Paulus stammende Stuckierung, weist sog. „Jagdmotive“ wie Rehe und Hirsche auf.

Der Festsaal ist mit vier Bildern aus der Bibel über den Türen und zwölf Bildnissen der Fürstpropste ausgestattet, von denen neun und das Deckenfresko von Christoph Thomas Scheffler stammen (1728/1729). Der Stuck wurde von Franz Joseph Roth geschaffen. Nach 1803 wurde in den Festsaal das Thronensemble gestellt.

Dem fürstlichen Festsaal gegenüber lag der Marschallsaal, genannt nach dem wichtigsten Amt im Hofstaat. Der Marschall stand dem fürstlichen Hofstaat vor und übernahm besonders in Abwesenheit des Fürstpropst repräsentative Pflichten. (Raum 3.31) Die Stuckierung stammt von Franz Joseph Roth; Darstellung des Deckenfresko: Fall des Simson.; an den Eckwänden Kartuschen zu den Vier Jahreszeiten. Der Marschallsaal bildet das weltliche Gegenstück zum fürstpropstlichen Festsaal, der mit einer geistlichen Dekoration, Fürstenportraits und Allegorie zu ihrer Herrschaft, ausgestattet ist.

Der Westflügel beherbergte die Privaträume des Fürsten. Den Mittelpunkt bildete das private Schlafzimmer mit Himmelbett. (Raum 3.21), Stuckierung Franz Joseph Roth. Die Raumverteilung steht für das im 18. Jahrhundert in den süddeutschen Territorien übliche am Wiener Hofzereemoniell ausgerichtete Leben eines deutschen Fürsten. Im Zentrum befinden sich die Prunktreppe und der Festsaal.

Das fürstliche Schlafzimmer und Kabinett, in dem mit dem Aufstehen des Fürsten der Tag mit einer kleinen Audienz für seine persönlichen Berater begann, sowie die privaten Gemächer des Fürstpropsts flankieren das Zentrum. Der Fürstensaal und das Audienzzimmer waren größeren repräsentativen Anlässen vorbehalten und

wurden meist zur fortgeschrittenen Tageszeit genutzt. Im zweiten Stock des Schlosses wurden die Mitglieder des Hofstaats untergebracht. Ihm standen rund 20 Räume zur Verfügung. Im Durchschnitt betrug die Zahl der Hofdiener nicht mehr als 13 Personen, so dass der Möblierung nach zu urteilen, pro Person

zwei Räume, ein Schlaf- und ein Aufenthaltsraum zur Verfügung standen.

Im Untergeschoss/Zwischenstock befanden sich Silberkammer und Archiv. Außerdem eine Badkammer, Küche, Bäckerei, Kellerschreiberei und Konditorei. Außerhalb des Residenzgebäudes waren Wasch-





ammer, Vorratskammer, Stall, Küferei, Schreinerei, Glaserei sowie eine Unterkunft für Wagen und Chaisen untergebracht. Hufschmiede und Brauhaus wurden offensichtlich im Inventar nicht erfasst.

Diese Raumaufteilung hat sich auch zur Zeit der Residenz der württembergischen

Königstochter Katharina und ihrer Familie 1815/16 nicht wesentlich geändert. Die Familie zog in den Westflügel ein und belegte die privaten Räume des Fürstpropsts.

Sowohl Jérôme als auch Katharina hatten jeweils zwei private Räume zur Verfügung.

Den Eck- bzw. Verbindungsraum zwischen Nord- und Ostflügel (Raum 3.) richtete sich Jérôme als Billardzimmer ein. Die ehemalige fürstpropstliche Einrichtung, die aus einer Stilmischung von der Renaissance bis zur klassizistischen Ausstattung bestanden haben dürfte, ergänzte die königliche Familie durch Canapéés, Sofas und Diwans. Dieses Mobiliar stammte hauptsächlich aus dem Mergentheimer Schloss. Der Hofstaat war ebenfalls wie in fürstpropstlicher Zeit im zweiten Stock untergebracht und umfasste 44 Personen: u.a. Adjutanten, Kammerzofen, Gaderobenträger, Kutscher und drei Stallmeister.

Die Raumaufteilung änderte sich ab 1842 grundlegend. In diesem Jahr wurde die Ackerbauschule im zweiten Stock eingerichtet. 1876 folgten Umbaumaßnahmen im dritten Stock zugunsten der Einrichtung von Försterwohnungen. Das Schlossinventar wurde 1849 versteigert; ein Teil der besten Stücke ging nach Stuttgart und wurde dem Bestand des neu eingerichteten Landesmuseums eingegliedert. 1887 wurden im Nachgang noch 19 verbliebene Wandteppiche in die Staatssammlung nach Stuttgart abgeführt. Am vollständigsten blieb die Einrichtung der Hofkapelle erhalten. Sie war mit insgesamt 153 Nummern von 203 ein großer Bestand. Der Geschichts- und Altertumsverein konnte 1907 noch insgesamt 19 Nummern aus der Kapelle übernehmen; sie fanden wohl keinen anderen Liebhaber. Die Försterwohnungen im dritten Stock blieben nicht lange erhalten. Ab 1908 zog der Geschichts- und Altertumsverein mit seiner musealen Schausammlung in Thronsaal und Kapelle und konnte sich im Laufe der Zeit über den gesamten dritten Stock ausdehnen. Die Ausstellungskonzeption des Vereins stand im Einklang mit dem Geschichtsverständnis der Zeit: vaterländischer Patriotismus und Heimatgefühl sollten die Besucher an ihre „neue“ Heimat Württemberg binden. Relikte dieser Komposition sind heute noch im Museum in der Sammlung mit dem Titel sakrale Kunst und Musik bzw. Wohnzimmer zu sehen.

*Deckenfresko im Schlosstreppenhaus: Himmelskönigin über Ellwangen von Christoph Thomas Scheffler (1700-1756), 1726.*



# Standpunkte, Wertungen und Urteile

Wohl kein Ereignis in der langen Schwäbisch Gmünder Stadtgeschichte ist so engagiert von der Heimatgeschichtsschreibung beschrieben, bewertet oder aus mannigfaltigen Gründen einfach übergangen worden, wie die Mediatisierung der Reichsstadt und die Säkularisierung der dazugehörigen Klöster in den Jahren 1802/03. Dabei gab es im Lauf der Ereignisse vor 200 Jahren durchaus divergierende Meinungen über das Für oder Wider, die guten oder schlechten Aspekte der Einverleibung und zwar schon von Anfang an.

In der Reichsstadt an der Rems veröffentlichte seit dem Jahr 1801 der protestantische Pfarrer Johann Gottfried Pahl aus Neubronn zusammen mit dem Verleger Johann Georg Ritter „Die Nationalchronik der Teutschen. Eine politische Zeitung“, die publizistisch in ganz Deutschland Beachtung fand. Bereits vor der Besitzergreifung der Reichsstädte in Schwaben durch Württemberg ließ Pahl in seiner Zeitung die Frage nach der Zweckmäßigkeit diskutieren. So sandte ihm ein fiktiver Korrespondent aus einer deutschen Reichsstadt bereits am 21. April 1802 seine Meinung dazu: „Ich bin ein redlicher und

eifriger Patriot, und liebe die Verfassung meines Vaterlandes, bey allen Gebrechen seiner Administration, und wenn es aufs Stimmen ankäme, stimmte ich zuerst fürs Alte. Aber ich bin dabey auch freudig überzeugt, daß wir durch unsre Auflösung, in tausend Rücksichten gewinnen und der Geist von Liberalität, Legalität und Humanität, der gegenwärtig beynahe alle Regierungen der grossen teutschen Häuser belebt, läßt mich vor der Zukunft nicht bange seyn. Ich werde [...] unserm neuen Oberhaupte mit teutscher Redlichkeit und herzlichem Wohlwollen, den Handschlag der Huldigung reichen“. Demnach sah Pahl die Auflösung der Reichs-

städte als Weiterentwicklung, zumal er darauf vertraute, dass liberale Politikformen die alten Oligarchien ablösen würden. Je näher aber der Termin der Mediatisierung der Reichsstädte heranrückte, um so kritischer notierte er Schwachstellen auf. Unter dem Titel „Warum niemand eine Veränderung will“ notierte seine Zeitung am 14. Juli 1802: „Selbst in den geistlichen Staaten, wo drückende Abgaben und Frohndienste die Unterthanen längst mit Mißvergnügen erfüllen, und in den Reichsstädten, wo einzelne Familien den übrigen Theil des Volkes in trauriger Knechtschaft erhalten, wird – unter Klagen und Murren, über Pfafferey und Aristokratismus – doch



die vereinte Stimme des grossen Haufens darauf bestehen, daß man immer lieber das, als etwas anderes wolle. Alles solle bey dem Alten bleiben. [...] Unter den Ungemächlichkeiten, die von der neuen Ordnung der Dinge zu erwarten stehen, erregt besonders der Militärdienst die Sensation des Volkes, und trägt vielleicht am allermeisten zu dem Widerwillen bey, womit es sich gegen die bevorstehenden Aenderungen sträubt“. Noch am 19. Mai beschwor seine Gazette das Bild des alten Deutschen Reiches, das nirgend so gepflegt werde, wie gerade in den Reichsstädten. Er warnte davor, sie verschwinden zu lassen: Sollten sie nun gleichfalls politisch vernichtet werden, „so würden auch noch die letzten Schatten der alten, ehrwürdigen Reichsform verschwinden“.

Die Mediatisierung war aber ebenso Unabwendbar wie die Säkularisation der Propstei Ellwangen und aller Klöster in Schwäbisch Gmünd. Hierzu äußerte der Protestant Pahl aber keinerlei Bedenken, sondern lobte die Einvernahmepolitik Württembergs. Bereits am 8. November 1802 vertrat er in einem Artikel die Meinung, die dann auch für die württembergischen

Historiographie des 19. Jahrhundert maßgeblich wurde: „Wirtemberg ist durch den Frieden die Grafschaft Mömpelgard und die dazu gehörigen Herrschaften los geworden, und erhält dafür, und für die sonstigen in dem Kriege gemachten Aufopferungen, durch die es das innere des Staats reinigt, seine Gränzen arrondiert, und sie auf der Ost-, Süd- und Nordseite,

*„Der Geist von Liberalität, Legalität und Humanität, der gegenwärtig beynahe alle Regierungen belebt, läßt mich vor der Zukunft nicht bange seyn.“*

noch beträchtlich erweitert. Die bisherigen Ländereyen des herzoglichen Hauses waren meistens erkauf, erheurathet und erobert, und bildeten eine Gruppe von Städten, Schlössern und Dörfern, deren bunte Gestalt die zufällige Art ihres Ursprungs deutlich genug verrieth. Nun bilden sie ein ununterbrochenes Ganzes, von den Gipfeln des Schwarzwalds bis zu den Quellen der Jaxt [...] Die Politik des neunzehnten Jahrhunderts hat in dieser Hinsicht viel mehr vermocht“.

Pahl also ein Vorläufer der württembergischen Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert, welche die Mediatisierung der Reichsstädte und später auch die der

reichsritterschaftlichen Gebiete im Jahr 1806 als Fortschritt, auch Fortschritt hin zum deutschen Nationalstaat versteht? Privatim hat er es wohl anders gesehen und gewichtet. Die wirkliche Meinung des späteren Generalsuperintendenten und Prälaten Pahl über die württembergische Politik in diesen Jahren konnte erst sein Sohn Wilhelm publik machen, als er ein Jahr nach dem Tod des Vaters 1840 dessen Memoiren herausgab.

„... Schweigen, gehorchen und bezahlen!“ – das war sein kurzes und bissiges Resümee über das Vorgehen Württembergs in

den neu dazu gewonnenen Gebieten und auch die ehemalige Reichsstadt an der Rems, über die er in seinem Journal ansonsten keine zwei Zeilen verloren hatte, bekam noch post mortem eine schöne „Ehrung“:

*Schloss Hohenrechberg und Hohenstaufen, um 1820.*



„Schon der Name der Stadt, aus dem das unsrige Journal angekündigt wurde, gereichte ihm nicht zur Empfehlung, da sie bei dieser Gelegenheit vielleicht zum ersten Mal in der literarischen Welt genannt ward, während sie in der merkantilistischen, wegen des in ihr verarbeiteten schlechten Silbers einer allgemeinen, zum Sprüchwort gewordenen Ruchbarkeit genoß“.

Auch der Gmünder Chronist Dominikus Deblers wurde vom Befürworter einer württembergischen Übernahme zum strengsten und ablehnensten Feind – nicht Württembergs – aber der württembergischen Beamten seiner Zeit und ihrem Handeln. „Von Gott, sprichst Du, sei alle Obrigkeit / O daran zweifle ich sehr / Gott ist ein Geist und du / so Geistes arm, so Geistes leer.“ Ob seine Wut auf die württembergischen Offizianten die Meinung aller – oder doch der meisten – Schwäbisch Gmünder Bürgerinnen und Bürger dieser Umbruchszeit wiederspiegelte, muß aus Quellenmangel offen bleiben, ist aber kaum glaubhaft. Außerdem konnte Dominikus Debler mit seiner Meinung nicht massenwirksam werden, denn seine Chronik wurde privat geführt; zu seinen Lebzeiten konnte sie das breite Publikum jedenfalls nicht einsehen.

Gleichwohl war Debler der letzte, der für eine sehr lange Zeit über Säkularisierung und Mediatisierung in der Reichsstadt schrieb und räsonierte. Sein Schlußurteil über die anbrechende württembergische Beamtenzeit in Schwäbisch Gmünd war und blieb vernichtend: „Es ist so weit bei uns gekommen, daß nicht zu gedenken an die vorige Zeiten. Es war ehedessen hier ein Wohlleben, ein lustiger, nahrhafter Ort. Ich sage, es wird in Zukunft ein toter, elender Ort werden: Wie sich die Zeiten ändern. Der Bürger ist massleidend, betrübt, hat keine Freude: Was wird daraus entstehen? Elend, nahrungslose Familien, Armut!“ Es scheint gerade so, als ob mit dem Verlust des Reichsstadtstatus auch Gefühl und Gespür für die Geschichte Schwäbisch Gmünds verloren gegangen sind. Bezeichnenderweise erschienen weder zum 25jährigen noch 30jährigen Jubiläum in den Jahren 1827 und 1832 irgendwelche Bemerkungen in der hiesigen Tageszeitung. Möglicherweise

dachte man nicht mehr daran oder sah die Ereignisse als nicht mehr so wichtig an.

Genau fünfzig Jahre nach den Ereignissen von 1802 – und ebenfalls im September – besuchte König Wilhelm von Württemberg die Oberamtsstadt Gmünd. Aber auch diesmal wurde nicht die Einverleibung der Reichsstadt gefeiert, sondern der König kam, offiziell um die reitende Artillerie zu inspizieren, in Wirklichkeit aber, um ein sichtbares Zeichen zur Versöhnung zu geben. Die Schwäbisch Gmünder waren in der Mehrheit während der Revolutionsjahre 1848/49 alles andere als königstreu gewesen und der König selbst hatte sie mit dem für die damalige Zeit schlimmen Wort „Wühler“ bezeichnet.

Duplizität der Ereignisse: Wie im Jahr 1803 seinen Vorgänger Friedrich empfing man auch Wilhelm mit Ehrenpforten und

*„Der König kam, offiziell um die reitende Artillerie zu inspizieren, in Wirklichkeit aber, um ein sichtbares Zeichen zur Versöhnung zu geben.“*

schmeichlerischen Gedichten. „Die Häuser an der Straße“, so berichtet der Bote vom Remsthal am 23. September 1852, „durch welche sein Zug gieng, waren fast durchgängig, zum Theil sehr reichhaltig verziert. [...] Im Schießthale hatte sich eine große Menge Menschen gesammelt. Auch manchen Republikaner sahen wir, der den König sehen wollte, weil er auch „ihr König“ sei“.

Erst im Jahr 1867 bewertete der aus Unterbettringen stammende katholische Volksschullehrer Michael Grimm in seiner „Geschichte der ehemaligen Reichsstadt Gmünd von Anbeginn bis auf den heutigen Tag“ auch die Mediatisierung und



*Kloster Kirchheim und Umgebung, um 1820*

Säkularisation, wobei er keinen Hehl daraus machte, daß die Gmünder dabei viel eingebüßt hätten. Aufnotiert wird der harsche Ton der württembergischen Verwaltungsbeamten, die den ehemaligen Reichsstädtern auferlegten Frohndienste beim Jagen, die übermäßigen Steuern und Stempelgebühren und die verhaßten Aushebungen zum Militär.

Und was die Aufhebung der Klöster in der Stadt anging, so nahm Grimm kein Blatt vor den Mund: „Die Aufhebung der Klöster von Seiten des Staates war für Gmünd in pecuniärer Hinsicht sehr nachtheilig. Durch sie wurden nemlich sehr viele Arme der Stadt unterstützt und manche Handwerksleute vortheilhaft beschäftigt. Sie nahmen an den Freuden und Leiden der Stadt lebhaften Antheil. Als man in den 1790er Jahren bei der Stadt einen allgemeinen Schuldentilgungsplan entwarf, wonach die Passiva bis 1815 bereinigt worden wären, steuerten auch die Klöster eine namhafte Summe bei. Während der verschiedenen Kriegsdrangsale wurden sie mit Einquartierungen etc. keineswegs verschont. Oftmals wurden ihre Behausungen in Spitäler verwandelt. An den Festtagen der Klöster, die übrigens sehr zahlreich waren, strömte eine Masse Volk vom Lande herein, um die heiligen Sakramente zu empfangen etc. Daß bei solchen Anlässen viel Geld liegen blieb, versteht sich von selbst“.



Weder den wirtschaftlichen noch den territorialen Aspekt beurteilte die Oberamtsbeschreibung von 1870: Sie referierte lediglich die bloßen Fakten der Übernahme und der Säkularisation, wertete sie aber in keiner Weise in positivem oder negativem Sinn.

Auch das hundertjährige Jubiläum im September und November 1902 wurde in der Schwäbisch Gmünder Remszeitung nicht aufnotiert. Anscheinend hielt man das Ereignis im Deutschen Kaiserreich und im Königreich Württemberg für so unbedeutend, daß man es einfach übergang. Die historische Beilage der Remszeitung, „Die Gmünder Chronik“, griff im Jahr 1908 Säkularisation und Mediatisierung sehr kurz auf. Im wesentlichen bezog sie sich auf die Chronik des Dominikus Debler, vermied aber bewußt, dessen Verdikt über die württembergischen Beamten aufzunehmen. Man sah sich jetzt schließlich selbst als guter Württemberger, urteilte allerdings in der Wortwahl doch etwas verräterisch: „Durch die Okkupation (sic !) Gmünds durch Württemberg hatten wir öfters württembergische Truppen im Quartier.“

Urteile und Wertungen wurden im jetzt republikanischen Württemberg schärfer, konturenreicher. Ein mit E.J. gekennzeichnete Artikel in den Gmünder Heimatblättern 1932 sah die Einverleibung der Reichsstadt mit den Augen eines katholischen Bürgers;

Herrschaft hier an Kulturgütern zerstörte, ist unersetzlich. Dazu kam natürlich noch der Gegensatz des Bekenntnisses: hier in Gmünd die alte, katholische Bürgerschaft, in Württemberg der strenge Protestantismus [...] Deswegen waren auch die neu zugezogenen Altwürttemberger anfangs nicht beliebt“.

Es darf behauptet werden, dass sich seit den dreißiger Jahren bis heute zwei Meinungen bezüglich Säkularisation und

*„Anscheinend hielt man das Ereignis im Deutschen Kaiserreich und im Königreich Württemberg für so unbedeutend, daß man es einfach übergang.“*

Mediatisierung mehr oder weniger entgegenstehen. Auf der einen Seite die der Historiker, die in diesen kleinen Reichsstädten, geistlichen Territorien und ritterschaftlichen Gebieten einen Hemmschuh für die Entwicklung zu einem geeinten Deutschland gesehen haben und daher die Auflösung dieser kleinen staatlichen Gebilde mit allen Konsequenzen guthießen. Auf der anderen Seite findet sich die mehr von Kulturhistorikern vorgetragene These, die in der Zerstörung dieses Kulturraums einen großen Fehler sah.

Lassen wir noch einige Beispiele für sich selbst sprechen. Im Jahr 1942 – just im September, als die Schlacht von Stalingrad

begann – urteilte der damalige ehrenamtliche Stadtarchivar von Schwäbisch Gmünd, Albert Deibele, anlässlich der 140jährigen Wiederkehr des Ereignisses ganz im Stil der damals vorherrschenden Geschichtsauffassung: „er (vertrete) die These, daß das, was 1802 auch in Gmünd geschah, nur die Frucht einer jahrhundertelangen Entwicklung, ein Meilenstein auf dem Weg zum deutschen Einheitsstaat war. Wenn es auch peinlich und schmerzlich bleibt, daß die deutsche „Flurbereinigung“ durch Napoleon vorgenommen worden ist“.

Zehn Jahre später zum 150jährigen Jubiläum hatte er seine Meinung allerdings in wesentlichen Teilen revidiert. Jetzt las man es doch etwas nuancierter, auch was das Vorgehen der Württemberger betraf: „Die Gerechtigkeit verlangt zu bekennen, daß Württemberg in diesen 150 Jahren alles getan hat, um das Wohl unserer Stadt zu fördern. Manche harte Maßnahmen der ersten Jahre mag man bedauern; allein sie erklären sich aus den Schrecknissen der napoleonischen Gwalttherrschaft und dem Zusammenbruch alter überlieferter Staatsformen. Die rastlose, weitsichtige Fürsorge, die Friedrich seinem Lande angedeihen ließ, versöhnt uns selbst in etwas mit der Härte und Unbeugsamkeit seines Charakters. Das eine ist sicher: Die Zeit der Reichsstädte war vorbei. Mit oder ohne

Napoleon mußten sie verschwinden, denn wenn der Apfel reif ist, fällt er. [...] Verhängnisvoller als Kriegselend und Verschuldung war die schlechte Verwaltung der Stadt. [...] So sehen wir

also in Gmünd wie in den meisten übrigen Reichsstädten eine verlotterte Verwaltung, ein Ueberhandnehmen von Schulden, die nahe an den Staatsbankrott heranführten. Dazu die misslichen konfessionellen Verhältnisse! War Württemberg durch seine Landstände damals unduldsam protestantisch, so sehen wir in Gmünd ein ebenso extremes Staatswesen auf katholischer Grundlage. Es mutet noch ganz mittelalterlich an mit seinen Unmengen von Prozessionen, Wallfahrten, Bruderschaften, Klöstern, Kirchen und Kapellen. Wenn so zwei grundverschiedene Staatsgebilde zusammengeworfen werden, kann es natürlich nicht ohne Scherben abgehen“.

Am ausführlichsten untersuchte Peter Payer 1957 in seiner Dissertation den Übergang der Reichsstadt und ihrer Klöster an Württemberg. Auch er vertrat in seinem Gesamtresümee dieselbe Ansicht wie Deibele: „Der Übergang der Reichsstadt an Württemberg war unabwendbar. Mit über einer Million Gulden Schulden stand die Stadt mit ihrem Defizit im Staatshaushalt an der Spitze aller Reichsstädte, die an Württemberg fielen und es konnte kein Zweifel sein, daß ohne staatsrechtliche Veränderung ein Staatsbankrott nicht zu vermeiden gewesen wäre. Aber alle diese Mißstände bei der Regierung und Verwaltung der Stadt waren nur Symptom dafür, daß letzten Endes die Reichsstadt als solche, als staatlich-politisches Gebilde sich selbst überlebt hatte und es nur noch eine Frage der Zeit war, wann und unter welchen Umständen sie und ihre Schwesterstädte, die davon in aller Regel keine Ausnahmen machten, den staatlichen Tod erleiden würden. Politisch waren sie schon lange bedeutungslos geworden. [...] Es war deshalb für sie zur geschichtlichen Notwendigkeit geworden, eines Tages in einem größeren Staatsverbands aufzugehen, denn von der schwachen Stellung des Kaisers und dem zerbröckelnden Reich zu Ende des 18.

Jahrhunderts hatten sie nichts mehr zu erwarten. [...] So kann man rückschauend den Übergang der Reichsstadt an Württemberg, der naturgemäß anfänglich Härten mit sich brachte, die nicht zuletzt auch auf die konfessionelle Verschiedenheit der beiden Staaten zurückzuführen waren, nur begrüßen, denn er bot der Reichsstadt die Möglichkeit des Aufgehens in einem lebensfähigeren Staate“.

Pointierter noch brachte es Stadtarchivar Deibele zum Ausdruck, der den schweren Übergang der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd an Württemberg im Jahr 1802 sogar als Fehler der ehemaligen Reichsstädter selbst darstellte: „Die damaligen Gmünder mußten in ihrem Denken gewaltig umlernen, da sie aus einem engen Stadtgebiet kamen, wo einer den anderen kannte, nun aber in eine größere Einheit überführt wurden, die politisch, wirtschaftlich und religiös eine ganz andere Entwicklung genommen hatte als die kleine Reichsstadt. Diese war seit Jahrhunderten gewohnt, in Württemberg ihren größten Gegner zu sehen, der sie in ihrer Entwicklung und ihren althergebrachten Rechten und Freiheiten nur zu gerne schädigen wollte“.

Soweit wollte ihm Stadtamtman Albert Dangel nicht folgen, der 1967 in seinen Untersuchungen über die Auswirkungen der Aufhebung der Klöster in der Stadt darauf hinwies, wie unsensibel die Württemberger mit den ihnen zugefallenen Kulturschätzen und Klosterbibliotheken umgegangen seien. 1984 untersuchte Ursula Laurentzsch noch einmal diese Umbruchsepoche. Auch sie vertritt die These von der Unabdinglichkeit der Übernahme der Reichsstadt Schwäbisch Gmünd durch Württemberg, allerdings aus rein wirtschaftlichen Aspekten, da die Stadt infolge der französischen Kriege bankrott gewesen sei.

In ihrer Quellen- und Literatursammlung aus dem Jahr 1987 weisen Peter Spranger und Gerhard Kolb auf die Vielschichtigkeit des Ereignisses Säkularisation und Mediatisierung hin. „Die als mögliche Ergänzung zur Urkunde des Herzogs gedachten Kommentare des Chronisten Dominikus Debler zeigen die Kehrseite der Medaille: die leidigen Gmünder Zustände und Ereignisse der Jahre 1802/03 aus der Perspektive eines Zeitgenossen, eines irgendwie typischen Gmünder Bürgers.“

*Blick auf Aalen und die Remstalstraße, um 1820.*



# Leihgeber

Stadtarchiv Aalen

Kreisarchiv Ostalbkreis Aalen

Sammlung Stiftung Schloss Fachsenfeld

Stadtarchiv Bopfingen

Seelhausmuseum der Stadt Bopfingen

Synagoge Oberdorf, Bopfingen – Oberdorf

Kath. Pfarramt St. Vitus Ellwangen

Kapitelbibliothek Ellwangen

Geschichts- und Altertumsverein Ellwangen  
e. V.: Schlossmuseum Ellwangen

Stadtarchiv Ellwangen

Jörg Graf Adelman, Hohenstadt

Kath. Kirchengemeinde Kirchheim am Ries

Wehrtechnische Studiensammlung  
des Bundesamtes für Wehrtechnik und  
Beschaffung (BWB) Koblenz

Heimatmuseum Stadt Lauchheim

Stadtarchiv Lauchheim

Staatsarchiv Ludwigsburg

Familie Dr. Högg, München

Benediktinerabtei Neresheim

Stadtarchiv Nördlingen

Benediktinerabtei Ottobeuren

Fürst Thurn und Taxis Zentralarchiv,  
Regensburg

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Württembergischen Landesmuseum  
Stuttgart

Museum im Prediger, Schwäbisch Gmünd

Kath. Pfarramt Heilig Kreuz –  
Münster, Schwäbisch Gmünd

Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd

Anton Duijm, Schwäbisch Gmünd

Andreas Högg, Tomerdingen

Schwäbisches Landesmusikarchiv Tübingen

Universitätsbibliothek Tübingen

Sammlungen S.D. des Fürsten zu  
Oettingen – Wallerstein



  
edition Ostalb

ISBN: 3-9806438-5-9